Heute zu Nixons Moskau-Reise: Atlantische Sorgen und ein Präsident



UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Jahrgang 25 — Folge 27 | 2 Hamburg 13, Parkallee 86 / 6. Juli 1974 | C 5524 C

Neuanfang setzt Realismus und Augenmaß voraus

Interview mit Olaf von Wrangel, Vorsitzender des Innerdeutschen Ausschusses des Bundestages

H. WELLEMS

Hamburg — Über Meldungen und Kommentare zum politischen Zeitgeschehen hinaus haben wir uns stets bemüht, unseren Lesern „Politik aus erster Hand" zu bieten und hierbei diejenigen unmittelbar zu Wort kommen zu lassen, die an Brennpunkten des Geschehens stehen. Heute bringen wir ein Interview mit dem Vorsitzenden des Innerdeutschen Ausschusses des Deutschen Bungestages, dem Bundestagsabgeordneten Olaf von Wrangel:

Beginnt neue Ära?

„Herr von Wrangel, in Bonn hat der ständige Vertreter der ‚DDR', Kohl, seine Tätigkeit aufgenommen. In der entmilitarisierten Stadt Berlin, genauer im Ostteil, für den aber ebenfalls diese interalliierten Bestimmungen gelten, wurde Herr Gaus als Vertreter der Bundesrepublik Deutschland mit militärischem Zeremoniell empfangen. Hat eine neue Ära in den Beziehungen der beiden Teile Deutschlands begonnen und was könnte zu der Annahme berechtigen, daß hierbei etwas Positives herauskommen könnte? Hat sich die seit Monaten beobachtete Abgrenzung des ‚DDR'-Regimes gelockert?"

v. Wrangel: „Ich habe bei der Akkreditierung von Herrn Gaus mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß die Bundesrepublik Deutschland zum erstenmal der Sowjetunion eine indirekte Hilfestellung für ihre Politik gegen Berlin gewährt hat.

Selbstverständlich, und dies steht auch im Vier-Mächte-Abkommen, ist ganz Berlin einem Vier-Mächte-Status unterworfen. Durch die Politik des Faustrechts hat die Sowjetunion mit Hilfe der ‚DDR' diesen Vier-Mächte-Status zu zerstören versucht. Damit, ich meine jetzt mit der militärischen Schaustellung, wird die Politik der westlichen Verbündeten in Berlin behindert. Sie können künftig nicht mehr mit derselben Glaubwürdigkeit gegen die Verletzung des Vier-Mächte-Status protestieren.

Was den zweiten Teil Ihrer Frage angeht: Die ‚DDR' befindet sich nicht nur auf einem Kurs der Abgrenzung, sondern auf einem Kurs der Konfrontation. Insofern sind positive Aspekte mit der Ständigen Vertretung einstweilen nicht verbunden."

Nochmals Guillaume


Olaf von Wrangel

„In Bonn hat der Guillaume-Ausschuß seine Tätigkeit aufgenommen. Belastet der Fall des Spions im Kanzleramt die innerdeutschen Beziehungen? Hat Bonn aus der Tatsache, daß der Nachrichtendienst der ‚DDR' einen Agenten in unmittelbarer Nähe des Kanzlers postieren konnte, Konsequenzen gezogen? Man kann sicherlich davon ausgehen, daß Guillaume seinen Auftraggebern vor allem berichten sollte, wie die Bundesregierung gegenüber der ‚DDR', ihren Forderungen und Vorstellungen, taktieren wollte. Was sollte die Bundesregierung hier an Konsequenzen ziehen?"

v. Wrangel: „Die Bundesregierung muß davon ausgehen, daß Einzelheiten ihrer Verhandlungsposition der ‚DDR' genau bekanntgeworden sind. Es wäre eine selbstverständliche Pflicht gewesen, die Verhandlungspositionen neu zu überdenken. Ich habe wiederholt — auch in einer Rede im Deutschen Bundestag — vorgeschlagen, sie möge eine Bestandsaufnahme vornehmen. Offenkundig ist die Bundesregierung dazu nicht bereit. Sie will die Einbahnstraße weiterfahren, die sich nicht bewährt hat."

Gibt es Gemeinsamkeit?

„Sicherlich ist eine Politik, die von allen Parteien des Bundestages getragen wird, von einem weit größeren Wert als ein Vergehen, das fast von der Hälfte des Hauses abgelehnt wird. Ich will sagen: eine Gemeinsamkeit der Bundestagsparteien gegenüber der ‚DDR' würde sicherlich unserer Position dienlich sein können.

Glauben Sie, das es eine solche Gemeinsamkeit — einen gemeinsamen Konsensus — geben könnte und was erblicken Sie als eine Voraussetzung dafür, daß die Union die Bundesregierung unterstützen könnte?"

v. Wrangel: „Gemeinsamkeit in Fragen der nationalen Existenz gehört in den angelsächsischen Demokratien zu den Grundlagen der politischen Zusammenarbeit. Bundesregierung und Koalition haben geglaubt, sie könnten auf diese Gemeinsamkeit verzichten. Sie haben die Opposition immer nur dann angesprochen, wenn es ihr um Schaustellungen ging. In der Sache wurde die Opposition, um mit Herbert Wehner zu sprechen, nicht gebraucht. Die Bundesregierung und die Koalition haben damit der Bundesrepublik im Ganzen geschadet und den Frieden in diesem Lande gestört.

Wenn Sie von der Möglichkeit einer Unterstützung durch die Opposition sprechen, so kann ein neuer Anfang nur dann gemacht werden, wenn die Regierung ihr Wolkenkuckucksheim verläßt und auf den Boden der traurigen Tatsachen zurückkehrt. Dies setzt Realismus und Augenmaß voraus. Beides ist in der Deutschlandpolitik nicht zu erkennen."

Hoffnung auf Schmidt?

„Mit Schmidt wird alles anders!" Ist das tatsächlich so oder ist das nur eine Flüsterpropaganda zur Aufmunterung der ‚Genossen'. Man hört hin und wieder, daß selbst enttäuschte Parteigänger Brandts in dessen Nachfolger Helmut Schmidt entsprechende Hoffnungen setzen.

Meine Frage: „Hat in der Ost- und Deutschlandpolitik der Bundeskanzler Helmut Schmidt nun tatsächlich neue Zeichen gesetzt oder haben Sie den Eindruck, daß letztlich in den alten Gleisen weitergefahren werden soll?"

v. Wrangel: „Meine Antwort auf diese Frage ergibt sich aus dem eben Gesagten. Helmut Schmidt kann und will vielleicht aus Gründen innerparteilicher Schwierigkeiten die vertrauensselige Politik seines glücklosen Vorgängers nicht verlassen. Dies wirkt sich in der Deutschlandpolitik zum Nachteil der Menschen in Deutschland aus."

„An dem Tage, da Herr Gaus sein Beglaubigungsschreiben in Ost-Berlin übergab, wurde an der Mauer ein neuer schwerer Zwischenfall bekannt, bei dem wieder ein Deutscher von den Grenzorganen der ‚DDR' erschossen worden sein soll. Kann Bonn hierzu schweigen, oder konkreter: erwarten Sie, daß der ständige Vertreter der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin gegen solche Verbrechen gegen die Menschlichkeit protestiert? Und halten Sie es für richtig, daß auch Herr Kohl in Bonn im gleichen Sinne angesprochen wird?"

v. Wrangel: „Sie werden wissen, daß das Verhalten des Herrn Kohl anmaßend gewesen ist und daß er damit der Öffentlichkeit demonstrierte, daß die Ständigen Vertretungen den Menschen und der Normalisierung nicht dienen. Die Ständige Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin befindet sich in einer Isolierung. Sie kann zu den Menschen, die in Bedrängnis sind, keine Verbindung aufnehmen. Insofern ergibt sich aus der neuen Einrichtung in der Sache selbst keine Änderung."

Was ist geblieben?

„Blenden wir zurück an die Begegnungen zwischen Willy Brandt und Willi Stoph. Erinnern wir an die Szene vor dem Erfurter Hotel, wo die Menschen dem Gast aus Bonn zujubelten. Vermutlich, weil sie Erwartungen daran knüpften. Haben sich diese Erwartungen erfüllt?

Erinnern wir uns an Kassel, an die Begegnung von Brandt und Stoph, bei der 20 Punkte ins Spiel gebracht wurden, die der damalige Kanzler Brandt wohl als Verhandlungsgrundlage konzipiert hatte. Was ist davon geblieben? Sind durch den Vertrag mit der Bundesrepublik Deutschland und der ‚DDR' diese Punkte erfüllt worden?"

v. Wrangel: „Die Bundesregierung muß daran erinnert werden, daß ein Teil der Kasseler 20-Punkte aus dem Kiesinger-Katalog für menschliche Erleichterungen stammt, den der damalige Bundeskanzler 1967 vorlegte. So gesehen, ist ein Teil dieser Maßstäbe auch von uns unterstützt worden. Dazu gehörte vor allem die Frage der Freizügigkeit, um einen wichtigen Punkt herauszugreifen. Die Bundesregierung ist weit hinter dem zurückgeblieben, was sie selber einmal als unverzichtbar verzeichnete. Sie muß es sich nun gefallen lassen, daß wir sie an den Maßstäben messen, die sie sich selber einmal setzte."


Eigentlich ein trauriger Anlaß: Bundespräsident Heinemann nimmt das Beglaubigungsschreiben des Vertreters der „DDR", Kohl (li) entgegen. Damit findet die von Ost-Berlin seit Jahren mit Beharrlichkeit betriebene Zweitstaatlichkeit Deutschlands offizielle Anerkennung. Inzwischen ist Heinemann in den Ruhestand getreten Foto AP

Etwas unterkühlter Sommer

Der deutschland- und ostpolitische Sommer ließ sich an wie das Wetter — Sonnenschein und Regen, leicht gemischt, leicht unterkühlt. Prognose: Kein anhaltendes Hoch in Sicht!

Sonne, strahlend gute Laune brachte Dänemarks schöne Königin ins Haus. Sie kam, gibt's das noch, um nichts zu suchen, nichts zu holen, einfach „nur so", um zu lächeln, rechts- wie linkshin deutschen Nachbarn zuzulächeln. Auch gab es keine Probleme, Grenz- und Minderheitenfragen, zu erörtern. Alles ist, da es rechtens geregelt ist, auch in dieser Hinsicht zwischen Deutschen und Dänen in Ordnung. Eine kleine Unterlassung deutscherseits wäre allenfalls anzumerken. Wäre es nicht angebracht gewesen, dem dänischen Staatsoberhaupt anläßlich seines ersten Nachkriegsbesuches mit einem Wort dafür zu danken, daß dieses Land in schwerster Zeit, in größter seelischer und materieller Bedrängnis Tausenden von Flüchtlingen aus Ost- und Westpreußen Zuflucht gegeben hat, daß die vertriebenen Deutschen ungestört seit Jahr und Tag die Gräber ihrer Angehörigen in Dänemark aufsuchen und pflegen dürfen?

Derart zwanglose „Grenzüberschreitung" ist, das brachte ein anderes Ereignis, die Akkreditierung der „Botschafter der deutschen Teilung" in diesen Tagen wieder hart in Erinnerung, zwischen deutsch-deutschen Ländern trotz der „Errungenschaften" des Grundvertrages immer noch nicht möglich.

Um so harmonischer, besser gesagt verkrampfter, hatte man sich über Protokollarisches geeinigt. Salut oder nicht Salut, Bier oder Sekt, Cut oder Anzug, diese Probleme wurden spielend zwischen beiden Teilen bewältigt. Für sonnige Entspannungsgemüter gab es jedoch auch hier eine kalte Dusche: Die Menschenrechtsresolution der Opposition in Sachen der Mitteldeutschen wurde von der Koalition resolut abgelehnt. Mehr noch, um der Erwärmung der Gefühle füreinander zu dienen, riskierte ein Sprecher der SPD ein „heißes Wort": Die Mauer, das hat er nun endlich begriffen, m u ß t e gebaut werden, um den „Alpdruck" der Flüchtlinge von den Mauerbauern zu nehmen! Dazu Hupka im „Deutschland-Unionsdienst": Vielleicht folgt bald auch noch, aus gleichen Gründen, eine Rechtfertigung des Schießbefehls.

Mit der Ratifizierung des Prager Vertrages soll sich, wenn es nach den Intentionen der Koalition geht, nun endlich auch die Sonne der Beziehungen zwischen den Deutschen und den Tschechoslowaken wenden, soll der „Schlußstein in das Gewölbe der Aussöhnung und des Friedens eingefügt" werden. Für die Sudetendeutschen allerdings war dieser Akt ein vehementer Stein des Anstoßes. Was sie betrifft, war von Aussöhnung, von Vertreibung und Wiedergutmachung bei diesem Anlaß nicht die Rede. Und das humane Ansinnen der Familienzusammenführung war trotz der trüben Erfahrungen beim Warschauer Vertrag auch hier nur an den Rand des Vertrages, war sozusagen in den Schornstein geschrieben. Selbstbestimmung — Mitbestimmung auch für Deutsche? Am gleichen Tag wurde sie bei der ersten Lesung des Mitbestimmungsgesetzes im Bundestag, vor nahezu leerem Hause zwar, aber um so lauter für die Gruppe der Arbeitnehmer gefordert. Aber über die Mitbestimmung auch für Sudetendeutsche, wenn es um ihre eigene, schicksalsschwere Sache geht, wurde im parlamentarischen Regierungslager kühl hinweggeredet. Armer Wenzel Jaksch, wenn er das noch erlebt hätte, so hätte er mit Sicherheit, diesmal aber endgültig, der SPD sein Parteibuch zurückgegeben!

Hinweg ging die Regierung, gingen alle Parteien, ging auch die Öffentlichkeit über das Schicksal der Jugoslawiendeutschen, das anläßlich des Besuches des Marschallpräsidenten Tito zumindest neben den vielerörterten Kriegsschicksalen der jugoslawischen Völker hätte erinnert werden sollen. Aber wer weiß denn noch, wer will denn noch daran erinnern, daß vor dem Krieg in Jugoslawien rund 600 000 Deutsche lebten, daß diese Volksgruppe pauschal in dem Avnoj-Beschluß des Nationalrates zur Befreiung der Völker Jugoslawiens im November 1944 als „kriminelle Minderheit", mit der es kein Zusammenleben geben könne und dürfe, diskriminiert worden ist; daß die Jugoslawiendeutschen 130 000 Opfer der Vertreibung und zehn Milliarden Vermögensverluste zu beklagen haben?

Die Reste dieser Volksgruppe wurden in alle Welt zerstreut, 200 000 leben unter uns und halten friedfertigen Kontakt auch mit ihren früheren Landsleuten, die jetzt als Gastarbeiter in unserem Lande leben. Ihre Landsmannschaft hatte in einem Brief an den deutschen Außenminister appelliert, Tito möge angehalten werden, den verhängnisvollen Bann mit einem Wort der Versöhnung auch den Jugoslawiendeutschen gegenüber zu brechen, und ihnen den ungestörten Besuch an den Gräbern ihrer angestammten Heimat zu gestalten. **Clemens J. Neumann**

Affären:

Warum ließ Horst Ehmke die Akten vernichten?

ZDF-Moderator Gerhard Löwenthal übergab Guillaume-Ausschuß gerettete Geheimberichte

Der Moderator des ZDF-Magazins, Gerhard Löwenthal, hat dem Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses zur Klärung der Guillaume-Affäre, Walter Wallmann (CDU), in Bonn Berichte des Bundesnachrichtendienstes (BND) übergeben, die vor der von Minister Ehmke im Jahre 1971 angeordneten Aktenvernichtung beim deutschen Geheimdienst gerettet worden sind.

Aus den Papieren geht laut ASD hervor, daß der BND entgegen einer Erklärung Ehmkes am 6. Juni vor dem Bundestag keine widerrechtliche Inlandsaufklärung betrieben habe, als er beispielsweise über Geheimkontakte von Egon Bahr in Ost-Berlin und einer SPD-Delegation mit der Kommunistischen Partei Italiens (KPI) berichtete. Die Aktenvernichtung beim BND ist einer der Tatbestände, die der Untersuchungsausschuß im Zusammenhang mit dem Fall Guillaume aufklären soll.

Ehmke hatte in der ersten Juni-Woche im Bundestag zugegeben, die Vernichtung des Materials mit Erkenntnissen über Ostkonktakte deutscher Politiker als Kanzleramtsminister angeordnet zu haben. Das war von ihm damit gerechtfertigt worden, daß der BND Inlandsaufklärung durchgeführt habe.

Löwenthal hatte daraufhin in der ZDF-Sendung vom 12. Juni aus ihm zugegangenen Papieren des BND zitiert, die Ehmkes Zugriff entzogen worden waren. Wallmann bestätigte dem ASD, die Papiere von Löwenthal erhalten und zum Beweismaterial des Ausschusses genommen zu haben.

Als Beispiel dafür, daß Ehmkes Begründung für die Aktenvernichtung unzutreffend sei, hat Löwenthal einen BND-Bericht über Egon Bahr vorgelegt. Titel: „Erkenntnisse aus Informationen östlicher Quellen über Kontakte und Maßnahmen E. Bahrs (1963—1967)".

Dort steht unter anderem:

● „Der Erste Sekretär der sowjetischen Botschaft in Ost-Berlin, Belitzki (andere Schreibweise: Bialitzki), erhält Auftrag, seine regelmäßigen Zusammentreffen mit E. Bahr zu intensivieren. Von sowjetischer Seite wird auf größtmögliche Geheimhaltung Wert gelegt (ständiger Wechsel der Trefforte in West- und Ost-Berlin). Ziel der Kontakte ist, Möglichkeiten einer eigenständigen Politik des West-Berliner Senats zu prüfen und zu fördern."

● „Die Meinungsverschiedenheiten in der West-Berliner SPD werden in der sowjetischen Botschaft in Ost-Berlin mit besonderer Aufmerksamkeit beobachtet. In Sondierungsgesprächen soll festgestellt werden, ob E. Bahrs Rede in Tutzing (15. 7. 1963) auf einen echten Gesinnungswandel und Kurswechsel W. Brandts zurückgeht." (August 1963)

● „In der sowjetischen Botschaft in Ost-Berlin wird die beabsichtigte Berufung E. Bahrs ins Bonner AA positiv beurteilt." (Dezember 1966)

Bei einem zweiten von Löwenthal dem Untersuchungsausschuß übergebenen Dokument handelt es sich um einen Bericht des Bundesnachrichtendienstes über ein vertrauliches Gespräch zwischen Spitzenvertretern der italienischen Kommunistischen Partei (KPI) und der SPD am 29. und 30. November 1967 in Rom. Von der SPD nahmen der jetzige Bundesminister Egon Franke sowie die damaligen Spitzenfunktionäre Fred Wesemann und Leo Bauer teil. Auf seiten der italienischen Kommunisten waren Alberto Galluzi, verantwortlich für die Sektion auswärtige Angelegenheiten, das Politbüromitglied Enrico Berlinguer und der persönliche Sektretär des KPI-Chefs Luigi Longo Gesprächspartner.

In dem BND-Bericht heißt es:

● „Die Vertreter der SPD begrüßten die Ausgewogenheit und Mäßigung in der politischen Linie der KPI. Anschließend legten sie einige Punkte zur aktuellen Problematik in der BRD und in ihrer Partei, auch als Teil der Regierungskoalition, dar und sprachen sich positiv aus über:

● die Opportunität der Begründung einer Partei demokratischer Opposition links von der SPD, auch um der Gefahr eines Überhandnehmens der Rechten zu begegnen, das von dem Aufkommen neonazistischer Fermente in der CDU selbst begünstigt werden könnte;

● die Überwindung der Blöcke und einen kollektiven europäischen Sicherheitspakt, eine Initiative, an der sich die SPD beteiligen würde, wenn sie auf Regierungs- und Parlamentsebene geführt würde und sich die USA und die UdSSR vorher geeinigt hätten; ohne eine solche Einigung würde die SPD ihre atlantischen Verpflichtungen erneuern;

● die Stärkung und Demokratisierung der Organe der Europäischen Gemeinschaft durch den Vorschlag, im Europa-Parlament Wahlen mit universalem Stimmrecht abzuhalten und die parlamentarischen Gruppen der KPI und der KPF in das Europa-Parlament zu bringen.

Die Teilnehmer der Zusammenkunft haben abschließend folgende Vereinbarungen getroffen:

● Die Gespräche sollen Anfang 1968 in der BRD mit der ‚begrenzten' (inoffiziellen) Teilnahme von Willy Brandt wiederaufgenommen werden.

● Die Kontakte zwischen der SPD und der KPF wie auch zwischen der KPI und den belgischen und skandinavischen Sozialdemokraten sollen gefördert werden.

● Die KPI wird schließlich versuchen, die günstigen Bedingungen für die Verwirklichung einer stufenweisen Annäherung der SPD und der SED zu schaffen, um in einem Klima größeren gegenseitigen Verständnisses Vorurteile und falsche Positionen abzubauen."

Gehört · gelesen · notiert

Warum macht man dem Schüler nicht klar, daß der Zwang, etwas zu lernen, ihm einst zum größten Vorteil gereichen wird? Warum bildet man nicht sein Urteil, nicht, indem man ihm einfach Logik einpaukt, sondern indem man ihm selbst schlußfolgern lehrt? *Friedrich der Große*

Von den Hohen Schulen nahm nicht eine Erneuerung der Demokratie ihren Anfang, hier wurden die Keime zu ihrer Zerstörung gelegt.
Frankfurter Neue Presse

Nicht die formelle Mitgliedschaft in verfassungsfeindlichen Gruppen ist entscheidend, sondern die Einstellung jener Bremer Professoren, die offensichtlich auch vor den Mitteln der Gewalt nicht zurückschrecken, um ihre revolutionären Ziele durchzusetzen.
Dr. Johann-Tönjes Cassens, Sprecher der CDU in der Bremer Bürgerschaft

Die Möglichkeit zeichnet sich ab, daß junge, akademisch gebildete Radikale mehrheitlich in die politischen Redaktionen eindringen, um dort ihre weltanschaulichen, gesellschaftsverändernden Ziele durchzusetzen.
John Jahr, Verleger in Hamburg

Der Kommunismus setzt laut Marx und Engels die große Industrie voraus, die erst der Kapitalismus entwickeln muß.
Fritjof Meyer in „Der Spiegel", Hamburg

Glaubt nicht, daß ihr das Sowjetregime jahrelang beweihräuchern . . . könnt, um später, als wäre nichts geschehen, zur intellektuellen Redlichkeit zurückzukehren. Hure bleibt Hure.
George Orwell

Bonn:

Hahn-Butry wird 75

Der Schriftsteller Jürgen Hahn-Butry, von seinen Freunden in der alten Reichshauptstadt der „Dichtervater" genannt, begeht in diesen Tagen seinen 75. Geburtstag. Er ist der Sohn des bekannten konservativen Reichstagsabgeordneten Dr. Friedrich Haak aus Niedersachsen. Von 1919 bis 1945 schuf er 35 literarische Werke meist soldatischen Inhalts, von denen als besonders bekannt die nachfolgenden Erwähnung verdienen: „General von Reyher", „Ein Führer in Flandern", „Das Buch vom deutschen Unteroffizier". Auch das einzige Buch über den Balkanfeldzug „Panzer am Balkan" stammt aus seiner Feder. Nach dem Krieg entstanden die Pferdebücher „Das Glück dieser Erde" und „Hannovers edles Warmblut", der Roman „Der Marsch auf Bonn" und das politische Bekenntnisbuch „Unbequeme Wahrheiten" (1968).

Jürgen Hahn-Butry, der heute in Hersel bei Bonn wohnt, ist seit 15 Jahren Herausgeber des Informationsdienstes „Europäische Sicht".

Aussiedler:

Keine Rechtsgrundlage für Demarchen

Moersch antwortete auf Anfragen von Czaja und Hupka

Prozesse und Verurteilungen deutschstämmiger sowjetischer Staatsangehöriger erfolgten nicht, weil die Betroffenen ausreisen wollten, sondern weil sie nach sowjetischer Auffassung gegen die Gesetze der UdSSR verstoßen haben. Das stellte der parlamentarische Staatssekretär Moersch in der Antwort auf eine Anfrage Dr. Hupkas im Deutschen Bundestag fest.

Es gebe, so Moersch, für die Bundesregierung keine Rechtsgrundlage für Demarchen in Einzelfällen. Es liege vielmehr in der Logik der Politik der Bundesregierung, die die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion weiter ausbauen wolle, daß sie sich nicht zuletzt auf die Lösung humanitärer Probleme positiv auswirkt. Daher ziehe die Bundesregierung Beharrlichkeit und Geduld vor. Auf den Hinweis Dr. Czajas, daß frühere Regierungen Verbalnoten übergeben und mündliche Demarchen unternommen haben und damit zum Teil Erfolg hatten, erwiderte Moersch, er kenne die Dinge nicht im einzelnen, doch die heutigen Erfolge sprächen für das rechte Verhalten der Bundesregierung.

Zu einer Anfrage Dr. Hupkas nach dem Verbleiben der 50 000 Aussiedler, die nach der Ankündigung des polnischen Außenministers Olszowski noch in diesem Jahr in der Bundesrepublik Deutschland eintreffen sollten, erklärte Staatssekretär Moersch ausweichend und offensichtlich peinlich berührt, er sei im Hinblick auf den gegenwärtigen Stand der Bemühungen nicht in der Lage, dazu Stellung zu nehmen.

Einer Anfrage des Abgeordneten Dr. Wittmann, nach der Interpretation der Erklärung des polnischen Außenministers am 29. Mai 1974 vor dem Sejm, es sei eine gewisse Evolution hinsichtlich der Normalisierung der Beziehungen zwischen Warschau und Bonn eingetreten, wich Moersch ebenfalls aus, indem er erklärte, es gebe für unsere Seite keine Legitimation, die Äußerungen des polnischen Außenministers zu interpretieren. Auf eine Zusatzfrage Dr. Hupkas, ob die polnischen Schikanen gegenüber Aussiedlungswilligen zum Normalisierungsprozeß beitragen, antwortete Moersch, alles, was von der einen oder der anderen Seite als Störung empfunden werde, sei ein Hindernis für die Normalisierung.

Polen:

Warschau erwartet Kniefall monetärer Natur

Parteichef Gierek präsentierte dem deutschen Botschafter seine Entschädigungsforderungen

Ohne die offiziellen Vertreter der Hansestadt Lübeck wurde am 20. Juni die erste Fährverbindung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen eröffnet. Auf Weisung des polnischen Außenhandelsministeriums waren die Lübecker Repräsentanten kurzfristig von der Teilnehmerliste für die Jungfernfahrt des Fährschiffes „Skandynawia", das den Betrieb zwischen Travemünde und Swinemünde versehen soll, gestrichen worden. Dieses Ereignis steht keineswegs allein; schon Wochen vorher hatten polnische Sportler die Teilnahme an der „Kieler Woche" abgelehnt und sich hierbei ausgerechnet auf das Treffen der Pommerschen Landsmannschaft bezogen, das, wie alle Vertriebenentreffen in der kommunistischen Terminologie, als „Revanchistische Veranstaltung" bezeichnet worden war.

Das sind nur die letzten Symptome dafür, daß sich die deutsch-polnischen Beziehungen in einem gewissen „Tief" befinden und man kann feststellen, daß das Verhältnis heute abgekühlter ist als vor dem Abschluß des Normalisierungsvertrages und der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Bonn und Warschau. Selbst der polnische Außenminister Olszowski gab in seiner letzten Darstellung der außenpolitischen Lage vor dem Sejm zu, daß es im polnisch-westdeutschen Verhältnis zu „wesentlichen Schwierigkeiten" gekommen sei. Wie nicht anders zu erwarten, gab Olszowski hierfür in erster Linie der Bonner Opposition die Schuld und behauptete, die Unionsparteien wendeten sich „gemeinsam mit rechtsgerichteten Kräften" gegen die „Normalisierung". Die Bundesregierung wurde vom polnischen Außenminister ermahnt, nicht in „formalistischer Art" an die Lösung der noch offenstehenden Fragen heranzugehen. Die Verhandlungen mit Bonn würden, so sagte Olszowski, „auf der Basis realistischer Vorschläge" fortgesetzt werden müssen.

In Wirklichkeit aber ist festzustellen, daß die Warschauer Führung einen Gang zurückgeschaltet hat, was nicht zuletzt in dem fast totalen Stopp der Auswanderung von Deutschen zum Ausdruck kommt. Vielleicht sollte auch der überaus herzliche Empfang, den man der SED-Delegation bei deren Besuch bereitete, ein Signal setzen. Als besonders gravierend aber dürfte das Verhalten bei der Technischen Messe in Posen zu werten sein, wo die Ausstellungsfläche für die deutschen Firmen trotz offizieller Proteste um fast ein Drittel reduziert wurde. Beobachter berichteten, beim Eröffnungsrundgang habe der polnische Parteichef Giereck mit dem deutschen Botschafter ein Gespräch geführt, „das selbst mit diplomatischen Worten nicht als freundschaftlich bezeichnet werden kann". Wenn die Polen viele Einkäufe von der Bundesrepublik auf andere Lieferländer umbuchten, fällt es schwer zu glauben, daß hier nicht nach einer bestimmten Regieanweisung gehandelt wurde. Man darf vielmehr davon ausgehen, daß dieses polnische Verhalten keineswegs wirtschaftlicher Natur ist, wenn auch das polnische Defizit im Handel mit der Bundesrepublik sich inzwischen auf fast zwei Milliarden DM beläuft. Das alles dürfte ganz eindeutig politische Ursachen haben.

Es geht dabei einmal um die polnischen Erwartungen hinsichtlich zinsverbilligter Kredite, eine Leistung, die praktisch die Forderung nach Reparationszahlungen kaschieren soll. Wie der polnische „Deutschland-Experte" Julien Bartosz kürzlich schrieb, hat Warschau seine Bereitschaft erklärt, auch über „andere Lösungen" des Reparationsproblems zu sprechen und hiermit ist der auch von den polnischen Massenmedien gemachte Vorschlag gemeint, daß Bonn an Warschau einen zinsverbilligten Kredit von — zunächst — drei Milliarden DM und zwar „ungebunden" gewähren solle. Dazu teilte Bartosz mit, der frühere Bundeskanzler Brandt sei über dieses polnische Verlangen voll ins Bild gesetzt worden.

Wenn es nun heißt, Parteichef Gierek habe dem deutschen Botschafter in harter Form Entschädigungsforderungen für 300 000 ehemalige polnische KZ-Häftlinge präsentiert, so könnte das bedeuten, daß Warschau das Schwergewicht nicht mehr auf Kredite verlagert, die es sowieso in der angebotenen Höhe als unzureichend ablehnt, sondern daß man einen zweiten — diesmal monetären — Kniefall erwartet. Nachdem Brandt den moralischen Kniefall getan habe, werde Schmidt nun nüchtern zur Kasse gebeten.
R. Brusseit

Das Ostpreußenblatt

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Chefredakteur: Hugo Wellems
Verantwortlich für den politischen Teil

Stellvertr. Chefredakteur: Ruth Maria Wagner
Kultur, Unterhaltung, Frauenseite

Chef vom Dienst: Hans-Ulrich Stamm
Geschichte, Landeskunde und Aktuelles

Soziales und LAG: Horst Zander
Zugleich Jugend, Heimatkreise, Gruppen

Bonner Redaktion: Clemens J. Neumann

Anzeigen und Vertrieb: Heinz Passarge

Das Ostpreußenblatt ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der Landsmannschaft Ostpreußen. – Bezugspreis Inland 4,– DM monatl., Ausland 5,20 DM monatl. Postscheckkonto für den Vertrieb Postscheckamt Hamburg 84 26 2 04 – Verlag, Redaktion, Anzeigenabteilung 2 Hamburg 13, Parkallee 84, Postfach Nr. 8047, Telefon 0 40 45 25 41/42, Anrufbeantworter nach Dienstschluß 45 25 41 – Bankkonto Landesbank Hamburg BLZ 200 500 00, Konto-Nr. 192 344 – Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet. Rücksendung nur wenn Porto beiliegt. Postscheckkonto für Anzeigen 907 00-2 04 Postscheckamt Hamburg

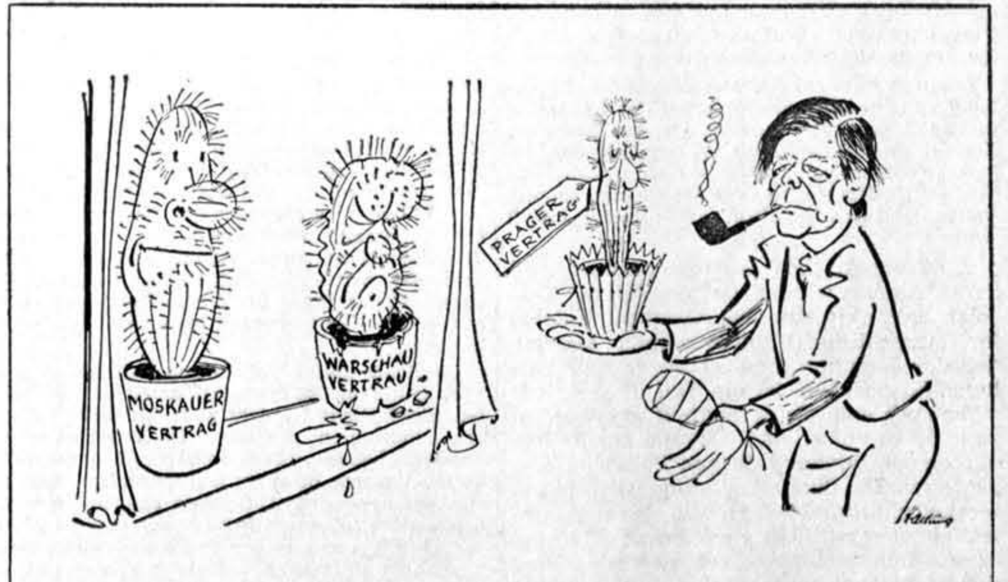


Druck Gerhard Rautenberg, 295 Leer, Norderstraße 29/31, Ruf 04 91 / 42 88

Für Anzeigen gilt Preisliste Nr. 17



Wie ANDERE es sehen:



Der Neue! — Ob d e r nun wenigstens mal blüht?

Zeichnung aus „Die Welt"

Atlantische Sorgen und ein Präsident

Reisediplomatie im Schatten von Hoffnung, Mißtrauen und Unbehagen

Das Rezept der Männer von 1945, die einen Krieg gemeinsam gewannen und dennoch den Frieden nicht zu erringen vermochten, schien einfach: Teilung des Erdballs in eine westliche und eine östliche Hemisphäre mit jeweils einer Hegemonialmacht und Aufteilung von konfliktbedrohten Ländern an den Hemisphärengrenzen ohne Rücksicht auf nationale Gegebenheiten. Diese Lösung war zu simpel, um ihren Frühling zu überstehen. Unausweichlich trat dann wieder jener Konflikt zutage, der nur einige wenige Kriegsjahre überdeckt worden war, der große Ost-West-Gegensatz nämlich, der die Weltpolitik der letzten fünfundzwanzig Jahre in einer einmal mehr und einmal weniger militanten Form beherrscht. Der tiefere Grund dafür liegt im absoluten Mißverständnis beider Kontrahenten über Sinn und Zweck der Zweiteilung der Welt. Die westliche Seite sah darin die Möglichkeit der Balance, während sie für den östlichen Gegenspieler nur eine Etappe auf dem Wege zum Endziel war. Das ist der Urgrund für die Unlösbarkeit des Ost-West-Gegensatzes.

Die notwendige Konsequenz dieser Erkenntnis war die Nordatlantische Verteidigungsgemeinschaft, deren Festigkeit in den letzten Jahren auf harte Proben gestellt wurde und sie nicht gerade überzeugend bestanden hat. Mehr und mehr siechte sie dahin aus Mangel an innerer Verbindlichkeit, an Unlust, an Fehleinschätzung der Lage und an der Neigung fast aller Partner zu Alleingängen. Aus dem nordatlantischen Bündnis war allmählich eine atlantische Sorge geworden, die die Partner untereinander und gegeneinander hegten.

Kissingers Atlantik-Charta

Die Vereinigten Staaten waren der neben Frankreich von den Bundesgenossen am meisten beargwöhnte Partner. Es waren außer den zum großen Rußland-Geschäft drängenden Wirtschaftsgiganten der USA jene immer wieder auf Abbau der amerikanischen Truppenpräsenz in Europa zielenden politischen Kräfte, die den Verdacht der Unaufrichtigkeit und Unzuverlässigkeit gegen die westliche Weltmacht nährten. Umgekehrt aber war es nicht anders. Die brüske Abwendung Frankreichs von der NATO, die allerdings nicht an der eigenen Verteidigungsbereitschaft rüttelte, und die ursprünglich vom Washingtoner Wohlwollen begleitete Ostpolitik Brandts mit ihrer Tendenz, dem Osten auch aus Neigung die Tür zum Westen zu öffnen, höhlten die westliche Position aus. Im weltpolitischen Spiel hatte Brandt die Aufgabe, die sowjetischen Wünsche auf deutschem Territorium zu erfüllen und die deutsche Teilung zu betonieren. Diese Aufgabe hat er erfüllt, er war nur eine Zweckfigur. Bis zu diesem Punkte waren Ost und West mit ihm zufrieden, entband er sie doch von lästigen alten Verpflichtungen. Von der Weltpolitik her gesehen, konnte es für ihn kein „Mehr" geben. Man darf sich nicht darüber täuschen, daß er so oder so von der Bildfläche verschwunden wäre. Die Guillaume-Affäre war ein glücklicher „Zufall".

Die US-Führung war sich darüber klar, daß dem Siechtum der NATO nur durch eine durchgreifende Regeneration beizukommen war. Im April 1973 überraschte Außenminister Kissinger die Bundesgenossen mit dem Entwurf einer neuen „Atlantik-Charta". Dieser Plan war ein ideologisches Gebilde und stieß auf wenig Gegenliebe, denn die alte Charta hatte sich im rauhen Wind der politischen Realitäten schon nicht bewähren können.

Der Schatten von Watergate

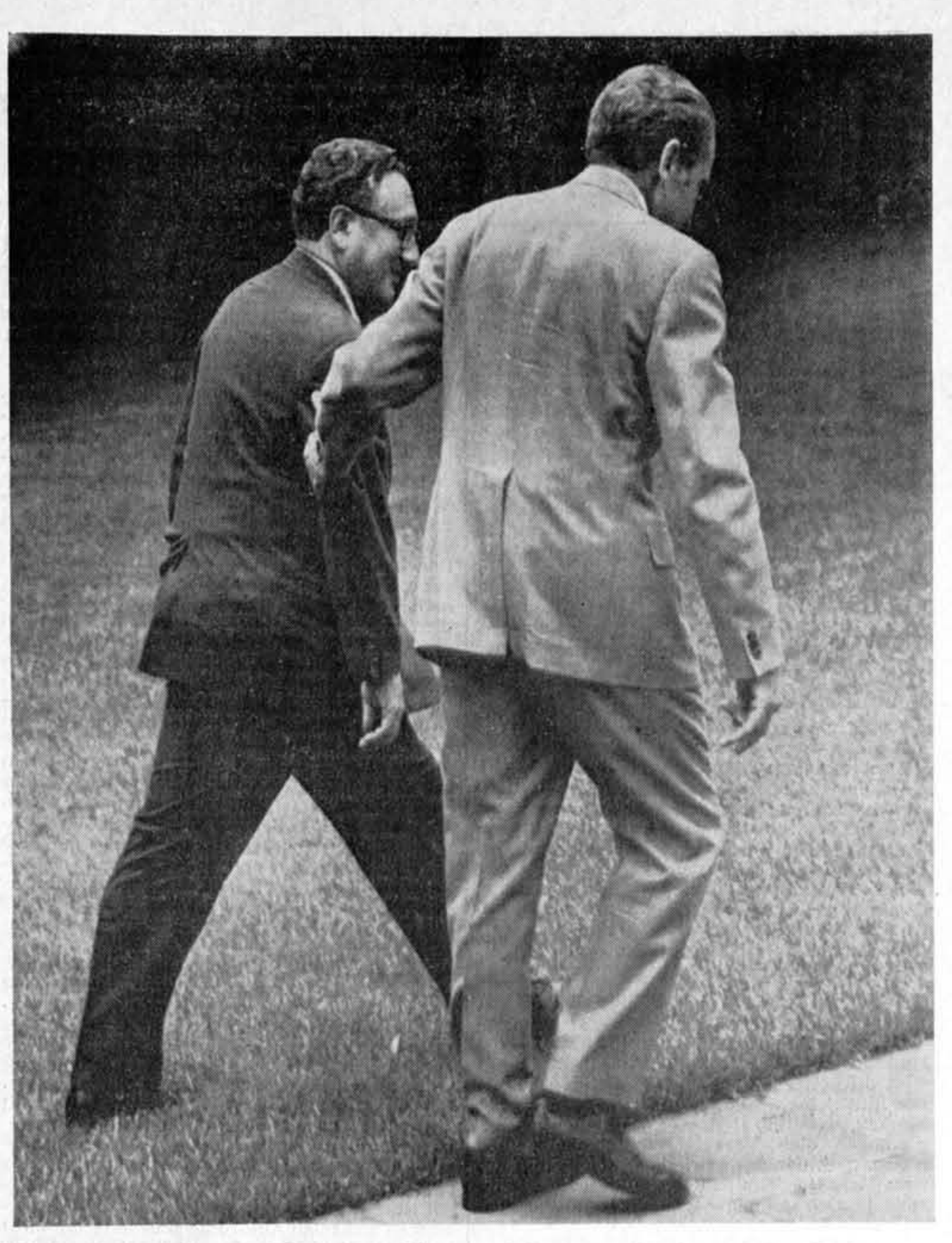
Henry Kissinger, bisher unangefochten die Trumpfkarte der Washingtoner Regierung, gilt als Pragmatiker, aber er ist auch von ideologischem Ehrgeiz nicht frei. Euphorisch hatte er erklärt, daß 1974 das „Europa-Jahr" werden würde. Das Jahr hat nun Halbzeit. Vom Europa-Jahr spricht keiner mehr. Dafür aber kam es zur Deklaration von Ottawa, in der die Ziele der NATO mit den daraus erwachsenden Pflichten und Selbstverpflichtungen der einzelnen Mitglieder neu formuliert wurde. Wenn daraus mehr werden soll als eine Manifestation der guten Absichten, müssen politische Taten folgen. Die Deklaration trägt deutlich neben der amerikanischen auch eine britische und eine französische Handschrift. Jedenfalls kann sie als eine Hoffnung auf eine sicherere Zukunft bewertet werden.

In der kanadischen Hauptstadt Ottawa paraphierten die Außenminister der NATO-Staaten diese „Atlantische Deklaration". Feierlich unterzeichnet wurde sie in Brüssel, um dem in Sachen Politik reisenden US-Präsidenten Richard Nixon die Gelegenheit für einen großen Auftritt auf der internationalen Bühne zu geben.

Bei nicht wenigen wird dieser Regieeinfall mit Unbehagen vermerkt, weil hier sichtlich amerikanische innenpolitische Aspekte eine beachtliche Rolle spielen. Denn dieser Präsident, der 1972 noch einen triumphalen Wahlerfolg hatte, kämpft heute um das politische Überleben in seinem Lande. Noch nie in der Geschichte der Vereinigten Staaten ist ein Präsident so zertrümmert worden wie Richard Nixon. Vordergründige Ursache ist der Sumpf der Watergate-Affäre, der ständig neue Krebsgeschwüre erzeugt. Es droht ein schimpflicher Absetzungsprozeß. Wenn es nach dem Fahrplan im US-Kongreß geht, wird Nixon am 7. November nicht mehr Präsident sein.

Gewiß, Watergate ist eine üble Angelegenheit. Sie hätte Nixon nicht tangieren zu brauchen, wenn er sich anders verhalten hätte. Es war schließlich nichts, was im hemdsärmeligen amerikanischen Wahlkampf seit eh und je passiert ist. Auch keiner seiner Vorgänger hat darauf verzichtet, die Telefone politischer Feinde anzapfen zu lassen. Nixons Gegner konnten daraus eine nationale Krise größten Ausmaßes machen, weil der Präsident unfähig war, die auf ihn abgeschossenen Pfeile zur rechten Zeit abzuwehren. Dieses unglaubliche Tauziehen um die Tonbänder, diese Verstrickung in Halbwahrheiten und glatten Lügen haben ihn in den Augen der Öffentlichkeit gerichtet. Als er die Flucht nach vorn antrat und die Tonbandprotokolle veröffentlichen ließ, hatte er leichtfertig und töricht einen Bumerang geworfen, der ihn vernichtend selbst treffen mußte.

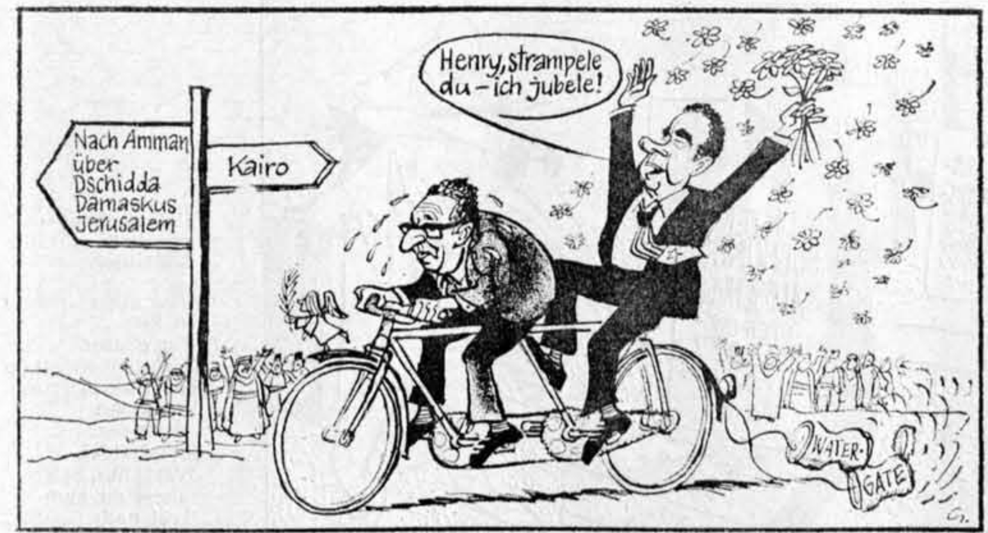
Im Absetzungsverfahren kann Nixon nichts mehr vorweisen als außenpolitische Erfolge. Deshalb entwickelt er eine Reisediplomatie, bei der er auf Erfolge um jeden Preis angewiesen ist. Gerade deshalb wird seine gegenwärtige Aktivität mit Distanz, Mißtrauen und Unbehagen betrachtet. Es wird befürchtet, daß er mehr Zugeständnisse im Ausland macht, als für Amerika und auch für Europa nützlich ist. Es wäre ein unerträglicher Gedanke, daß weltpolitische Weichen gestellt werden zu dem einzigen, und möglicherweise noch nicht einmal erfolgreichen Zwecke, die eigene Haut zu retten. Als peinlich gilt es dabei, daß er sich auf die Schulter von Henry Kissinger stellt, den er in einem Tonbandprotokoll als „Judenbengel" apostrophierte. Die Truppenentflechtung im Nahen Osten ist das Werk Kissingers. Nixon ließ sich dafür in Kairo feiern. An der „Atlantischen Deklaration" hat Kissinger entscheidenden Anteil. Den „großen Bahnhof" dafür bekam Nixon in Brüssel.



Unter freiem Himmel abhörsicher: Nixon und Kissinger konferieren im Garten des Weißen Hauses über die nächsten Schritte im Nahen Osten Foto AP

Als Höhepunkt der Nixonschen Reisediplomatie war der schon seit langem vereinbarte Besuch in Moskau geplant. Welche Gefühle mögen Breschnew beherrscht haben, als er mit einem Manne verhandelte, der möglicherweise in wenigen Monaten von der politischen Bühne verschwunden ist. Andererseits mußte ihm aber ein Mann willkommen sein, der Erfolge wie das liebe Brot braucht. Von ihm kann man immer Zugeständnisse erhalten, die von anderen schlecht widerrufen werden können. Der größte Teil der Moskauer Abmachungen war bereits von langer Hand in den zuständigen Fachabteilungen vorbereitet. Sie sind nicht von solcher Bedeutung, daß sie unbedingt von höchster Hand unterschrieben werden müssen. Aber es gehört nun einmal zum Zeremoniell von Staatsbesuchen, daß eine Reihe von Verträgen geschlossen wird. So wird der Eindruck von intensiver Verhandlungstätigkeit vermittelt. Was da unterschrieben wurde, war in Washington lange vorher bekannt, man fürchtet vielmehr das, was im bürgerlichen Leben als „mündliche Nebenabreden" bezeichnet wird. So etwas bekommen oft engste Vertraute erst dann zu wissen, wenn sie auf den Tisch gelegt werden. Nixon kannte diese Befürchtungen nur zu genau. Gerade deshalb bekannte er sich in Brüssel so demonstrativ zur „Atlantischen Deklaration", in der sich die USA in vielen Punkten festlegten, die bisher Gegenstand des Mißtrauens waren.

Ob die Ergebnisse von Moskau von Nixon als Erfolg verbucht werden können, muß sich erst noch erweisen. Entweder hat die atlantische Allianz oder die amerikanisch-sowjetische Zusammenarbeit den Vorrang für die Vereinigten Staaten. Sie gleichrangig zu machen, gleicht dem Versuch, die Quadratur des Kreises zu lösen. Niemand kann das Kunststück fertigbringen, mit Ost- wind und Westwind gleichzeitig zu segeln.



Amerikanisches Tandem Zeichnung Kölnische Rundschau

Amerikanische Außenpolitik war immer in stärkstem Maße zugleich Dollar-Diplomatie. Diese geht oft andere Wege, als nationale Interessen es als dienlich erscheinen lassen. Nixon wußte, daß er sich in einflußreichen Kreisen der Wirtschaft mit einer stärkeren Kooperation mit Moskau Freunde machen konnte, die er dringend braucht. In einer Zeit der Krisenerscheinungen in der internationalen Wirtschaft haben die größten amerikanischen Unternehmen nämlich Grund zur Zufriedenheit. Der Umsatz der 500 größten Konzerne der USA stieg nach einer „Fortune-Analyse" im letzten Jahre um 19,6 Prozent und ihr Gewinn um 39 Prozent. Beides waren die größten Wachstumssprünge seit über zwanzig Jahren. Nach einer etwa zum gleichen Zeitpunkt erstellten anderen Untersuchung haben die amerikanischen Unternehmen im letzten Jahr im Ausland eine Gewinnsteigerung von zehn Prozent gegenüber dem Vorjahre zu verzeichnen. Die Auslandsinvestitionen haben inzwischen ein Niveau von 103 Milliarden Dollar erreicht. Es war in Washington seit langem ein offenes Geheimnis, daß Nixon, als sich die Moskaureise abzeichnete, unter massivem Druck der am Rußlandhandel interessierten Industrie stand. Auch diese Seite muß gesehen werden, wenn die Moskauer Verhandlungen Nixons beurteilt werden sollen.

Es kann keine Diskussion darüber geben, daß uns Europäern und uns Deutschen insbesondere die Frage der Sicherheit und der Allianz wichtiger ist als alles andere ist. Der Wahlspruch der NATO lautet: „Wachsamkeit ist der Preis der Freiheit." Für uns gilt die Wachsamkeit nicht nur nach Osten.

Ernst Fredmann



AUS ALLER WELT

Scheel vereidigt

Als 4. Präsident der Bundesrepublik Deutschland wurde Walter Scheel am 1. Juli im Deutschen Bundestag vereidigt. Zum Amt des Bundespräsidenten sagte Scheel: „Der Bundespräsident ist das Staatsoberhaupt in Deutschland. Das deutsche Volk darf sein Streben nach der Einheit auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes nicht aufgeben."

Protest vor der UNO gefordert

Der CDU-Abgeordnete Manfred Abelein hat auf dem 14. Bundestreffen der Westpreußen die Bundesregierung aufgefordert, die Verletzung der Menschenrechte durch die „DDR" vor den Vereinten Nationen anzuklagen. Er erklärte in Münster, Bonn müsse darauf hinweisen, daß die Zustände entlang der innerdeutschen Grenze eine Verletzung des Grundvertrages seien.

Noch Kriegsgefangene in Sibirien?

7000 Kriegsgefangene aus dem Zweiten Weltkrieg, überwiegend Deutsche, sollen nach einem Bericht des amerikanischen National Catholic News Service, der sich auf Angaben eines katholischen Priesters stützt, noch immer in sowjetischen Lagern festgehalten werden. Der entsprechende Bericht wurde vom Informationsdienst des Lutherischen Weltbundes in Genf zitiert. Gerüchte über die Existenz der „Schweigelager" gehen seit fast 20 Jahren immer wieder um. Konkrete Anhaltspunkte haben sich dafür niemals ergeben. Sowjetische Stellen haben wiederholt scharf dementiert.

Bleibt Falin?

Das Auswärtige Amt in Bonn hat bisher keine Hinweise auf einen geplanten Austausch der Sowjetbotschafter in Bonn und Ost-Berlin erhalten. Die Illustrierte „Quick" berichtete dagegen aus Moskau, westliche Diplomaten hätten ihren Regierungen eine Vorabinformation zukommen lassen, nach der das sowjetische Außenministerium Valentin Falin in Bonn und Michail Jefremow in Ost-Berlin gegeneinander austauschen wolle.

Polen verstärkt Kontakte

Die Volksrepublik Polen erwägt, bald die diplomatischen Beziehungen zu Spanien aufzunehmen, erklärte der polnische Handelsminister Kisiel, der zu einem dreitägigen offiziellen Besuch in Madrid weilte, wo er ein Handelsabkommen vorbereitet, das über zehn Jahre laufen soll und eine erhebliche Steigerung des spanisch-polnischen Wirtschaftsaustausches mit sich bringt. Polen ist vor allem an spanischen Textilmaschinen, Schiffen und Apfelsinen interessiert. Spanien möchte die Einfuhr polnischer Kohle erhöhen.

1300 durften die „DDR" verlassen

Im Zuge der mit dem Grundvertrag zwischen Bonn und Ost-Berlin vereinbarten Familienzusammenführung hat die „DDR" im vergangenen Jahr insgesamt 1300 Personen die Ausreise zu ihren Angehörigen im Westen gestattet.

Berlin:

„Politische Einäugigkeit"

Schließt SPD Mitglieder des BFD aus?

Die Parteiverfahren, von denen im Bund Freies Deutschland (BFD) organisierte Berliner SPD-Mitglieder bedroht sind, haben ein vielfältiges Echo ausgelöst. Die Berliner SPD fühlt sich augenscheinlich durch die Aktivität des BFD und seine publizistische Reaktion empfindlich getroffen. So wurde vom Kreisverband Wilmersdorf ein Parteiordnungsverfahren gegen den Geschäftsführer des BFD und SPD-Mitglied Lothar Meyer eingeleitet. Es ist zu erwarten, daß der SPD-Kreisverband Spandau gegen den Ersten Vorsitzenden des Bundes und früheren Berliner DGB-Chef Ernst Scharnowski ebenfalls vorgehen wird.

BFD-Geschäftsführer Meyer sagte zu den Plänen seiner Partei: „Ich verstehe dieses Vorgehen des SPD-Landesvorstandes nicht. Würde man dort das Berliner Manifest des Bundes Freies Deutschland lesen, müßte man Sozialdemokraten wie Ernst Reuter postum aus der Partei ausschließen. Wir tun nichts anderes, als auf die Gefahren einer dilettantischen Ostpolitik hinzuweisen." Die Meinung, daß sich der Kommunismus in den Beziehungen zur Freien Welt oder umgekehrt seit Ernst Reuter politisch geändert habe, sei eine Illusion.

Der stellvertretende Landesvorsitzende der Berliner SPD, Dr. Klaus Riebschläger, betonte, ein Parteiverfahren bedeute noch keinen Ausschluß. Er äußerte allerdings die Hoffnung, daß einige SPD-Mitglieder im BFD schon „auf Grund der Parteiverfahren einsichtig werden und sich zurückziehen."

Der Berliner CDU-Landesvorsitzende Peter Lorenz erklärte zu diesen Vorfällen, es sei bezeichnend, daß man diese beiden aufrechten Demokraten und vielleicht noch andere aus der SPD hinausdrängen wolle, während man linke Jusos ungeschoren lasse. Das ganze, so Lorenz, sei ein weiteres Beispiel „politischer Einäugigkeit".

J. H.

Parteien:

Wehners Rücktritt ist keine beschlossene Sache

Trotz wachsender Bedenken ist der „Zuchtmeister" weiterhin unbestrittener Herr seiner Fraktion

Seit einigen Wochen „ernähren" sich die mehr oder weniger vertraulichen Informationsdienste, die von Bonn an interessierte Leserkreise gehen, von der Wiedergabe jener Gerüchte, die in Bonn umgehen und sie sich auf einen möglichen Rücktritt Herbert Wehners vom Amt des Fraktionsvorsitzenden der SPD beziehen. Einmal wird behauptet, Wehner sei seit Jahren erkrankt und habe nun die Absicht, sich von dem politischen Geschäft zurückzuziehen, dann aber auch heißt es, es gebe in der Fraktion eine steigende Zahl von Abgeordneten, die nicht mehr bereit wären, den „Zuchtmeister" zu dulden.

Es kam hinzu, daß die Gerüchte durch Wienand Nahrung erhalten hatten; der Fraktionsgeschäftsführer, der, wie bekannt, in der Steiner-affäre besonders stark im Scheinwerfer gestanden hat und der sich der Rückendeckung durch Wehner sicher weiß, hatte diesen über die Pfingsttage in seinem Haus in Schweden besucht und dort den Eindruck gewonnen, daß der Fraktionsvorsitzende resigniere und seinen Posten zur Verfügung stellen wolle. Allerdings hat der nach Bonn zurückgekehrte Wehner wenig Zeichen von Resignation gegeben. Stattdessen hat er in alter Unbeherrschtheit losgepoltert und gerade bei der Diskussion über den Prager Vertrag die Opposition wieder in einer Weise angegriffen, die schwerlich geeignet ist, ein vernünftiges Verhältnis zwischen den Regierungsparteien und der Opposition aufkommen zu lassen. Gerade dieser massive Angriff zeigt, wie wenig daran ist, daß Wehner es darauf ablegen soll, wieder zur Großen Koalition zurückzufinden. Nach einem Bonner Ondit soll Wehner nach dem Abgang Scheels hinsichtlich der Haltung der FDP sehr skeptisch sein und die Auffassung vertreten, daß eine Große Koalition der SPD eine längere Chance der Regierungsbeteiligung biete als die schmalbrüstige Bindung an die Freien Demokraten.

Allenthalben ist in Bonn zu hören, daß Wehner innerhalb seiner eigenen Fraktion umstritten ist und es daher von einer steigenden Zahl von Abgeordneten begrüßt werde, wenn der Fraktionsvorsitzende aus diesem Amt ausscheiden würde. „Wir haben Angst, wenn er ans Mikrofon geht und das Fernsehen dabei ist", so wird aus Kreisen der SPD kolportiert; Wehners schroffe und unverbindliche Art wird als eine steigende Belastung für die Partei empfunden.

In der Tat scheint es so zu sein, daß der „erzürnte und losballernde" Wehner wenig geeignet ist, der Partei in der Mitte Sympathie zu erwecken und seine Ausbrüche sind sicherlich nicht geeignet, der SPD verlorene Wähler zurückzubringen. Darauf aber wird es in der Hauptsache ankommen. Es kommt hinzu, daß die Rolle Wehners im Zusammenhang mit dem Rücktritt Willy Brandts immer noch mehr als umstritten ist. Es wird die Äußerung eines SPD-Abgeordneten weitergegeben, die für die in Kreisen der Fraktion herrschende Meinung typisch sein soll: nachdem Wehner den Brandt zum Rücktritt gezwungen hat, im Interesse der Partei, sollte er nun auch selbst zurücktreten: ebenfalls im Interesse der Partei. Damit jedoch ist nach unserer Kenntnis nicht zu rechnen und trotz solcher, sicherlich nicht zu unterschätzender Strömungen scheint uns der „Zuchtmeister" der SPD-Fraktion auch weiterhin Herr in seiner Partei zu sein. Daran kann auch nichts ändern, daß das Verhältnis zwischen Parteichef Brandt und eben Herbert Wehner abgekühlt, oder wie ein SPD-Abgeordneter sagte, „praktisch gleich Null" ist. Dieser Bruch habe sich in der Geheimbesprechung der SPD-Führungsspitze in Bad Münstereifel kurz vor Brandts Rücktritt ergeben. Auf diesem Hintergrund sollte man daran erinnern, was es bedeutet, von Wehner Rosensträuße zu erhalten. So, wie Willy Brandt in der Fraktionssitzung, die seinem Abgang folgte.

Immer mehr nämlich bricht sich die Erkenntnis Bahn, daß die Zurückziehung Brandts eine „grandiose" Leistung war, die man eben Wehner zuschreibt, der den restlos verbrauchten Kanzler angesichts der Wahlniederlagen in den Bundesländern zurückgezogen habe, weil er befürchtete, daß sonst in Niedersachsen alles „in die Hosen geht". Die Tatsache, daß die SPD in Niedersachsen zwar verloren hat, es aber nicht zu dem befürchteten Erdrutsch gekommen ist, bucht man eben auf das Konto des gerade noch rechtzeitigen Kanzlerwechsels. Ein Teil des Wählerpotentials der SPD, bereits auf dem Abmarsch begriffen, habe angehalten, weil man Helmut Schmidt noch eine echte Chance geben wollte.

Das Verhältnis zwischen Schmidt und Wehner dürfte zur Stunde sicherlich gut sein; Wehner, der Taktiker der Partei, weiß sehr genau, daß Helmut Schmidt die letzte Alternative war, die die Partei anzubieten hatte und sicherlich wird Wehner den neuen Kanzler mit allen Mitteln und Möglichkeiten stützen. Helmut Schmidt, der seinerseits selbst einmal Fraktionsvorsitzender war, wird um den Wert Wehners wissen und er wird auch wissen, wie er mit der Fraktion und ihrem Vorsitzenden umgehen muß. Etwas, was bei Willy Brandt unterentwickelt war. Schmidt als Pragmatiker würde allerdings auch mit jedem anderen Fraktionsvorsitzenden auszukommen verstehen. Als Favoriten für eine Nachfolge Wehners werden der derzeitige Fraktionsgeschäftsführer Holger Börner genannt, zu dessen Charakteristik die Wehner zugeschriebene Bemerkung „Der denkt so dick, wie er ist" angefügt werden soll und ferner soll der frühere Kanzleramtsminister Horst Ehmke alle Anstrengungen machen, Wehners Nachfolge anzutreten, wenn die Zeit gekommen ist.

Ob Professor Horst Ehmke nun aber tatsächlich Chancen hätte, hier ein Comeback zu beginnen, wird nicht unerheblich davon abhängen, welche Figur er vor dem Untersuchungsausschuß machen wird, der zur Prüfung des Falles Guillaume eingerichtet wurde. Als Kanzleramtsminister und Chef über den Pullacher Nachrichtendienst könnte Ehmke hier in eine üble Klemme kommen; dann nämlich, wenn ihm nachgewiesen würde, daß er trotz der vergangenen Warnungen die Karriere Guillaumes ermöglicht oder gar begünstigt hat. Auch steht noch die Frage im Raum, welche Akten der Kanzleramtsminister Ehmke vernichten ließ, weil sie Aufklärungsergebnisse des Nachrichtendienstes enthielten, die angeblich nicht in dessen Zuständlichkeit fallen. Bekanntlich hat Ehmke zugegeben, solche Weisung erteilt zu haben und inzwischen hat der ZDF-Moderator Löwenthal dem Vorsitzenden des Guillaume-Ausschusses sichergestellte Dokumente zugeleitet, die sich auf die Verhandlungen beziehen, die Egon Bahr mit Beauftragten der Sowjetbotschaft und Leo Bauer, Egon Franke u. a. mit Vertretern der Kommunistischen Partei Italiens geführt haben. Es stellt sich hier die Frage, ob der Bundesnachrichtendienst nicht sogar verpflichtet war, solchen Auslandskontakten nachzugehen.

Einen vorzeitigen Rücktritt Herbert Wehners kann man sich zur Zeit nicht vorstellen. Im Interesse der Partei würde er sicherlich jeden spektakulären Abgang vermeiden und höchstens bei der Neuwahl zum Fraktionsvorstand, die im Mai 1975 ansteht, darauf verzichten, erneut zu kandidieren. Selbst das wäre mit Alter und Gesundheit zu begründen.

Eine grundsätzlich andere Lage könnte dann allerdings gegeben sein, wenn sich im parlamentarischen Untersuchungsausschuß bestätigen sollte, was manche Sozialdemokraten befürchten sollen: daß Wehner nämlich tatsächlich vom Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Nollau, Einsicht in die Ermittlungsakten im Zusammenhang mit der Guillaume-Affäre erhielt, die sich mit dem Privatleben Brandts auf Wahl- und Informationsreisen befassen. Wehner und Nollau hatten alle Berichte über eine solche Akteneinsicht dementiert.

Diese Dementis werden selbst in SPD-Kreisen angezweifelt und man sieht dem Ausschuß unter dem CDU-MdB Wallmann, selbst Richter von Beruf, mit sehr gemischten Gefühlen entgegen. Schon jetzt gewinnt man den Eindruck, daß durch eine Erweiterung des Auftrages, durch Beweisanträge, die in eine ganz andere Richtung gehen, — z. B. eventuelle Verbindungen BND und CSU — sowie durch persönliche Attacken gegen CDU/CSU-Ausschußmitglieder von diesem brisanten Thema abzulenken. Wie ein Informationsdienst erfahren haben will, hat der Chef der Sicherungsgruppe Bonn des Bundeskriminalamtes auf Weisung von Innenminister Genscher einen Bericht über das Ermittlungsergebnis bezüglich des Privatlebens von Brandt verfaßt und an verschiedene Adressaten weitergegeben, darunter auch an Nollau. Dieser dürfte den Bericht Wehner zur Kenntnis gebracht haben, was dann im strengen Sinne des Wortes keine „Akteneinsicht" ist, sodaß diese auch dementiert werden konnte. Da der Ausschuß trotz der Sommerpause nun mit seiner Arbeit begonnen hat, wird sich zeigen, ob die oben geschilderten Bedenken, die in SPD-Kreisen bestehen, eine Entwicklung einleiten können, die einen vorzeitigen Rücktritt Wehners geboten erscheinen lassen. Zur Stunde gibt es jedenfalls hierfür keinerlei echten Anzeichen.

Klaus Jenssen

Niedersachsen:

Nachwahl schwächte Position der F.D.P.

Die Koalition in Hannover wird auf schwachen Beinen stehen

Wie das zu erwarten war, haben die Sozialdemokraten durch das Ergebnis der Nachwahl in Nordheim ein weiteres Mandat errungen, sodaß die liberal-soziale Regierungskoalition in Niedersachsen, wenn sie zustandekommt, ihren „Vorsprung" auf drei Stimmen vergrößert. Neben dem Ergebnis in Nordheim wurde jetzt auch das Ergebnis der Briefwahlen in Hannover und Nienburg berechnet. Es handelt sich hierbei um etwa 20 000 Stimmen, die bei dem letzten Ergebnis, das am Abend des 9. Juni bekanntgegeben wurde, noch nicht berücksichtigt sein konnten. Nach unserer Berechnung werden die Sozialdemokraten mit 68 Abgeordneten, die CDU mit 76 Mandatsträgern in den Landtag einziehen und die FDP wird mit 11 Abgeordneten vertreten sein.

Inzwischen müßte sich eigentlich bei den Freien Demokraten eine gewisse Ernüchterung eingestellt haben, denn das Ergebnis der Wahl in Nordheim gab hierzu allen Anlaß. Während die FDP vor 14 Tagen auf Landesebene noch 7,1 Prozent erreichen konnte, sanken sie bei der Wahl in Nordheim auf 4,5 Prozent ab und blieben mit 0,3 Punkten sogar hinter ihrem Ergebnis vor vier Jahren zurück. Innerhalb der Freien Demokraten hatte man damit gerechnet, das Ergebnis vom 9. Juni gerade in Nordheim noch verbessern zu können. Rechnete man doch damit, daß ein Abgang bei den Sozialdemokraten zu einem Plus bei der eigenen Partei werden müßte. Diese Hoffnung hat getrogen und es hat sich gezeigt, daß die FDP die Sozialdemokraten nicht beerben konnte.

Die Wähler gewinnen den Eindruck, daß sie bei Bildung einer Regierung, bei der die SPD dabei sein soll, nicht den Umweg über die FDP zu nehmen brauchen. Nach Mitteilung des Landeswahlleiters haben nur 21 Stimmen im Gesamtergebnis des Landes den Ausschlag dafür gegeben, daß die SPD zu Lasten der CDU ein Mandat gewinnt. Gewinner ist der direkt gewählte Landesminister für Wirtschaft, Helmut Greulich, der sich damit gegenüber dem Kultusminister von Oertzen profilierte. Oertzen wurde, wie bereits berichtet, nicht wieder gewählt. Er rückt allerdings abgesichert über die Landesliste in den Landtag ein, so wie der als letzter Listenkandidat der Union eingezogene Carl-Edzard Schelten-Petersen aus Hage bei Norden nicht mehr im Landtag vertreten sein wird.

Die Verhandlungen zur Regierungsbildung in Niedersachsen, die durch bildungspolitische Forderungen der FDP verzögert worden waren, werden nun nach der Wahl in Nordheim wieder aufgenommen werden. Dabei ist die FDP durch das Ergebnis der Nachwahl in eine schlechtere Position gedrängt, denn in Nordheim wurde offensichtlich, daß die Bevölkerung den Freien Demokraten nicht den Stellenwert beimißt, den die Parteimanager sich seit dem 9. Juni gern selbst geben. Die Verhandlungen zwischen den Koalitionspartnern könnten schwierig sein, denn die FDP wird wissen, daß sie, wenn sie auf eine Novellierung des erst kürzlich verabschiedeten Schulgesetzes und des Bildungsurlaubsgesetzes verzichtet, bei der nächsten Wahl die Quittung erhalten wird. Von drei Ministerien, die die FDP beansprucht haben soll, wird sicherlich nicht mehr gesprochen werden. Die Wirtschaft dürfte an Rötger Groß, den Landeschef der FDP in Niedersachsen fallen, und für den Innenminister werden die Freien Demokraten sich schon einen Mann aus Oldenburg kommen lassen müssen.

Nachbetrachtend sei zu der Wahl in Niedersachsen noch einmal angemerkt, daß die Freien Demokraten vermutlich nicht in den Landtag eingezogen wären, wenn es noch die Deutsche Partei Hellweges gegeben hätte. Die Union in Niedersachsen wird sich zu überlegen haben, wie es ihr gelingt, wieder an die Regierung zu kommen. Zunächst gibt es dafür vier Jahre Zeit. Es sei denn, es würden Entwicklungen ausgelöst, die von der heterogenen Landtagsfraktion der Freien Demokraten ausgehen könnten.

Inzwischen wird bekannt, daß die CDU prüfen will, ob die Niedersachsenwahl angefochten werden kann. Als Grund hierfür wird die Möglichkeit angesehen, daß durch fehlerhaftes Wahlverfahren Fehlberechnungen erfolgt sein sollen. Sollten sich hier neue Gesichtspunkte ergeben, werden wir unsere Leser entsprechend unterrichten.

A. Eich



Untersuchungsausschuß Guillaume

Über allen Gräbern
ist Ruh.
Von ganzer
Wahrheit spürst du
kaum einen Hauch.
Die Akten
schweigen
(auf Halde).
Warte nur, balde
ruhest du auch.
(Frei nach Goethe)

Aus „Frankfurter Allg. Zeitung"

Entführung:

Bedenkliches Zugeständnis aus Bonn

Diplomatische Beziehungen abgebrochen — Dr. Staewen berichtet über Gefangenschaft im Tschad

Bonn — Der deutsche Arzt und Entwicklungshelfer, Dr. Christoph Staewen, hat nach seiner Freilassung aus den Händen der „Nationalen Befreiungsfront des Tschad" (Frolinat) im Entwicklungshilfeministerium Bericht erstattet.

Dr. Staewen, übrigens ein angeheirateter Neffe des Ex-Bundespräsidenten Heinemann, war bereits im Frühjahr 1970 in den Tschad gereist, um in der Oasen-Stadt Bardai ein Krankenhaus zu errichten. Er beschäftigte sich vornehmlich mit der vorbeugenden Behandlung tropischer Krankheiten.

Im Februar dieses Jahres ließ Dr. Staewen seine Frau Elfriede zu Besuch kommen. Für den 23. April war ein Platz für den Rückflug in einer Militärmaschine gebucht worden. Dr. Staewen berichtete: „Zwei Offiziere, die den Transport ermöglicht hatten, luden wir am 21. April zu einem Abschiedsabend ein." Dieser Abend endete jedoch mit einem Blutbad. Bei der Verabschiedung der beiden Offiziere wurde die Gruppe von sechs bis acht Rebellen überfallen, die die Offiziere aufforderten, sich zu ergeben. „Ein Leutnant wurde aus zwei Metern Entfernung erschossen", sagte Staewen. „Der andere Offizier rannte weg und kam an meiner Frau vorbei, die dadurch in die Schußlinie geriet ... Meine Frau starb innerhalb weniger Minuten." Fast zur gleichen Zeit entführten die Rebellen der „Nationalen Befreiungsfront" auch zwei französische Entwicklungshelfer. Zusammen mit Dr. Staewen wurden sie in der Wüste von ihren Entführern festgehalten.

Drei Forderungen hatten die Rebellen für die Freilassung Staewens über Funk angemeldet: Freilassung von 32 politischen Häftlingen durch die Regierung in Ndjamena, eine „Kriegsschädenabgeltung" von 2,5 Millionen Mark und die Veröffentlichung des Rebellenmanifests über die „Deutsche Welle". Da sich die Tschad-Regierung außerstande sah, die Bedingungen zu erfüllen, schaltete sich Bonn ein. Ministerialrat Hans Wallner überbrachte den Entführern das gewünschte Lösegeld, nachdem die Aufständischen versichert hatten, daß mit dem Bonner Geld keine Waffen gekauft werden.

Der Tschad mit seinen 3,5 Millionen Einwohnern gehört zu den ärmsten und klimatisch ungünstigsten Regionen der Welt. Trotz der Unabhängigkeitserklärung im Jahre 1960 blieb der Tschad zunächst in enger Verbindung mit seiner abgedankten Kolonialmacht Frankreich. So änderte sich die Struktur des Landes nur wenig. Die fehlende Industrie hat zur Folge, daß der Großteil der Bevölkerung noch in den traditionellen Stammesverbänden lebt. Die im Lande lebenden Mohammedaner fühlen sich von dem christlichen Staatschef Francois Tombalbaye und den sudanesischen Stämmen unterdrückt. Schon früh gab es daher im Tschad starke Widerstandsbewegungen gegen die Regierung. 1967 wurde dann unter der Führung des Intellektuellen Dr. Abba Sidik die Frolinat gegründet. 1971 versuchten die Rebellen, mit der Unterstützung Libyens die amtierende Regierung zu stürzen. Tombalbaye konnte seine wankende Herrschaft nur retten, indem er wichtige Bedingungen Libyens erfüllte. Dazu gehörten u. a. eine enge Zusammenarbeit mit den radikalen Arabern und die Kehrtwendung gegen Frankreich.

Von allen Seiten verlassen, griff Frolinat nun zum letzten Mittel: Ein deutscher Regierungssender wurde erpreßt, die „Stimme der Rebellen" auszustrahlen. Der Tschad brach daraufhin die diplomatischen Beziehungen zu Bonn ab. Der Bundesminister für Entwicklungsfragen, Eppler, rechtfertigte die Ausstrahlung des Manifests mit den Worten: Wenn es um ein Menschenleben gehe, seien alle Mittel gerechtfertigt, eingeschlossen die Übernahme von Partisanenaufrufen gegen befreundete Regierungen in das deutsche Rundfunkprogramm für das Ausland.

Auch die Höhe des Lösegeldes ist ungewöhnlich. Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik wurden über zwei Millionen Mark als Lösegeld bezahlt, nicht einmal für hohe als Geisel genommene Diplomaten. — Es gilt allerdings als sicher, daß die Rebellen erst durch die „Deutsche Welle" erfuhren, wen sie entführt hatten. — Dieses höchst bedenkliche Zugeständnis könnte allerdings zur Folge haben, daß die Entführung von Deutschen in Entwicklungsländern als neueste Finanzierungsmöglichkeit von Terror und Umsturz imitiert werden könnte.

Ingolf Herrmann

Staatsmänner:

Viele Widersprüche in Titos Leben

Hintergründe der ersten Deutschland-Reise bleiben dunkel

Belgrad — Die offiziellen, in Jugoslawien und im Ausland erschienenen Tito-Biographien wissen über die Vergangenheit des heute 82jährigen jugoslawischen Staats- und Parteipräsidenten eine Reihe merkwürdig präziser Details zu berichten. Dafür versagt das Erinnerungsvermögen Titos fast immer dann, wenn es eigentlich interessant wird: Eine Tatsache, die in Jugoslawien selbst zu den wildesten Spekulationen über das Leben Titos Anlaß gegeben hat.

Tatsächlich gibt es in den biographischen Aufzeichnungen über das Leben Josip Broz-Titos eine Reihe eklatanter Widersprüche. Zu den mysteriösen Stellen gehört auch Josip Broz' erste Reise nach Deutschland, die er angeblich im Jahre 1912 angetreten haben will. Damals war Josip Broz etwa zwanzig Jahre alt; nachdem er eine Zeitlang bei einem Verwandten in Sisak gelebt hatte, wo er das Metallhandwerk lernte und sich als Kegelaufsteller und Schankbursche ein Taschengeld verdient hatte, verließ er die Heimat, um sich in der industrialisierten Welt nach Beschäftigung umzusehen. Vinko Vinterhalter, der autorisierte Biograph Marschall Titos, gibt sich jedoch keine Mühe, diesen Deutschlandaufenthalt des späteren Tito näher zu beschreiben. Er begnügt sich mit der Feststellung: „Er wollte immer mehr sehen und lernen. Deshalb arbeitete er bei Skoda in verschiedenen Abteilungen und später in verschiedenen deutschen Fabriken in München, Mannheim (bei Benz) und im Ruhrgebiet." Lediglich die Belgrader „Politika" weiß etwas mehr: „Die Arbeiterbewegung des roten Mannheim ist heute stolz darauf, daß Josip Broz-Tito mehrere Monate lang zusammen mit den deutschen Arbeitern kämpfte."

Doch in Mannheim selbst weiß man davon nichts. Im Stadtarchiv dieser alten sozialdemokratischen Metropole an Rhein und Neckar wird einem versichert: „Alles haben wir umgewühlt, aber nirgendwo eine Spur, nicht einmal ein Buchstabe".

Tatsächlich kann Tito als unständiger Wanderbursche auch nur sehr kurze Zeit in Deutschland gewesen sein. Denn während er im Mai des Jahres 1912 noch im slowenischen Kamnik an einem Streik teilgenommen haben will, um von dort aus zu den tschechischen Skodawerken zu reisen, war er nach eigenen Angaben im Oktober desselben Jahres schon wieder in Wien, wo er als Einfahrer „bei Daimler" gearbeitet haben will. Berücksichtigt man außerdem, daß er in Mannheim zunächst auch bei einem Segelmacher gearbeitet haben soll, kann er bei den Benzarbeitern in Mannheim-Waldhof auch kaum einen tieferen Eindruck hinterlassen haben.

Im Gegensatz zu seiner heutigen offiziellen Biographie, die Tito gern als Vorkämpfer der Arbeiterklasse seit Kindesbeinen darstellt, war Josip Broz schon damals eher ein abenteuerlustiger Bursche mit einem deutlichen Hang zum besseren Leben. Er agierte als Statist in Operetten („Lustige Witwe"), las „Die Abenteuer des Sherlock Holmes" und besuchte kurz darauf, in Wien, „eine Tanzschule, wo er die vornehmen Balltänze lernte". Als ausgezeichneter Fechter erhielt er zu Beginn des Ersten Weltkrieges auf einem Wettbewerb der K.u.K.-Armee Franz Josephs eine hohe Auszeichnung, und auch sonst war er nicht der Typ, der heimlich bei Nacht Marx und Engels las. Deutliche Hinweise darauf, daß Tito der politischen Linken zuneigte, finden sich erst aus der Mitte der zwanziger Jahre: Doch damals war Josip Broz schon um die 40 Jahre alt.

So ist Titos Deutschlandreise 1912 wohl ein Fragment einer Tito-Legende, die, eine Mischung aus Dichtung und Wahrheit, versucht, dem dienstältesten Kommunisten Europas eine proletarische Vergangenheit nachzuweisen.

Hans Peter Rullmann

Energiekrise:

Moskau - ein unsicherer Lieferant

Verwendet Sowjetunion Ölreserven als politische Waffe?

Moskau — Eine Meldung, die in Europa noch kaum beachtet wurde, hat in Tokio wie eine Bombe eingeschlagen: Es wird kein sowjetisches Erdöl geben! Soweit bisher bekannt wurde, hat der sowjetische Ölminister Valentin Schaschin bei einer Pressekonferenz erklärt, daß mit Japan keinerlei Verhandlungen über Ölverkäufe stattgefunden hätten. Diese Mitteilung mußte in Japan wie ein Schock wirken, denn dort hatte man nie Zweifel gehegt, daß die gesamte japanische Investitionspolitik für Sibirien nur wegen der erwarteten sowjetischen Öllieferungen als Gegenleistung betrieben wird.

Diese Marschrichtung war nach der Ölkrise noch deutlicher geworden. Im Mittelpunkt aller Gespräche stand daher die Erschließung und gemeinsame Ausbeutung der Erdölvorkommen in Tjumen. Es wurde verhandelt über die Art des Öltransports nach Japan, wobei sich die sowjetischen Vorstellungen insofern änderten, daß zuerst für eine Pipeline, mit japanischen Rohren gebaut, und später für den Eisenbahntransport votierten, wobei für beide Projekte eine hohe japanische Beteiligung materieller und finanzieller Art als Selbstverständlichkeit vorausgesetzt wurde.

Jetzt aber erklärte Minister Schaschin, es hätten keine Verhandlungen mit Japan über Ölverkäufe stattgefunden: „Vielleicht hatten sie es angenommen, aber soweit ich betroffen bin, hat es keine Gespräche gegeben." Der Bau der geplanten zweiten transsibirischen Eisenbahn diene nur dazu, Öl in die neuen sowjetischen Industriezentren in Ostsibirien und im Fernen Osten zu befördern. „Wenn dann noch Öl für die Japaner übrig bleiben sollte, dann werden wir vielleicht eine Ölleitung bauen", fügte Schaschin hinzu. Damit sind, so erklären die Japaner, die die Bankkredite beschaffen sollen, die wichtigsten Voraussetzungen entfallen. Sie verstehen nicht, warum die sowjetische Erklärung erst jetzt abgegeben wurde, da die Bereitschaft zu großen japanischen Krediten zunimmt.

Befürchtet wird, daß die Sowjetunion ihre Ölreserven nur noch als politische Waffe verwenden will. In Tokio verweist man auch darauf, daß man nicht allein betroffen ist, denn die Ausbeutung der Ölvorkommen in Tjumen sollte gemeinsam mit den USA und eventuell auch westeuropäischen Staaten erfolgen. Die Regierung in Tokio hält es jetzt auch für möglich, daß die Sowjetunion gegenüber Westeuropa in der Frage der begehrten Erdgaslieferungen ebenso verfahren könnte, wie sie jetzt beim Erdöl gegen Japan vorgeht.

Franz Modesto



Und das auch noch alles umsonst! Zeichnung Kölnische Rundschau

Polen:

Warschau untergräbt Vertrauen

Verpflichtungen nicht eingehalten

London (hvp) — Die Regierung der Volksrepublik Polen habe die beim Abschluß des „Warschauer Vertrags" gegenüber der Bonner Bundesregierung eingegangenen Verpflichtungen in der Frage der Erteilung von Ausreisegenehmigungen an umsiedlungswillige polnische Staatsbürger deutscher Nationalität nicht eingehalten und damit die Regierung Brandt/Scheel vor der eigenen — westdeutschen — Öffentlichkeit in ein schiefes Licht gebracht. Dies erklärte der exilpolnische Publizist A. J. Chilecki in der Londoner Tageszeitung „Dziennik Polski", indem er betonte, das Verhalten Warschaus habe das Vertrauen, welches die Bonner Regierungskreise auf polnische Zusicherungen gesetzt hätten, „unterminiert".

Wörtlich erklärte Chilecki dazu: „Die Bundesregierung (Brandt/Scheel) hat die Zugeständnisse gemacht, die Moskau und Warschau (in der Oder-Neiße-Frage) verlangt hatten. Dabei hat die Regierung der Volksrepublik Polen bei der Unterzeichnung des Warschauer Vertrags bestimmte verbindliche Erklärungen zur Umsiedlung ethnisch Deutscher abgegeben. Nach Abschluß des Vertrags aber bremste Warschau die Umsiedlungsaktion ab. Dies geschah deshalb, weil man von Bonn kredit- und handelspolitische Präferenzen erlangen wollte. Die Haltung Warschaus brachte die Regierung Brandt in eine außerordentlich schwierige Lage. Zugleich wurde die Glaubwürdigkeit polnischer Erklärungen und Verpflichtungen in Frage gestellt und untergraben."

Abschließend erklärte der exilpolnische Beobachter, auch die mittlerweile von Warschau erhobenen Reparationsforderungen entbehrten der Glaubwürdigkeit, da sie allein gegenüber Bonn, nicht aber gegenüber Ost-Berlin geltend gemacht würden. „Dieses schwierige Problem läßt sich nicht dadurch erledigen, daß man Forderungen einseitig gegenüber der Bundesrepublik erhebt", betonte Chilecki.

Zusammenarbeit fördern

Piatkowski wirbt für Normalisierung

Warschau (hvp) — Wie aus Berichten der offiziösen polnischen Presseagentur PAP hervorgeht, ist der Botschafter der Volksrepublik Polen in Bonn, Waclaw Piatkowski, vom Warschauer Außenamt angewiesen worden, sozusagen „mit vollem Einsatz" für die „weitere Normalisierung" des westdeutsch-polnischen Verständnisses zu werben, besonders auch durch Vorträge vor „relevanten Gesellschaftsgruppen". Den Auftakt bildete eine Vortragsveranstaltung in Düsseldorf, wo der Botschafter vor dem Rhein-Ruhr-Klub erklärte, Polen — auch er selbst — sei „bereit, mit allen Bürgern und Kräften der Bundesrepublik Deutschland zusammenzuarbeiten, die auf dem Boden des Warschauer Vertrages stehen", und daß die Unterzeichnung eines über zehn Jahre laufenden polnisch-westdeutschen Wirtschaftsabkommens vorbereitet werde. Auf die kulturellen Beziehungen eingehend, erklärte der Botschafter, es müsse zu einer Revision der in westdeutschen Schulen gebräuchlichen Geschichtsbücher kommen. Überhaupt gehe es — so wörtlich — „um die weitere Entwicklung der Zusammenarbeit bei der Entwicklung des Entspannungsprozesses in Europa".

Deutschland im Unterricht

Orientierungshilfen für Schulkinder

München (hvp) — Unter Berücksichtigung der Klagen über eine weithin unzureichende Behandlung gesamtdeutscher Fragen im Schulunterricht hat der bayerische Kultusminister Hans Maier in einem an alle Unterrichtsbehörden des Freistaats gerichteten Rundschreiben auf das Erfordernis hingewiesen, den Schulkindern „umfassende Kenntnisse über das ganze Deutschland, seine Menschen und die sich in ihm vollziehenden Entwicklungen . . . zu vermitteln." Der nachwachsenden Generation sollten Orientierungshilfen sowie gediegene Informationen speziell zur Oder-Neiße-Frage und zum gesamten Deutschlandproblem, aber auch über den Problemkreis der Beziehungen des deutschen Volkes zu den östlichen Nachbarn Deutschlands vermittelt werden, darunter auch über den zeitgeschichtlichen Vorgang der Massenaustreibung der ost- und sudetendeutschen Bevölkerung aus der Heimat der Vorfahren. In diesem Sinne solle im Geschichtsunterricht die Darstellung der historisch-politischen und kulturellen Verbindungen zwischen Deutschen und Polen sowie Tschechen und Slowaken mit der des Werdens deutscher Staatlichkeit verknüpft werden. In der Gegenwarts- bzw. Sozial- und Gemeinschaftskunde sei der Behandlung der Eingliederung der Ostvertriebenen und der Flüchtlinge aus Mitteldeutschland besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

Auch einmal abschalten . . .

Unsere Kinder brauchen auch heute mehr als die Mattscheibe

Zwei Jungen, etwa zehn Jahre alt, unterhalten sich in der U-Bahn über das vergangene Wochenende. Aufgeregt berichtet der eine: „Mensch, hast du gestern abend den Krimi im Fernsehen gesehen? Der war Klasse! Sieben Leichen und viel Schießerei!" Rattatat . . . dröhnt es plötzlich durch den Wagen. Der Junge ist noch so begeistert von dem abendlichen Erlebnis, daß er auf einmal meint, er sei selbst ein Polizist. Sein Freund schaut ihn erstaunt an und fragt: „Sag mal, erlauben deine Eltern eigentlich, daß du so lange vor der Scheibe hockst?"

„Ja, natürlich — die wollten den Krimi doch auch sehen. Was sollte ich denn sonst machen?"

Diese und ähnliche Szenen sind sicherlich nicht selten zu beobachten. Viele Eltern haben am Wochenende keine Lust, sich mit ihren Kindern zu beschäftigen, und schon sitzt die ganze Familie vor der Mittscheibe. In der Woche sieht es vielfach auch nicht anders aus. Häufig sind beide Elternteile berufstätig und kommen abends müde nach Hause. Während die Mutter noch schnell das Abendessen vorbereitet, sitzt der Vater schon in seinem Sessel und will ungestört die Abendzeitung lesen. Kaum ein Wort wird mit den Kindern gewechselt, die doch eigentlich so viel zu berichten haben — von der Schule, vom Kindergarten, von den neuen Freunden. Endlich ist das Abendbrot fertig und die Familie sitzt glücklich vereint am Tisch. Aber auch jetzt darf keiner den Mund aufmachen, denn nun will der Vater die Tagesschau sehen.

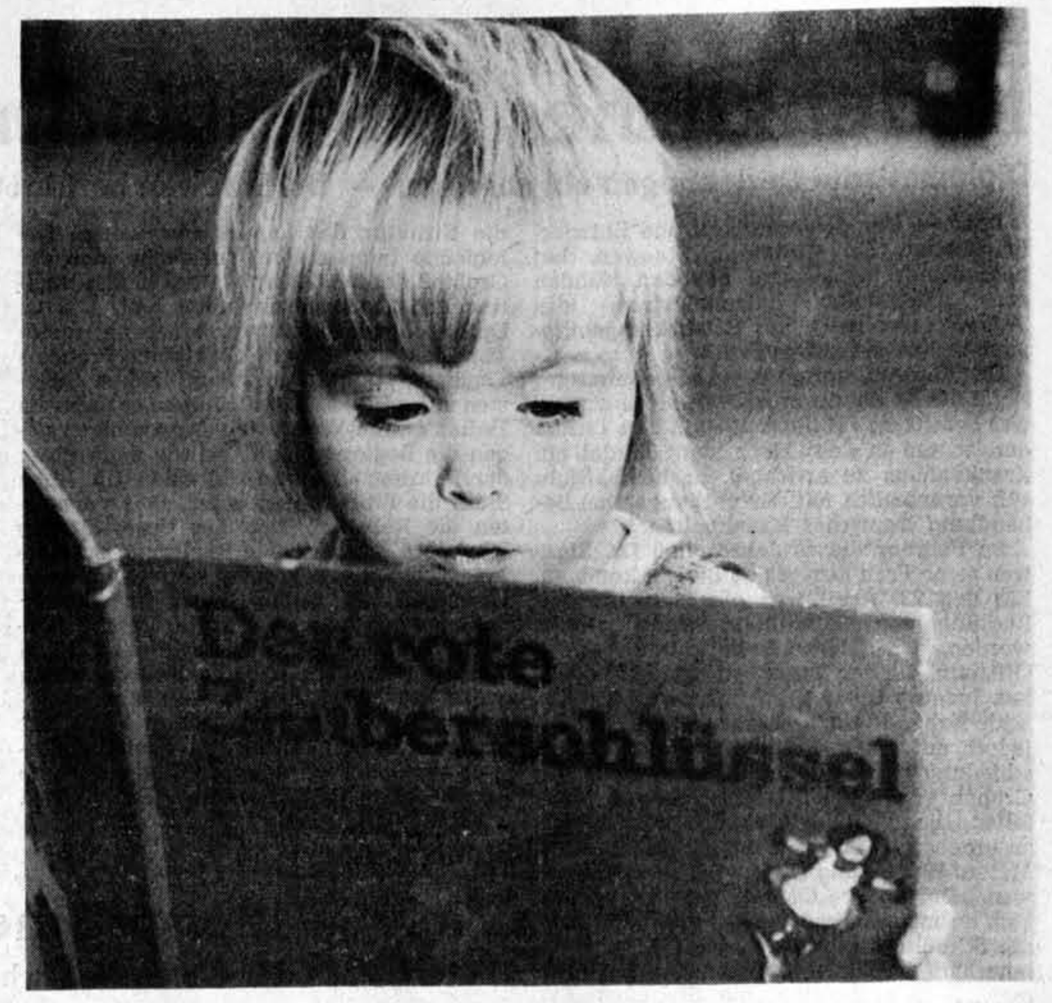
So geht es Tag für Tag. Viele Eltern vergessen dabei die möglichen Folgen ihres nachlässigen Verhaltens. Die Kinder ziehen sich immer mehr zurück; sie bauen sich oft ihre eigene Welt auf, in der sie leben und träumen. Nur selten kommen sie noch mit ihren kleinen und großen Sorgen zu ihren Eltern. Sie suchen sich andere Bezugspersonen — die Lehrerin, die Großmutter oder den guten Onkel; Menschen also, die mehr Zeit für sie haben.

Wie können die Eltern dieser verhängnisvollen Entwicklung vorbeugen?

Kinder wollen gern am Leben der Erwachsenen teilnehmen und verstehen meistens nicht, warum man sie davon ausschließt. Das trifft auf das tägliche Leben, auf den abendlichen Besuch wie auf das Fernsehen zu. „Warum darf ich den Western heute abend nicht sehen? Ihr schaut ihn euch doch auch an!" Diese Frage verblüfft die Eltern häufig so, daß sie dem Kind schließlich doch erlauben, den Film zu sehen, nur damit keine Tränen fließen.

Das Problem wird jedoch auf diese Weise keineswegs gelöst. Verantwortungsbewußte Eltern sollten gemeinsam mit ihren Kindern das Fernsehprogramm der kommenden Woche kritisch studieren und dann besprechen, welche Sendungen angesehen werden. Am einfachsten ist es, wenn man die entsprechenden Sendungen in der Programmzeitschrift ankreuzt und sich genau an diesen Plan hält. Sie sollten sich vor allem das Programm gemeinsam mit Ihren Kindern anschauen. Beobachten Sie Ihre Sprößlinge genau, versuchen Sie Reaktionen zu erkennen und sprechen Sie mit den Kindern über das Gesehene.

Es gibt heute schon sehr gute Kinderprogramme, bei denen es sich lohnt, genauer hinzusehen. Das große Vorbild für deutsche Kindersendungen ist wohl die amerikanische Vorschulserie „Sesam Straße". Hier versucht man, Kindern in spielerischer Form das Alphabet und das Zählen beizubringen. Die Autoren dieser und ähnlicher Sendungen hatten herausgefunden, daß Kinder sehr leicht Werbesendungen begreifen und Schlagworte aus der Werbung behalten. Was lag da näher, als ganz kurze Beiträge mit lehrreichem Inhalt für Kindersendungen zu produzieren! Daß sich diese Methode als richtig erwiesen hat, beweist der große Erfolg der Vorschulserie in der ganzen Welt.



Die Bilder, die auf der Mattscheibe vorüberflimmern, können das gute Bilderbuch nicht ersetzen

Foto np

Neben diesen Lehr- und Lernprogrammen — in Deutschland heißen sie etwa „Die Sendung mit der Maus" — „Das feuerrote Spielmobil" — „Maxifant und Minfant" — gibt es auch noch Abenteuer- und Zeichentrickfilme für Kinder und Jugendliche. Gerade hier sollten die Eltern eine besonders gründliche Auswahl treffen. Viele der im Kinderprogramm gezeigten Filme sind so brutal oder banal, daß labile Kinder daran Schaden nehmen könnten. Tarzan, Daktari und Flipper flimmern so lange unbeschwert über den Bildschirm, bis der Held die Schurken bestraft. Erwachsene sind von dieser ‚heilen Welt' selten beeindruckt, denn sie wissen genau, daß es sich hier um moderne Märchen handelt. Kinder könnten jedoch beim nächsten Zoobesuch auch einmal auf die Idee kommen, den Löwen zu streicheln, weil der schielende Clarence von Daktari auch immer so lieb ist . . . Aus diesem Grund ist es so wichtig, den Kindern den Unterschied zwischen Film und Wirklichkeit zu verdeutlichen.

Zugegeben — ein spannender Krimi kann für Erwachsene eine ausgesprochene Entspannung und Erholung bedeuten, auch am Abend. Für Kinder ist eine solche Verzerrung der Wirklichkeit viel schwerer zu verkraften; sie übertragen die Brutalität der dort gezeigten Ereignisse in ihre eigene kleine Welt und nehmen Schaden an ihrer Seele. Abgesehen davon sind viele dieser gestellten Szenen absolut wirklichkeitsfremd — das kann wohl ein Erwachsener feststellen, aber kaum ein Kind, dem die nötige Lebenserfahrung fehlt.

Der böse Montag

Viele Lehrer, viele Kindergärtnerinnen stellen fest, daß ihre Schützlinge gerade am Montag besonders wild und reizbar sind. Psychologen führen diese Tatsache auf das Wochenende zurück, an dem die Kinder besonders viele solcher Fernsehspiele sehen konnten.

Für Eltern und Großeltern ergibt sich die Frage: Sind wir vielleicht selbst daran schuld, daß unsere Kinder und Enkel so aggressiv sind? Wenn wir selbst es aus Bequemlichkeit vorziehen, die freien Stunden vor dem Fernseher zu verbringen, dann sollten wir die Kinder nicht auch noch dazu verführen. Es gibt so viele Möglichkeiten, ein Kind zu beschäftigen, ihm etwas anzubieten, womit der kindliche Geist angeregt wird — denken wir doch noch einmal zurück an die Zeiten, da es weder Fernsehen noch Kino gab!

Nichts gegen ein ausgewogenes Programm für Kinder, das wir möglichst mit ihnen gemeinsam ansehen und über das wir mit ihnen sprechen sollten. Aber ein Besuch im Zoo, eine ausgedehnte Wanderung durch die schöne Natur, ein Ausflug zu Rad im Sommer, gemeinsame Spiele am Familientisch, ein gutes Buch zum Vorlesen im Winter sind Möglichkeiten, gemeinsam in der Familie etwas zu unternehmen und den Kindern zugleich das Tor zur Welt zu öffnen.

Silke Steinberg

Die Ferienzeit ist überall angebrochen

Zwischen Balkon und Balkan — Überall kann man sich erholen, auch zu Hause

Die Ferienzeit naht. Die einen, die es eilig hatten, erreichten vielleicht schon den Balkan — andere blieben auf dem Balkon. Der Unterschied zwischen dem a und dem o in der zweiten Silbe ist beträchtlich; der Erholungseffekt muß es nicht sein. Und gerade auf den soll es ja ankommen. Der viel zitierte ‚Tapetenwechsel' spielt da eine Rolle. Erstaunlich, wie man auch ohne erheblichen Reiseaufwand dazu kommen kann.

Wer einen Garten besitzt, kennt ihn oft nur von der Seite der Arbeit. Rasen mähen, Strauchwerk schneiden, Unkraut jäten. Nach einmal getaner Rundum-Arbeit sieht das zufriedenstellend aus; aber in der ersten Ecke könnte man schon wieder von vorn anfangen. Im ‚Urlaub zu Hause' sollte der Garten nur ein Ort der Erholung sein. Darum wachse, was wachsen will. Wenn die Sonne scheint — nichts als nach draußen und faulenzen!

Wem das zu eintönig erscheint, der könnte mit dem Fahrrad im Dreißig-Kilometer-Umkreis oder mit dem Auto im Hundert-Kilometer-Zirkel um das eigene Domizil fahren. Eine Karte im Maßstab 1 : 200 000, in der jeder Kilometer 5 Millimeter lang ist, verzeichnet alle Wege und Orte. Scheint die Sonne in der Frühe und das Barometer steht nicht gerade auf Sturm, geht es einfach los. Die Vorbereitungen dauern keine halbe Stunde. In längstens zwei Stunden ist das am Vorabend gesteckte Ziel erreicht.

In der Nahzone gibt es noch viel zu entdecken oder wieder zu entdecken. Oft wird man auf Urlauber stoßen, die von weither kommen und die Gegend wunderschön finden. Sie hatten einen größeren Aufwand und haben im allgemeinen eine fest geplante Aufenthaltszeit. Unter ihnen ist man ihresgleichen — nur mit dem Unterschied, daß jene abends in ihr Fremdenbett steigen oder die Luftmatratze aufsuchen, und daß wir ins eigene, bequeme Bett sinken können.

Dieser ‚Jeden-Tag-Woanders-Urlaub' ist voller Überraschungen. Allein schon das Tempo 50 auf leeren Straßen und Schleichwegen erlaubt auch dem Fahrer Blicke in die Landschaft. Um so erstaunter wird er sein, wie niedrig bei zügiger Fahrt der Benzinverbrauch ist, der jedenfalls mit der Übernachtung im ‚eigenen Hotel' bei weitem aufgewogen wird.

Dann kommt von ungefähr ein Regentag daher. Gestern noch sprachen wir mit Gästen, die zehn Tage Urlaub vor sich hatten. Die können einem jetzt leid tun, wie etwa die Camper, die fröstelnd durch einen Zeltspalt nach einem hellen Streifen am grau verhangenen Himmel lugen. Das für sie Unabänderliche ist für uns gar nicht erst eingetreten.

Blicken wir in den Garten des Nachbarn, der verreist ist, so schätzen wir, daß das Gras seines Rasens einen Viertelmeter lang ist; es legt sich schon auf die Seite. Na, die werden pusten, wenn sie mit dem Rasenmäher drangehen müssen! Das kann uns bei einem eingelegten Heim-Arbeitstag nicht passieren.

Es ist auch gar nicht anstrengend, zwei oder mehrere Male hintereinander mit dem Fahrrad oder dem Wagen das gleiche Tagesziel anzusteuern. In drei Tagen wiederholt sich am Urlaubsort ohnehin fast alles, was sonst in drei Wochen ablaufen würde.

Nur drängen sich die Erlebnisse bei Kurzaufenthalten stärker zusammen. Und kommt man dann abends heim, ist einem die eigene Wohnung fast genau so unwirklich, wie nach einer längeren Reise.

Für alle zwischen Balkan und Balkon geht der Urlaub zu Ende. Jeder wird dann erzählen: Wir waren da und da . . . Und blieben wir auch nur im nahen Umkreis, so waren wir doch auf solche Weise da und da und da . . .

Entscheidend für den täglichen Arbeitsablauf aber wird sein, daß jeder das Beste aus seinen Ferien gemacht hat.

Christel Looks-Theile



Wohl dem, der einen Garten hat: Er sollte das grüne Paradies nicht nur pflegen, sondern dort auch neue Kräfte für den Alltag sammeln

Foto Victoria Passarge

Wer kennt Herbert Bergmann?

Erzählung nach einer wahren Begebenheit · Von Eberhard Adrew

2. Fortsetzung

Stein sagte: „Ich hätte gern bessere Nachrichten gebracht. Wenn ich irgendwie helfen kann ... Schreiben Sie mir, Frau Bergmann." Er gab der traurigen Frau eine Kölner Adresse. Dann gingen sie auseinander. Anna Bergmann dachte an die Illustriertenstory, auf die sie nach all den Jahren des Wartens ihre ganze Hoffnung gesetzt hatte. Geschäftemacher — dachte Anna Bergmann verächtlich und fuhr zurück ins Ruhrgebiet, wo ihre Enkel auf sie warteten.

*

Jahre waren vergangen. Anna Bergmann hatte inzwischen alle Hoffnungen auf die Rückkehr des Sohnes begraben. Mit Hingabe widmete sie sich der Erziehung der Enkel; keine leichte Aufgabe!

Dem Enkelsohn Henry Krebs muß wohl etwas die Hand des Vaters gefehlt haben. Auf seiner Arbeitsstelle hatte er eine Dummheit begangen. Der Bestrafung wollte er sich durch eine Flucht in die Zone entziehen. Doch die Behörden schoben ihn wieder in den Westen ab. Nun saß er, im Frühjahr 1963, im Amtsgerichtsgefängnis Uelzen an der Zonengrenze in Haft und wartete auf den Abtransport ins Rheinland. Die Dummheiten hatte er längst bereut. Aus dem Gefängnis schrieb Henry Krebs es der Großmutter, die ihm verzieh und ihn nun regelmäßig mit Post versorgte. Die alte Dame war fest entschlossen, dem Enkel wieder auf die „rechte Bahn" zu helfen.

Henry Krebs saß in der grauen Gefängniszelle in Uelzen und schrieb an seine Großmutter im Rheinland. Der Mitgefangene Heinz Rehberg sah ihm zu, wie er die Anschrift der Großmutter auf den Briefumschlag setzte: Anna Bergmann ...

„Bergmann?" sagte Rehberg. „Ich kenne einen Bergmann. Oberleutnant Herbert Bergmann. So hieß mein Boß bei der Grenztruppe in Halberstadt. Rehberg war Quedlinburger. Dem Arbeiter- und Bauernstaat hatte er samt Waffe und Grenzerkluft vor etlicher Zeit den Rücken gekehrt. Er wohnte in Uelzen. Wegen einer Rauferei auf dem Jahrmarkt brummte er eine kurze Strafe ab."

„Bergmanns gibt es wie Sand am Meer", sagte Henry Krebs, „das ist ein Allerweltsname."

Doch Rehberg ließ nicht locker. „Ein prima Kumpel war das, der Herbert Bergmann. Allerdings ... im Politunterricht, da verstand er keinen Spaß!"

„Herbert Bergmann, sagst du?" erkundigte Henry sich eher uninteressiert bei dem Zellenkumpan. „Erzähle mal, Heinz!"

Und Heinz Rehberg erzählte: Wie ihn die SED-Bonzen in Quedlinburg ständig bestürmt hätten, in die Vopo einzutreten, wie er sich anfangs gesträubt hatte und dann schließlich doch dem Druck nachgab. Eines Tages hatte er den Verpflichtungsschein unterschrieben. Nach der Grundausbildung war er dann zu einer Grenzeinheit nach Halberstadt gekommen.



Schicksal der deutschen Teilung: An der Zonengrenze im Harz — Foto Horst Zander

Nun hörte Henry mit größerer Aufmerksamkeit zu, denn er brachte dem System drüben, das er aus eigener Anschauung nicht kannte, gewisse Sympathien entgegen.

Henry Krebs bat Rehberg, weiterzuerzählen.

Rehberg fuhr fort: „Im Sommer machten wir jedes Jahr ein großes Freundschaftslager auf der Insel Rügen. Da war vielleicht immer etwas los! Verbrüderung zwischen Soldaten und Bauern, vor allem aber mit den netten Inselmädchen. Beim Schlußfest! Beim letzten Mal fiel das genau auf meinen Geburtstag; das war am 8. Juni 1959. Ich erinnere mich noch ganz genau daran: der Genosse Oberleutnant hatte auch Geburtstag. Morgens war der ganze Haufen zum Ständchen angetreten. Wir sangen ‚Brüder, im Osten das Morgenrot', Bergmanns Lieblingslied. Als wir fertig waren, ließ er mich raustreten, gratulierte mir zum Geburtstag und zur Beförderung, bevor er mir vor versammelter Mannschaft die Gefreitenstreifen anheftete. Am Abend traf ich Bergmann zufällig in der Inselkneipe. Als ich ihn sah, wollte ich verduften. Doch er winkte mich zur Theke. Ich wollte nicht; es ist nicht gut, mit Vorgesetzten dicke zu tun. Unter einem Vorwand wollte ich abdampfen. ‚Genosse Oberleutnant ...' Bergmann ließ mich erst gar nicht aussprechen. ‚Quatsch, Oberleutnant! Ich heiße privat Herbert, verstehst du. Haben wir heute nicht beide Geburtstag?!' — Wir haben dann zusammen bis zum Morgen durchgesoffen. Er erzählte mir, daß er aus dem Osten wäre, seine Angehörigen hatte er durch den Krieg alle verloren. Nach der Rückkehr aus russischer Gefangenschaft war er gleich in die Volkspolizei eingetreten."

Henry Krebs hatte Rehberg sehr aufmerksam zugehört. Er dachte: Das könnte unser Herbert sein. Der Geburtstag stimmt; Ostpreußen stimmt, und dann die Namensgleichheit. Alles Zufall? Das war unwahrscheinlich!

Henry packte noch einmal den Brief an die Großmutter aus. Dann schrieb er einen Nachsatz unter seine Zeilen: „Schicke mir doch mit dem nächsten Brief ein Bild von Herbert mit!"

An der Suche nach dem Sohn der Großmutter hatte Henry stets regen Anteil genommen. Mit dem nur wenige Jahre älteren Onkel, dem Bruder seiner Mutter, hatte er oft genug in der Heimat gespielt; gemeinsam hatten sie im nahen See gebadet und im Winter Rodelpartien unternommen.

Das könnte eine Spur von Herbert sein, dachte Henry. Rehberg sagte er nichts von seiner Entdeckung, und auch der Großmutter verschwieg er, wozu er das Bild haben wollte. Henry Krebs war ein vorsichtiger Mann. Er wollte ganz sicher gehen, bevor er die wichtige Entdeckung preisgab.

Mit der nächsten Post kam von der Großmutter das Foto und auch der Illustriertenausschnitt mit der Aufnahme aus dem Sammellager. Wie unbeabsichtigt ließ Henry Krebs die beiden Fotos auf dem Tisch in der Zelle liegen. Rehberg sah sie, nahm sie in die Hand, betrachtete die Aufnahmen eine Zeitlang. Dann schrie er plötzlich außer sich: „Das ist ja Oberleutnant Bergmann! Woher hast du die Bilder?!"

Auf diesen Augenblick hatte Henry Krebs gewartet.

„Ich habe sie kommen lassen", satge er ruhig, „Herbert Bergmann ist mein Onkel!"

Über alle Einzelheiten der Begegnung zwischen Heinz Rehberg und Herbert Bergmann bei der Grenzpolizei begann nun ein ausführliches Hin und Her. Haarklein ließ sich Henry Krebs von Rehberg berichten. Spät in der Nacht schloß Rehberg seinen Bericht. Er endete mit seiner Flucht aus Halberstadt. Rehberg sagte: „Nun hängen wir hier im Knast und können nichts tun."

„Du irrst, Heinz!" antwortete Henry Krebs. „Ich kann eine ganze Menge unternehmen. Warte nur bis morgen, dann wirst du sehen!"

So war es dann auch. In den folgenden Tagen entfaltete Henry Krebs in der stickigen Zelle des Amtsgerichtsgefängnisses in Uelzen eine ungeahnte Aktivität. Von der Gefängnisleitung erwirkte er zunächst eine Erlaubnis für ein Ferngespräch mit der Großmutter im Ruhrpott. Anna Bergmann war sprachlos, als sie den Enkel an der Stimme erkannte. Als sie dann noch von der Entdeckung und dem Geschehen in der Zone erfuhr, konnte sie nur immer wieder sagen: „Junge, mach nur keine neuen Dummheiten, hörst du?!"

Fortsetzung folgt

Rund um den blühenden Flachs

Erlebte Geschichten aus der masurischen Heimat – Von Gustav Baranowski

Hast du schon ein blühendes Flachsfeld gesehen?" fragte Graf Meinhard seine junge Frau, als sie eines Sonntagnachmittags die Vordergasse herunterritten. Sie nickte: „Es ist lange her; doch entsinne ich mich, daß der Flachs in Iganje blau blühte."

„In Graiwen blüht er genauso", bestätigte er.

Und warum fragst du denn?"

„Weil ich beim Anblick eines blühenden Flachsfeldes immer an dich denken muß..."

„Wie denn — im guten oder im schlechten?"

„Im schlechten keinesfalls", beruhigte er sie. „Daß der Flachs fast so blond ist wie du, das weißt du aus eurer Spinnstube, aber vielleicht weißt du nicht, daß seine Blüte genauso blau ist wie deine Augen."

Sie sah ihn leuchtenden Auges an: „Dann muß ich es ja sehen. Hast du ein Flachsfeld in der Nähe?"

Statt einer Antwort setzte er seinen Fuchs in Galopp, und bald war der Feldweg erreicht, der von der Landstraße nach links zum Kruschkenberg abzweigte. Er sprang vom Pferd und half ihr aus dem Sattel. Sie gingen den Feldweg hinauf.

Die Kuppe des Hügels krönte ein Horst von einigen wilden Birnbäumen. Rings wucherte ein verfilztes Dickicht von Himbeer und Schwarzdorn. Hier am Kruschkenberg endete der Feldweg.

„Und wo ist der Flachs?" fragte die Gräfin. Er nahm sie an der Hand und führte sie auf einem schmalen Pfad zwischen Korn und Dorn auf die andere Seite des Kruschkenberges. Drunten am Mühlenweg, an der Naht zwischen Hafer nud Korn, breitete sich das Geviert des Flachsfeldes. Etwa einen Morgen hatte der Hafer dem Flachs einräumen müssen. Die Gräfin stieß einen kleinen Laut des Entzückens aus: „Wie ein blauer Teppich — mit weißen Tupfen."

„Das können eingestreute Kamillenstauden sein", sagte er.

Sie ergänzte: „Alles hat der Flachs sich untertan gemacht. Links der Hafer, rechts das Korn und da hinten der See — nichts kommt auf gegen ihn, den blühenden Flachs."

Bevor sie sich auf den Rückweg wandten, nahmt er den Feldstecher an die Augen und ließ ihn über das Flachsfeld zum Mühlenweg hingleiten.

„Sieh da, die Male Lullies!" sagte er und nahm die Frau ins Blickfeld, die unten den Mühlenweg entlang kam. „Geht natürlich ihren Flachs besehn, — braunes Kleid — schwarzes Kopftuch — gestreifte Schürze, wie's sich am Sonntag gehört. In der Hand hat sie einen Strauß Feldblumen — nun pflückt sie noch welche. Jetzt ist sie beim Flachs."

„Ich sehe sie genau", sagte die Gräfin, „jetzt bleibt sie stehn, doch was tut sie nun?"

Ja, was tat Lulliesen Male hier auf dem Mühlenweg, im Angesicht des blühenden Flachses? Nachdem sie sich nach allen Seiten ihres Alleinseins versichert hatte, drehte sie dem Flachs den Rücken zu, hob ihren Rock hoch, nestelte, was drunter war, frei und zeigte in gebeugter Eindringlichkeit dem Flachs ihre blanke Kehrseite.



Wäsche auf der Leine, Gänschen auf dem Bach — ländliche Idylle im Kreis Lötzen

Die unfreiwilligen Zeugen dieser Zeremonie zogen sich in Deckung zurück. Als sie den Feldweg erreichten, fragte die Gräfin verwundert: „Galt das uns?"

„Um Himmels willen!" lacht er, „sie sah uns ja gar nicht. Es galt dem Flachs."

„Aber das war doch eine Beleidigung!"

„Im Umgang mit Menschen, ja. Aber im Umgang mit dem Flachs gelten andere Regeln. Natürlich sollen die blauen Augen des Flachses sich an dem eben Gezeigten erfreuen. Der Flachs soll aber auch aus dem Anblick der nackten Blöße den Anstoß empfangen, um so höher zu wachsen."

„Ja, und das gibt dann ein gutes Leinen für die Hemden", vollendete sie lachend.

Als die beiden Reiter nach einem langen Ritt über die Vorwerke am späten Nachmittag auf dem Mühlenweg heimkamen, hielt die Gräfin vergebens Umschau nach dem blühenden Flachsfeld.

„Wo ist der Flachs geblieben?", fragte sie enttäuscht.

„Er hat die Gewohnheit, vor Abend seine Blüten zu schließen", erläuterte der Graf, „er geht früh schlafen."

„Kann es nicht sein, daß er aus Scham über das vorher Geschaute seine blauen Augen so früh zugemacht hat?" bemerkte lächelnd die Gräfin.

*

Die im Winter gewebten Leinenstücke kamen im Sommer auf die Bleiche. Der Bleichplatz lag auf einer Insel im Kleinen See. Sie hieß die Rohrinsel, weil sie von einem breiten Rohrgürtel umschlossen war. Auf der Südseite öffnete sich das Schilf zu einer Blänke, und hier lief ein langer Steg in den See hinein, der zum Wäschespülen und Wasserschöpfen diente. Dicht dabei lag der Bleichplatz, der durch einige Wäschepfähle und eine Wachbude gekennzeichnet war.

Auf dem Platz lag in langen Bahnen die Leinwand, sauber aufgeflockt und nach Schnitt, Stück und Ellen vermessen. Sonne und Regen und Tau sollten ihr die Schmeidigkeit und den Glanz geben, deren sie als Bettbezug oder Handtuch späterhin bedurfte. Da man die Erfahrung gemacht hatte, daß das Inselchen nicht absolut diebessicher war, ließ man jenes wertvolle Gut nachts nicht unbewacht. Allabendlich bestiegen zwei Wächterinnen das Boot unter der Meierei und ruderten in Begleitung des Hundes Mordax, den sie sich vom Oberschweizer geliehen hatten, hinüber zur Insel. In der Bude, die dachartig aus Schilfrohr gefügt und mit einem Heulager versehen war, bezogen sie die Bleichwache. Diese Wächterinnen waren keineswegs furchtlose Marjellen. Vielleicht war's die lockende Verheißung dieser Inselnacht, vielleicht die Entschleierung eines Geheimnisses, die ihren Mut stachelte.

*

Langsam verblaßt der Abendschimmer auf dem See. Wenige Sterne blenden auf. Das Leinen auf der Bleiche wird grau und fahl. Rings das Schilfgehege wird dichter und dunkler. Ferner Vogellaut kommt seltsam klar und verloren über den See. Es riecht nach Faulschlamm und Kalmus. Endlich steht die Nacht über der Insel — wie eine schwarze, wuchtende, schützende Burg.

Aber vor dem Tor steht die Erwartung — und lauscht, lauscht in die Dunkelheit hinaus, über den See, verlangend und abwehrend zugleich. Irgendwo birgt diese Inselnacht ein Geheimnis; es rauscht und raunt an das Ohr, es pocht in der Brust, es webt über dem See.

Da warnt aufgeregt ein Bleßhuhn. Es hat allen Grund dazu; denn was dort auf das Schilf zukommt, ist aufregend genug. Zwei Gestalten, erst schwimmend, dann watend, nähern sich dem Steg, wachsen höher und höher aus dem Wasser, erklimmen den Steg, streichen mit den Händen das anhaftende Wasser von den Gliedern, schleichen lautlos zum Bleichplatz. Auf der Leine finden sie leicht, was sie suchen: ein Handtuch und zwei Hemden. Mit dem Handtuch reiben sie sich gegenseitig trocken, schlüpfen in die Hemden ... und ...

Diebe?

Ein paar Blafflaute, die in ein unterdrücktes Winseln übergehen, sind alles, was der Hund Mordax dazu zu sagen weiß.

Das böse Tier im Flachs

Die Bauern von Domnau hatten ein großes Feld Flachs angebaut. Es war auch alles gut gewachsen. Als sie nun eines Tages sich mit Wohlgefallen ihren Flachs anschauten, stolzierte ein Storch darin herum und suchte nach seinen Lebensunterhalt. „Der zertritt uns alles!" schimpften sie. „So geht das nicht!" riefen sie, „wir müssen ihn rausjagen!"

Ja, aber der ihn nun rausjagen sollte, trat auch ins Feld. Da berieten sie lange, und ein findiger Kopf kam darauf: „Wir hängen ein Scheunentor aus, vier nehmen es je an einer Ecke auf die Schulter, und der Fünfte setzt sich oben darauf, so zertritt der, der den Bösewicht verjagt, nichts!" Ein guter Rat, der sofort befolgt wurde. Mit großem Geschrei wurde der Storch aus dem Flachsfeld verjagt.

Als sie nun nach der so großen Tat zurück waren, schauten sie sich gegenseitig an: „Sind wir auch noch alle? Oder hat das böse Tier einen von uns gefressen?" Sie begannen mit Zählen, fingen aber alle immer so an: „Ich, eins, zwei, drei, vier!" So kam es, daß den Fünften der Storch gefressen hatte.

Hans und der Riese

Als es vor Zeiten noch Riesen gab in unserer Heimat, die mit einem Schritt über die Memel traten, pflügte der Hans auf dem Acker seines Vaters mit einem Joch Ochsen. Der Riese kam daher und sagte zum Hans: „Geh zur Seite, du Elendswurm, sonst zertret' ich dich mitsamt deinen Ochsen!"

„Spiel dich nur nicht so auf", sagte der Hans, „am End' kann ich mehr als du!"

„Was", schrie der Riese, und es war fast, als ob es donnerte, „du mehr als ich?" „Schau", sagte er weiter, „wenn ich den Stein in die Hand nehme, zerdrücke ich ihn zu Mehl! Das kannst du nicht!"

„Ich kann mehr als das", sagte der Hans, „wenn ich den Stein in die Hand nehme, dann drück ich so fest, daß Wasser rauskommt!" Und richtig, Hans tat so, als bückte er sich nach einem Feldstein in der Furche, zog indes schnell seinen Glumskäse, den er zum Frühstück mithatte, aus der Tasche, drückte kräftig mit beiden Händen drauf los, und richtig tröpfelte Wasser aus dem Stein.

„Alle Wetter", sagte der Riese, „aber im Werfen bin ich dir doch über." Nahm einen Stein und warf ihn hoch in die Luft. Es dauerte eine Weile, bis er wieder herabkam. Hans hatte schnell in der Zeit einen Sperling gefangen. „Jetzt paß auf", sagte er, „mein Stein kommt überhaupt nicht mehr runter!" Und er warf den Vogel mit aller Kraft zum Himmel. Der Riese wartete lange vergebens auf das Niederfallen des Steins und sagte dann: „Wollen wir nochmal unsere Kräfte messen?" „Am Waldessaum liegt ein großer Baum, den der Sturm entwurzelt hat, ich nehm' ihn über die Schulter und trag ihn fort. Kannst du das auch?"

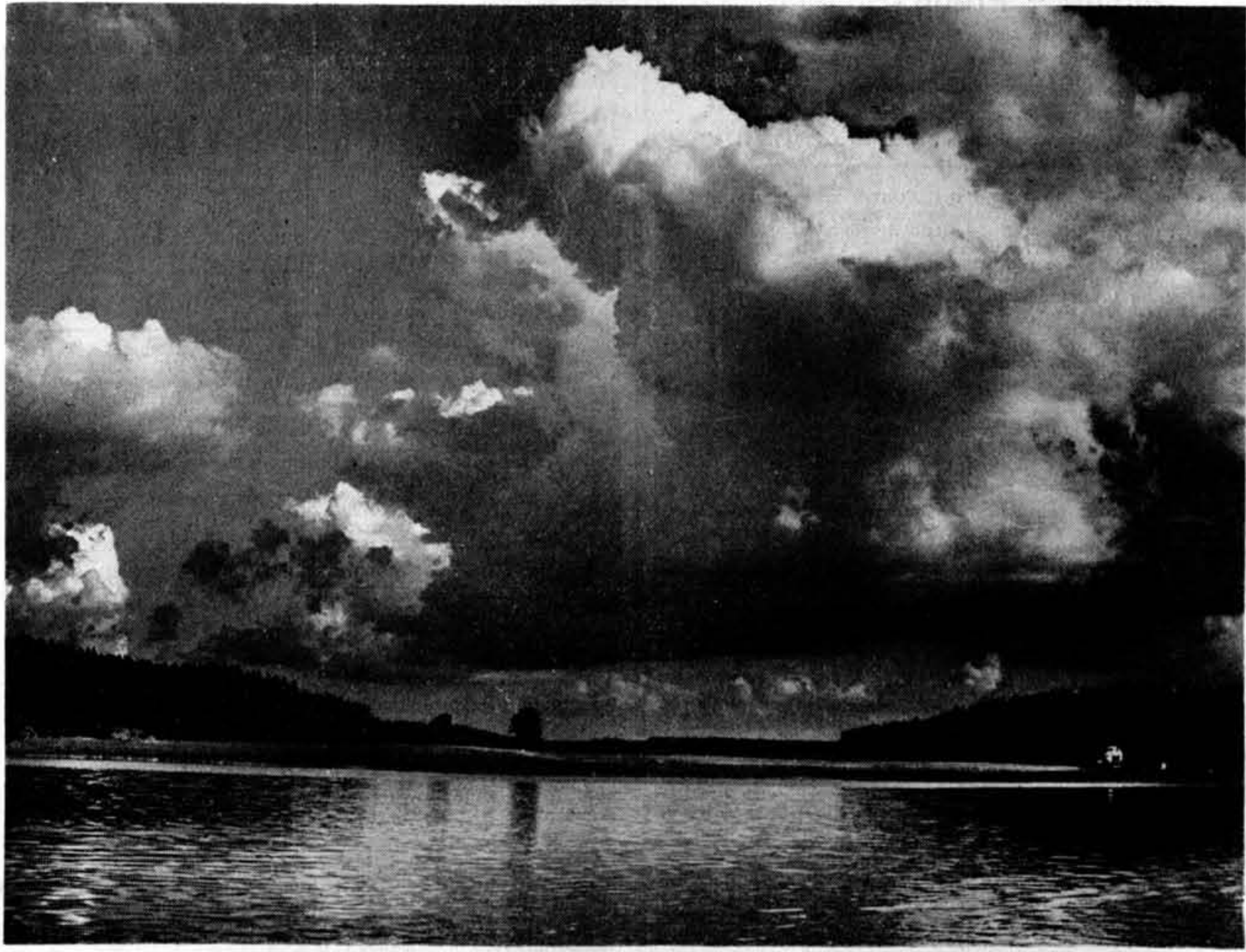
„Aber ja!" sagte der Hans.

Der Riese wollte sich den Baumstamm mit der ganzen Krone daran aufladen, da sagte der Hans: „Nimm du nur das dünne Ende, ich werde das dicke Ende tragen." Der Riese nahm nun den Stamm, der Hans die Krone des Baumes. Als der Riese nach kurzer Zeit schweißgebadet den Stamm hinwarf, sprang der Hans ganz fröhlich vom Ast, wo er sich hatte mittragen lassen, und sagte: „Ich bin noch gar nicht schwitzig!"

Da gab es der Riese auf, den Hans zu foppen, und der hatte Ruh vor ihm sein Leben lang.

*

Aufgezeichnet wurden diese Volksmärchen von Lydia Hölzer aus Skrebudicken, Kreis Tilsit-Ragnit. (Aus dem Band, Märchenwelt des Preußenlandes', herausgegeben von Alfred Cammann, Otto Meissners Verlag, Schloß Bleckede/Elbe.) 18,— DM.



Aufziehendes Gewitter über einem masurischen See bei Johannisburg

Fotos Rimmek, Löhrich

Die Fahrt über den Drausensee

Dort lag einst Truso – Aus dem Roman „Das wartende Land" von Paul Fechter

Ein weites Wasser tat sich auf; aber den größten Teil seiner Fläche hatten Schilf und Rohr, Wasserknöterich und Froschlöffel, Mummelblätter und all die anderen Gewächse der Feuchte in Besitz genommen. Binsen beugten sich leicht im Wind; die großen, nassen Blätter der Mummeln bogen sich mit den kleinen Wellen; es waren immer nur kleine Flächen Wasser zwischen Schilffeldern und Binseninseln, und da und dort steckte ein dünner Birkenbaum heraus, um in diesem Gewirr die Fahrstraße zu bezeichnen.

„Sieh bloß die vielen Seerosen", sagte Wally und wies zur Seite. Da war eine ganze Bucht voll von Hunderten der weißen Blüten, die sich in der mittäglichen Sonne groß und weit geöffnet hatten und mit ihrem seltsam schneeigen Weiß im lichten Blau des Wassers unter ihnen leuchteten. Darüber wuchs wie eine sich wiegende Wand das helle Grün des Schilfs, da und dort unterbrochen von dem dunklen Ton der Binsen. In der Ferne aber schwebte mit Wäldern und Dörfern und dem kleinen Kirchturm oben auf der Höhe blau und lächelnd das hohe Land, wie eine sichernde Mauer weit drüben dies verwunschene Reich von Wasser, Sonne und grüner Einsamkeit abschließend...

Ferne hoben sich über dem Kielwasser des Boots die hohen Dächer von Sankt Marien und Sankt Nikolai in den hellen Himmel; der spitze Turm der Neustädtischen Kirche ragte hoch vor dem letzten versinkenden Rand der Höhen in das Licht. Der Himmel im Norden hatte einen leichten grünlichen Ton und schien fast heller als unter der Sonne.

„Dort liegt die See", sagte Wally. Ernst wandte sich um und nickte: „Man sieht's sogar noch hier."

Der Wind flaute langsam ein wenig ab; das Licht des Mittags fiel fast schmerzend grell auf die weite, ebene Landschaft, durch die sie glitten. Die Fläche des Sees vor ihnen lag blendend grell, im Sonnenlicht glitzernd da; die unzähligen Blätter der Seerosen und der Mummeln gingen unter in dem flirrenden Schein der leicht bewegten Wellen. Ein Duft von Heu und gemähtem Schilf, gemischt mit dem Geruch des Wassers, ging mit dem leichten Wind über sie hin. Von weitem tutete ein Dampfer oder eine Ziegelei Mittag; das lichte Blau der Höhe hinter dem Grün der Niederung schien in der Wärme des Tages zu flimmern, sich in leichte Wolken und zitternde Luft zu lösen.

Die jungen Menschen waren verstummt; die Wärme und Müdigkeit der höchsten Stunde des Tages kam über sie und nahm sie hinein in den blauen Sommer, so daß sie reglos sich dahintragen ließen durch die heiße, helle und in aller Helle fast unwirkliche Landschaft.

„Hier herum hat mal Truso gelegen", sagte Ernst schläfrig.

„Und davon ist nichts übriggeblieben?" fragte Lotte wie von weitem.



Tuschzeichnung von Charlotte Heister

„Doch", erwiderte Wally mit halbgeschlossenen Augen, „die Gegend."

Ludwig sagte nichts. Er sah in die Welt, die vor Licht fast farblos war, spürte das leichte Wehen der Luft und die langsame, gleitende Bewegung des Schiffes. Er war wie weit von sich weg und trotzdem in allem, was um ihn war. Das große schattende Segel vorne, durch dessen grobes Gewirk oben die grelle Sonne verschwimmend hindurchschien, das Boot und das warme, verwachsene Wasser ringsum, die glänzenden nassen Blätter der Mummeln und das wiegende Schilf und dahinter das ferne, heiße, blaue Land — ihm war, als ob er das alles längst kannte, als ob das immer schon um ihn gewesen, und als ob er selbst ein Teil von diesem Ineinander von Weite, Glut, Himmel und Wasser wäre. Er hatte plötzlich das Gefühl, daß alles stillstand in dieser großen, steilen Hitze, die alles Denken aufsog und nur das heiße, träge, müde, wohlig sich ausweitende Fühlen ließ.

Nach einer Weile warf Wally einen Blick auf die Bank und sagte: „Ich möcht mich ein bißchen hinlegen." Sie sah blaß und müde aus. Ludwig erhob sich, um ihr Platz zu machen. Sie wehrte ab, aber er blieb dabei: „Sonst kommst du mit dem Kopf in die Sonn." Und er legte seinen Rucksack als Kissen für sie hin. „Ich leg mich drüben auf die andere Bank", sagte er, „denn is Gleichgewicht."

Auf der anderen Seite war Sonne. Die Bank war heiß, daß er die Glut durch seinen dünnen Anzug hindurch spürte. Das Licht des Himmels fiel jetzt ungehindert in seine emporgewandten Augen, daß er sie nur für Sekunden öffnen konnte. Noch durch die geschlossenen Lider spürte er die grelle Lichtflut, die die ganze Welt schattenlos erfüllte. Er lag reglos, horchte auf das leise Gleiten des Wassers draußen an der Bordwand, auf das kaum vernehmbare Rauschen des Windes, der mittäglich träge über ihn dahinging.

Nach einer Weile richtete er sich auf und öffnete die Augen. Die Welt war völlig farblos, weil ihm die Sonne so lange auf die Lider geschienen hatte. Grell und blaß zugleich lag sie da. Er mußte ein paarmal die Augen wieder schließen, bis langsam Glanz und Glut der Farben wieder aus dem Meer des allzu grellen Lichtes auftauchten. Da hatte er ein sehr merkwürdiges Gefühl. Während er saß und ohne zu denken wartete, daß das Land wieder in seiner alten Schönheit zu ihm kommen sollte, war ihm plötzlich, als ob dieses weite verwunschene Land auf ihn wartete.

Das Boot glitt durch den Sommertag wie durch eine riesige, weite, flache Schale, deren Ränder rings fern um den Horizont in der versinkenden blauen Höhe hinter Elbing und dem langsam heraufwachsenden Oberland emporstiegen. Hier lag Truso, ging es dämmernd durch seinen Kopf, das war eine Stadt vor vielen hundert Jahren. Hier sind Tausende und Tausende von Sommertagen über Seerosen und Schilf und Binsen und Wasser dahingegangen, ohne daß einer das sah.

Dies alles hier liegt und wartet, wartet, gesehen, gelebt, als Heimat und Besitz genommen zu werden. Er hatte plötzlich das Gefühl, als ob dies alles jetzt erst, nach vielen hundert Jahren, von ihm zum erstenmal entdeckt wurde, als ob diese strahlende blaue Weite mit dem schimmernden Kranz der Höhen rings um den Horizont geheimnisvoll geschaffen war, für ihn dazusein, Schauplatz seines Lebens, Hintergrund und Rahmen für das Glück seines Daseins zu werden. Es war ein ganz anderes Gefühl, was ihn hier auf einmal mit der weiten Landschaft verband; nicht jenes wunderlich erschütternde Einssein, das ihn dort droben gepackt hatte, wo jetzt fern und schmal der Wald im Blau des Mittags verdämmerte; es war ein Verbundensein, ein Zusammengehören ohne Sichaufgeben.

In dieser Stunde des schweigenden Mittags auf dem verwunschenen See erwarb Ludwig zum zweitenmal die Heimat, jetzt nicht mehr als Teil von ihr wie Baum oder Blume, Tal oder Tier, sondern als Mensch, dessen Vorfahren seit Jahrhunderten über diesen Boden gegangen waren, den Acker gepflügt, von dem, was er trug, gelebt hatten und schließlich mit ihrem sterblichen Teil wieder zu dieser Erde zurückgekehrt waren.

Zwischen Haff und Weichsel

RMW — Wenn wir auf dieser Seite einem Werk von Paul Fechter (geboren am 14. September 1880 in Elbing) so breiten Raum geben, dann vor allem aus dem Grunde, weil hier ein Mensch des deutschen Ostens zu Wort kommt, der die Eigenart des Landes und seiner Menschen in seiner dichterischen Prosa einzufangen wußte wie wenige vor und nach ihm. Sabine Fechter, der Tochter des Dichters (die auf dieser Seite über die Entstehung der unvollendeten Trilogie berichtet) und Bernhard Heister, dem Herausgeber der alljährlich im Herbst erscheinenden ‚Elbinger Briefe', haben wir es zu verdanken, daß jetzt in einem Sonderdruck Auszüge aus dem Roman ‚Das wartende Land' von Paul Fechter vorliegen, nachdem der Band selbst längst nicht mehr im Handel zu haben ist. Aus diesem Sonderdruck entnahmen wir die ‚Fahrt über den Drausensee', ein kleines Stück aus dem gleichnamigen Kapitel. Dem stattlichen Heft, das durch die Zeichnungen von Charlotte Heister in jeder Hinsicht bereichert wird, ist weite Verbreitung zu wünschen. Für die Älteren ist Fechters Prosa ein Stück Erinnerung an das ferne Land im Osten, den Jüngeren könnte sie eine Brücke sein zum Land ihrer Väter und Vorväter.

Paul Fechter, Aus dem Wartenden Land. Der Unkostenbeitrag für diesen Sonderdruck beträgt 4,— DM und Porto. Bestellungen am einfachsten durch Überweisung auf das PS-Konto des Herausgebers Bernhard Heister, Kto.-Nr. 813 37-100 Postscheckamt Berlin West.

Wiedersehen mit dem Land der Jugend

Von der Entstehung der unvollendeten Trilogie des Dichters erzählt Sabine Fechter

Als Paul Fechter an einem eisigen Winterabend im Januar 1929 in den D-Zug nach Ostpreußen stieg, ahnte er nicht, was diese Reise für Folgen haben würde. Denn aus dieser Wiederbegegnung des fast Fünfzigjährigen mit der Landschaft und mit einigen der Freunde seiner Jugend erwuchsen ihm in diesem schaffensreichen sechsten Jahrzehnt seines Lebens drei Werke, die vielleicht seine schönsten und wesentlichsten sind: der Entwicklungsroman „Das wartende Land", die Komödie vom „Zauberer Gottes" und zwischen beiden die Erzählung von der „Fahrt nach der Ahnfrau".

„Das wartende Land", die Geschichte des jungen Ludwig Drews, von den ersten bewußten Regungen des Kindes bis zum Abschied des Abiturienten von seiner Vaterstadt, war zum ersten Teil einer Trilogie bestimmt. Der zweite Band, „Die Gärten des Lebens", folgte acht Jahre später (1939), während von dem dritten nur ein Fragment, eine Handschrift von rund hundert Seiten, vorliegt (datiert 1947).

Paul Fechter sprach fast nie über seine dichterischen Pläne, um sie „nicht zu zerreden": daher läßt sich nicht sagen, wie er den weiteren Weg seines Helden zu lenken beabsichtigte, auch nicht, aus welchem inneren oder äußeren Grund er diesen Plan nicht mehr ausführen konnte. Waren es äußere Gründe, daß der Autor neben all seinen vielen anderen Arbeiten einfach nicht mehr die Zeit fand, diesen angefangenen Roman zu beenden? Lag es an tieferen inneren Widerständen, daß es ihm nicht gelang, nach all dem Grauen von Eroberung und Vertreibung mit einer erdichteten **Fabel** dorthin zurückzukehren, wo eine schauerliche Wirklichkeit alles erdrückte? Oder war es die Einsicht, daß das Mädchen Wally — deren zarte Gestalt für Ludwig Drews unausgesprochen zu einer Verkörperung der Heimat geworden war — nirgends anders in der Welt angesiedelt sein konnte als dort, wo ihre Seele wurzelt?

Wahrscheinlich war dieser innere Widerstand, aus der ganzen Anlage von Wallys Wesen erwachsend, das Entscheidende. Denn daß Ludwig Drews' innerer Weg, nach allen Verirrungen, am Ende doch zu Wally zurückführen sollte, erscheint sowohl aus künstlerischen Gründen wie aus den Charakteren der handelnden Personen des Romans als die einzig mögliche Lösung. Wohl zieht Ludwig am Ende des ersten Teiles zunächst selber den Trennungsstrich zwischen sich und Wally: im zweiten Teil führt sein Weg ihn durch die „Gärten des Lebens", nämlich von einer Frau zur anderen, unter dem nachdenklichen Motto: „Mit jeder, die ich verließ, verlor ich ein Stück meiner Seele." Im Hintergrund aber lebt trotz allem das Heimweh nach Wally in ihm.

Einmal arbeitet der junge Maschinenbauingenieur Drews in den Semesterferien auf einer Danziger Werft und fährt am Wochenende nach Elbing hinüber. Seine Sehnsucht treibt ihn nach Althof hinaus, dem Gut von Wallys Vater: aber die Familie ist abwesend, alles ist leer und stumm. Und ebenso leer und stumm bleibt für Ludwig jetzt auch die Landschaft, die er einst liebte, als er sie mit Wally erlebte. Das Land wartet nicht mehr auf den, der sich von ihm losgesagt hat, so wenig wie — dem äußeren Anschein nach — Wally auf ihn wartet.

Von daher muß es als sinnvolle Lösung erscheinen, wenn Ludwig am Ziel seines Weges (wie der Trilogie) wieder heimfinden sollte: zu Wally ebenso wie zu dem mit ihr wartenden Land. Sie ist ebenso auf dieses Land bezogen, fast symbolhaft mit ihm verwachsen wie in den „Gärten des Lebens" jede der sechs Frauengestalten, die Ludwigs Weg kreuzen, in einer zu ihr gehörigen Landschaft steht: Maria im Rheingau — die kleine Verkäuferin Lilli in der Havellandschaft um Berlin — die Malerin Gertrud, die Ludwigs Frau wird, im Harz — Gwendoline, nach der Trennung von Gertrud, in den Landschaften zwischen der Donau um Regensburg und dem Elbsandsteingebirge — die zarte junge Ärztin Helene in der städtischen Welt Berlins und zuletzt die Schwedin Ellen im Ostseeraum.

Den weiteren Bogen schneidet zunächst die Mobilmachung jäh ab: Ludwig Drews muß sich in Danzig bei seiner Truppe stellen. Kurz vor dem Ende des Ersten Weltkrieges beginnt dann in einem Lazarett in Bamberg der dritte Teil. Ludwig kehrt nach Berlin zurück — dann bricht das Fragment ab.

Geht man von dem fast gleichen äußeren Umfang der beiden anderen Teile aus („Das wartende Land" zählt nur dreißig Seiten weniger als die Fortsetzung), so kann man schließen, daß das vorliegende Bruchstück etwa ein Drittel bis ein Viertel des Gesamtplanes umfaßt. Der Raum wäre also weit genug geworden, daß der Lebensbogen des Helden wieder nahe seinem Beginn hätte münden dürfen.

Das Schicksal — des Landes ebenso wie des Autors und somit auch seines Helden — war dagegen: die Leser müssen es mit dem Vorhandenen genug sein lassen. Freilich verschieben sich damit die Gewichte zu Gunsten des ersten Teils, eben des „Wartenden Landes". In ihm ist die Intensität sowohl des Lebens seiner Gestalten wie die der künstlerischen Gestaltung naturgemäß größer als in dem schwebenden Bogen des Mittelteils.

Sabine Fechter

Ein fester Platz am Knie der Alle

Nach zögernden Anfängen nahm Allenstein im 19. Jahrhundert eine stürmische Entwicklung

Nun ist es schon mehr als ein halbes Jahrhundert her, daß ich mich im Schulunterricht bemüht habe, mir die Namen der Städte an der Alle einzuprägen, so daß ich sie wie am Schnürchen, ohne zu stocken, hersagen konnte: Allenstein, Guttstadt, Heilsberg, Bartenstein, Schippenbeil, Friedland, Allenburg und Wehlau, und daß Allenstein zum einstigen Ermland gehört.

Allenstein, die erste und größte von allen hier angeführten, heißt heute Olsztyn.

Alle ostpreußischen Flüsse sind schön und jeder hat seine Eigenart; die Alle zeichnet sich durch die durch die Landschaft bedingte Atmosphäre auch durch ihre Länge aus.

Lahna, das ist das Kirchdorf oben in den Lahnabergen. Von da aus führt der Weg abwärts, den Hunderten von Rinnsalen entgegen, die gemeinsam die Allequelle ausmachen, die altpreußische ‚Alana'. Durch ein liebliches Tal mit Mischwaldbestand schlängelt sich das zum Bächlein heranwachsende Wässerlein, vorbeiziehend an den Wasserfällen der ehemaligen ordenszeitlichen Walkmühle; bald treibt das Flüßchen die Mahlmühle zu Orlau, dem bekannten Ort mit guten Öfen für die Ziegel- und Dachpfannenbrennerei.

Mit starker Strömung eilt die Alle dahin und durchfließt mehrere Seen, auch deren größten, den Lansker See. Bald fließt sie durch sumpfig feuchtes Wiesenland, bald durchbricht sie den Riegel der Anhöhen, und das Blätterdach der Bäume spiegelt sich in ihrem klaren Wasser; einsam und still ist es um sie, ein Paradies für die Vogelwelt.

Schöpfung des Domkapitels

Während man aus neuerer Zeit von sumpfig-feuchtem Wiesenland spricht, heißt es in einer alten Chronik: „Das Alleknie war zur Anlage eines festen Platzes vorzüglich geeignet!" Außer der Alle und ihren sumpfigen Ufern bot die Gegend gegen Süden nach Westen noch weiteren Schutz. Ein Seengürtel erschwerte jede feindliche Annäherung, denn in geringer Entfernung lagen der Okull-, der Mottek-, der Kort-, der Choinka- und der Plocidubasee.

Am Tage vor Allerheiligen, dem 31. Oktober 1353, gab das gesamte Domkapitel zu Frauenburg der Stadt Allenstein die Handfeste oder Gründungsurkunde.

Zum Lokator von Allenstein wurde Johannes von Leysen bestimmt, der vorher in dem Dorfe Layß bei Mehlsack das Schulzenamt innehatte. Um die Siedler brauchte er sich keine Sorgen zu machen, sie kamen in Scharen, und die Entwicklung der Stadt und des umliegenden Landes nahm einen gedeihlichen Fortgang. Mit dem Fortschreiten der Bautätigkeit, dem Zustrom neuer Bewohner und dem Anstieg einer gewissen Wohlhabenheit ergab sich wiederum die Notwendigkeit, rings um die Stadt eine feste Mauer zu bauen. Von den drei Toren, dem Hohen Tor, dem Mühlentor und dem Niedertor blieb bei Abbruch der Mauer das Hohe Tor als Wahrzeichen stehen; es steht heute noch als ein Inbegriff des Erhaltungswillens deutschen Geistes und deutscher Kraft, durch die Jahrhunderte genährt und gefestigt, das Erworbene und Gebaute us eigenem Willen niemals untergehen zu lassen.



Das Neue Rathaus im Herzen Allensteins — Foto Archiv

Über die Entstehung des Schlosses sind keine Urkunden vorhanden, seine Gründung muß wohl nach Aussagen verschiedener Chroniken im Jahre 1358 erfolgt sein. In der Handfeste heißt es wörtlich: „Außerdem wollen wir die Plätze, in denen unser Schloß daselbst mit seinen Vorwerken und der Mühle liegt ... uns auf ewige Zeit zum freien Besitz vorbehalten."

Nach der Einführung neuer Waffen sah sich das Domkapitel veranlaßt, eine neuerliche und durchgreifendere Umgestaltung der Verteidigungsanlagen anzuordnen, sowohl was die Stadtbefestigung als auch die des Schlosses betrifft. Der Nordflügel der Burg wurde aufgestockt und erhielt sein zweites Wehr- und Speichergeschoß, gleichzeitig erhöhte man auch den Südflügel und richtete dort weitere Wohnräume ein; noch während der Arbeiten beschloß das Kapitel, diesen Burgflügel um weitere drei Geschosse zu erhöhen, damit der Landesvogt sechzig Last Getreide für den Notfall unterzubringen vermochte. Bei der Erhöhung des Hauptturmes gab man dabei den quadratischen Grundriß auf; der erhöhte Turm wurde kreisförmig vollendet, um eine bessere Anordnung der Schießscharten zu erhalten. Im oberen Geschoß richtete man eine Wächterwohnung mit Feuerstelle ein; die letztere Anordnung des Turmes kam später Copernicus zugute, vermochte er doch von hier aus in größerer Bequemlichkeit seine astronomischen Beobachtungen zu machen.

Im Verlauf solcher Um- und Anbauten wurde auch die Annenkapelle verlegt und am Ostgiebel des Südflügels errichtet.

„Die Kirche ist ein wuchtiger Bau und ohne Zweifel eines der schönsten Gotteshäuser des deutschen Ostens. Wer auf den nahen Höhen der Stadt steht, wird ergriffen von dem Anblick dieses mächtigen Gebäudes, das aus dem Gewirr von Giebeln und Dächern emporsteigt. Wer durch die Gassen und Altstraßen in seine Nähe gelangt, blickt empor zu dem Riesenbau, an dem alles, vom massiven Schiff bis zu dem vergoldeten Stern des Turmes, tiefste Verinnerlichung des christlichen Kunstgedankens ist, und wer des Nachts, wenn die Sterne am Himmel erglänzen und der Mond sein silbernes Licht auf den Bau wirft, an der Kirche vorüber geht, der empfindet so recht die Erhabenheit der Gesamtwirkung."

So beschreibt der Ehrenbürger Allensteins, Rektor Anton Funk, die Pfarrkirche von St. Jakobus, soweit es den äußeren Eindruck betrifft.

Merkwürdigerweise gibt es auch hier, wie beim Schloß, keine geschriebenen Hinweise, wann die Kirche gebaut wurde; nach der Rekonstruierung durch Bausachverständige muß es vom Ausgang des 14. bis zur ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts geschehen sein; möglicherweise war sie fertig, ehe der Polenkrieg 1410 begann.

Um der Fülle des inneren Schmuckes gerecht zu werden, müßte man viele Seiten füllen. Ich entsinne mich, ohne im Verzeichnis der Kunstwerke nachlesen zu müssen, der beiden Kronleuchter, die ich äußerst bemerkenswert fand. Der ältere soll aus dem Jahre 1598 stammen, ein Hirschkopf mit sechzehnendigem Geweih; der andere von 1609 ist eine geschnitzte Madonnengestalt mit dem Jesuskind, von Bürgermeister Eusachius Ludwig gestiftet. Das älteste Bildwerk stammt wohl aus dem Jahre 1480; es ist das Mittelstück am Katharinenaltar. Die Heilige Katharina sitzt, in plastischer Darstellung schreibend, von zwei Engeln flankiert.

Durch fast vier Jahrhunderte fanden in den Gewölben die Beisetzungen der Verstorbenen aus Geistlichkeit und angesehenem Bürgertum statt; zu Ende des 19. Jahrhunderts wurden die Gewölbe jedoch ausgeräumt und zugeschüttet.

Unter dem Schutz dem Domkapitels hatten die deutschen Siedler der neu gegründeten Stadt einen gewissen Wohlstand erreicht, zumal Allenstein der ständige Sitz eines Domherrn war, dem die Verwaltung des Kammeramtes oblag; von 1516 bis 1524 übte Nicolaus Copernicus dieses wichtige Amt aus.

Regierungshauptstadt

Seit 1772 eine preußische Stadt mit 1770 Einwohnern, kam die Entwicklung nur spärlich voran, um erst nach dem siegreichen Kriege der Jahre 1870/71 ein erstaunliches Tempo einzigartiger Intensität anzunehmen, durch die Umstände begünstigt, die sich aus der zentralen Lage in Südostpreußen ergaben wie durch den Bau der Eisenbahn Thorn—Insterburg; ein weiterer Gewinn für die Stadt ergab sich aus der Wahl von Oskar Belian zum Ersten Bürgermeister. Unter seiner Regie, die einunddreißig Jahre währte, wurde 1873 die Luisen-Mädchenschule gegründet; 1877 erhielt Allenstein ein Landgericht und ein Gymnasium. Mit dem Einzug des Ostpreußischen Jäger-Bataillons wurde Allenstein Garnisonstadt. Ein Netz weiterer Eisenbahnstrecken und Chausseen schuf die Voraussetzung für die Entstehung industrieller Betriebe: Für Dampfschneidemühlen, Ziegeleien und der Maschinenfabrik Roensch. Kurz vor der Jahrhundertwende flammten in Straßen und Gassen die ersten Gaslaternen auf; sie wurden bereits 1907 durch Elektrizität abgelöst.

Zwei Jahre zuvor wurde Allenstein Regierungshauptstadt mit 25 000 Einwohnern.

1910 fand eine Gewerbeausstellung im Gelände um den Jakobsberg statt, dessen Restaurationsgebäude eigens dafür gebaut wurde; fortan blieb der Jakobsberg beliebtester Ausflugsort.

Im gleichen Jahr wurde Georg Zülch Oberbürgermeister der inzwischen kreisfreien Stadt, nachdem er seit 1902 als Zweiter Bürgermeister in hervorragender Weise positive Arbeit geleistet hatte. Unter seiner Regie wurde das neue Rathaus auf dem ehemaligen katholischen Friedhof gebaut.

Als Behörden-, Garnison- und Schulstadt war Allenstein ein guter Nährboden für theaterfreundliche Bestrebungen. Die ersten Berichte über Theatervorstellungen und Programme reichen bis ins Jahr 1843 zurück. Nach der Einrichtung des großen Saales im Hotel „Deutsches Haus", noch vor dem Ersten Weltkrieg, erhielt die Stadt ihr erstes ständiges Theater, wo Schau- und Lustspiel, Oper und Operette einem aufgeschlossenen Publikum dargeboten wurden.

Nach der Abstimmung gelang es schließlich Max Worgitzki, die Behörden für ein Landestheater zu interessieren. Das Haus wurde 1925 gebaut, als Gegenleistung von Reich und Staat für die bei der Abstimmung bewiesene Treue der Bewohner zum Heimatgedanken. Mit Goethes „Faust" und den „Meistersingern" wurde das neue Haus eingeweiht. Das Ensemble — für den Zuschnitt eines Provinztheaters von erstaunlich hohem Niveau — hatte Schwerstarbeit zu leisten, war es doch mit den Jahren gehalten, in 24 Städten zu spielen.

Auch Musik, Bildende Künste und Dichtung fanden in Allenstein sorgfältige Pflege.

Doch das ist ein Kapitel für sich. **p. b.**



Blick über die Stadt auf Rathaus (links) und Herz-Jesu-Kirche (rechts) — Foto Schöning

„Es geht um mehr als um Ostpreußen"

Stellvertretender Sprecher Gerhard Prengel bei der Jubiläumsfeier der Schloßberger

Die Kreisgemeinschaft Schloßberg feierte am 15. und 16. Juni in Winsen an der Luhe ein doppeltes Jubiläum: Vor 250 Jahren erhielt die Kreisstadt Pillkallen, später Schloßberg genannt, vom Soldatenkönig die Stadtrechte. Zwanzig Jahre ist es außerdem her, daß der südlich Hamburg gelegene Landkreis Harburg, dessen Kreisstadt Winsen ist, die Patenschaft für den Kreis Schloßberg übernommen hat. Die Festrede hielt der stellvertretende Sprecher Gerhard Prengel. Er sagte in seinen grundsätzlichen Ausführungen:



Der Marktplatz von Schloßberg aus der Luft gesehen Foto Paeslack

Wir alle sind in den letzten Jahren Zeugen eines Geschehens geworden, das die politische Landschaft in unserem Land wesentlich verändert hat. Am 17. Mai 1972 wurden die Verträge von Moskau und Warschau vom Deutschen Bundestag angenommen. In diesen werden von der Bundesrepublik Deutschland die von den Siegermächten einst festgelegten Demarkationslinien als unverletzliche Grenzen und die Oder-Neiße-Linie ausdrücklich zur „westlichen Staatsgrenze der Volksrepublik Polen" erklärt.

Ist damit dem politischen Wollen der Verbände der Heimatvertriebenen — so auch der Landsmannschaft — ist damit dem Auftrag des Grundgesetzes, „in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden", die rechtliche Grundlage entzogen? Gehört jetzt Ostpreußen zu Polen, sein nördlicher Teil zur Sowjetunion?

In Übereinstimmung mit den offiziellen Erklärungen der Bundesregierung ist diese Frage mit einem klaren Nein zu beantworten, wenn auch Politiker bestimmter Couleur und gedankenlose Nachbeter in unserem Lande so tun, als gebe es für sie kein Ostpreußen oder Schlesien mehr, als gebe es nur Kaliningrad und nicht mehr Königsberg, nur noch Wroclaw und nicht mehr Breslau, nur noch Dobrowolsk und nicht mehr Schloßberg. Ostdeutschland ist trotz der Ostverträge nach wie vor Bestandteil Deutschlands geblieben. Denn die Bundesrepublik Deutschland hat bei Abschluß der Ostverträge nur im eigenen Namen, als nicht für Deutschland als Ganzes gehandelt. Das hat die Bundesregierung ständig erklärt. Das ergibt sich auch aus der gemeinsamen Entschließung des Deutschen Bundestages vom 12. Mai 1972, in der festgestellt ist: „Die Verträge nehmen eine friedensvertragliche Regelung für Deutschland nicht vorweg und schaffen keine Rechtsgrundlage für die heute bestehenden Grenzen."

Die Bundesregierung war durch das Wiedervereinigungsgebot in der Präambel des Grundgesetzes auch gehindert, über Ostdeutschland zu verfügen. Dazu hat das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 31. Juli 1973 über die Verfassungsmäßigkeit des Grundvertrages für alle Verfassungsorgane verbindlich ausgeführt: „Kein Verfassungsorgan der Bundesrepublik Deutschland darf die Wiederherstellung der staatlichen Einheit als politisches Ziel aufgeben, alle Verfassungsorgane sind verpflichtet, in ihrer Politik auf die Erreichung dieses Zieles hinzuwirken — das schließt die Forderung ein, den Wiedervereinigungsanspruch im Inneren wachzuhalten und nach außen beharrlich zu vertreten — und alles zu unterlassen, was die Wiedervereinigung vereiteln würde."

Die Bundesrepublik Deutschland war auch rechtlich nicht in der Lage, über Teile Deutschlands zu verfügen, da ihre Souveränität in den Deutschland als Ganzes betreffenden Fragen durch die Vorbehaltsrechte der Alliierten beschränkt ist. Schließlich ist in Artikel 4 beider Verträge bestimmt, daß diese Verträge nicht die von den Vertragsschließenden früher abgeschlossenen oder sie betreffenden Vereinbarungen berühren. Das heißt, daß unter anderem auch das Potsdamer Abkommen und der Deutschlandvertrag unberührt bleiben, worin bestimmt ist, daß die Festlegung der deutschen Grenzen einem Friedensvertrag mit ganz Deutschland vorbehalten bleibt. Die Bundesrepublik hat daher weder für Gesamtdeutschland noch für sich selbst endgültig über Ostdeutschland verfügt.

Dieser Rechtsstandpunkt ist die rechtliche Basis für unser unverändert gebliebenes politisches Streben, zur Verwirklichung des durch das Grundgesetz gebotenen Zieles nach Kräften beizutragen, „in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden".

Die Erreichung dieses Zieles ist zwar durch den Abschluß der unglückseligen Ostverträge noch schwieriger, nicht aber unmöglich geworden. Dennoch — und davor können wir nicht die Augen verschließen — müssen wir registrieren, daß die anderen Staaten in der Welt in diesen Verträgen die endgültige Abtrennung Ostdeutschlands von Deutschland zu sehen geneigt sind, ebenso wie sie in dem Abschluß des Grundvertrages mit dem Regime in Ost-Berlin die endgültige Spaltung Restdeutschlands erblicken.

Den Anspruch auf die Wiedervereinigung wachhalten

Und wie ist es um das gesamtdeutsche Arrangement unserer sozialistisch-liberalen Regierung und der sie tragenden Parteien bestellt? Im Bundestag mußte die Karte, die Deutschland zeigte, — ganz Deutschland — entfernt werden. Auf den vom Ersten Deutschen Fernsehen gezeigten Landkarten ist Ostdeutschland als polnisches bzw. sowjetisches Staatsgebiet eingezeichnet. Es wird versucht, den 17. Juni, den nationalen Feiertag zum Gedenken an den Aufstand der mitteldeutschen Bevölkerung gegen die kommunistische Zwangsherrschaft im Jahre 1953, stillschweigend zu einem normalen Arbeitstag zu machen. Den Verbänden der Vertriebenen werden die spärlichen und auch von den Steuergeldern der Heimatvertriebenen aufgebrachten öffentlichen Mittel entzogen oder zumindest drastisch gekürzt. Ihre Vertreter werden als unliebsame Störenfriede empfunden, ihr Wirken nach Möglichkeit totgeschwiegen. Der neugewählte Bundespräsident, Herr Scheel, hat das zweifelhafte Verdienst erworben, als erster Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland in seiner Ansprache nach der Wahl kein Wort über die deutsche Nation verloren zu haben. Ebenso hat der neue Bundeskanzler Schmidt in seiner Regierungserklärung jeden Hinweis auf das Anliegen der Deutschen, die Wiederherstellung der Einheit ihres Landes, unterlassen.

Und was bedeuten für die sozialistisch-liberale Koalition unsere Landsleute, die noch in der Heimat zurückgehalten sind? Sie bleiben fremder, willkürlicher Macht überlassen. Die Verantwortung für sie hat die Bundesregierung als lästigen Ballast abgeworfen. Nach Abschluß der Verträge ist die Anzahl der ostdeutschen Aussiedler in die Bundesrepublik Deutschland gegenüber den Zahlen vor Abschluß der Verträge auf etwa ein Viertel zurückgegangen. Ausreisewillige werden Drohungen und Schikanen ausgesetzt. Unverblümt werden als Gegenleistungen von der Bundesrepublik Deutschland in erpresserischer Weise Forderungen in Milliardenhöhe verlangt. Dabei wurde gerade mit dem Hinweis auf die allerdings sehr zweifelhafte polnische Zusage, den Deutschen nach Abschluß der Verträge die Ausreise aus ihrer Heimat zu gestatten, versucht, den Abschluß der Verträge als einen Erfolg hinzustellen. Jetzt aber unternimmt die Bundesregierung keinen ernsthaften Versuch, für die Einlösung der polnischen Zusage Sorge zu tragen.

Das waren nur einige Beispiele, wie ernst die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien den alle Verfassungsorgane bindenden Satz aus dem zitierten Urteil des Bundesverfassungsgerichts nehmen, „den Wiedervereinigungsanspruch im Inneren wachzuhalten und nach außen beharrlich zu vertreten — und alles zu unterlassen, was die Wiedervereinigung vereiteln würde" — und wie die Bundesregierung ihre ebenfalls im Urteil des Bundesverfassungsgerichts bestätigte Schutzpflicht für die deutschen Staatsangehörigen Ostpreußens, Pommerns und Schlesiens wahrnimmt. Ich verkenne nicht, daß es nicht nur vom guten Willen der Bundesregierung abhängt, alles das zu erreichen, was sie uns zur Zeit der Auseinandersetzung um die Ostverträge als eintretende Erfolge prophezeit hat.

Diese Verträge können nicht als Grundlage für eine Versöhnung des deutschen Volkes mit seinen östlichen Nachbarvölkern dienen. Sie stärken nur die Herrschaft der sie unterzeichnenden Regierungen und geben deren Gewaltakten den Schein des Rechts.

Wer von uns wäre nicht für eine echte Versöhnung mit unseren östlichen Nachbarvölkern? Wir Heimatvertriebenen sind durch die Folgen des Krieges mit am härtesten geschlagen. Wir haben so viel Leid ertragen müssen und noch heute haben wir im seelischen, menschlichen und teilweise auch noch im materiellen Bereich schwer an dem Zustand der Vertreibung zu tragen. Gerade wir wissen darum, was Haß und Krieg zwischen den Völkern vermag. Wer wollte an unserem ehrlichen Willen, im Frieden mit unseren Nachbarn zu leben, zweifeln?

Eine Versöhnung, die von Dauer sein soll, kann aber nicht auf dem Unrecht aufbauen. Es muß vielmehr eine Lösung gefunden werden, die dem Recht und den Interessen aller Betroffenen Rechnung trägt. Ich bin davon überzeugt, daß eine solche Versöhnung — wie sie auch mit unseren westlichen Nachbarn möglich gewesen ist — bereits ebenso Geschichte wäre, wenn das polnische und russische Volk frei seinen Willen bekunden könnte.

Was aber ist von der Bereitschaft zur Versöhnung unserer Vertragspartner in Moskau und Warschau zu halten, die von uns die Anerkennung der durch Gewalt und wider das Recht nach dem Krieg geschaffenen Tatsachen verlangen, nämlich die Annektion eines Viertels unseres Landes und die Vertreibung und Enteignung seiner Bevölkerung, ohne ihrerseits bereit zu sein, wenigstens das Schicksal der in der Heimat verbliebenen Deutschen zu lindern, ihnen den ungehinderten Gebrauch ihrer deutschen Muttersprache zu gestatten oder ihnen die ungehinderte Ausreise zu erlauben? Ist das der Geist, der zur Versöhnung führt?

Nachdem die jetzigen Koalitionsparteien nach ihrer Regierungsübernahme das bis dahin von allen Parteien gemeinsam bestehende Ziel, die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands, verlassen und damit das von ihnen den Heimatvertriebenen gegebene Wort gebrochen hatten, hatten wir unser ganzes Vertrauen auf die CDU/CSU gesetzt in der Hoffnung, sie werde die Ratifizierung der Ostverträge verhindern. Mit tiefer Enttäuschung mußten wir erkennen, daß sie diese Kraft nicht aufgebracht und ihre Uneinigkeit mit dem Deckmantel der gemeinsamen Stimmenthaltung zugedeckt hat. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hätte, wenn sie einig zusammengestanden hätte, die Ratifizierung dieser Verträge verhindern können. In der Stunde, als es galt, sich als Sachwalter für ganz Deutschland und alle seine Bürger zu bewähren, hat sie, wohl auch aus falschen, taktischen Überlegungen, versagt.

Was folgt aus dieser sicher nicht ermutigenden Darstellung der Lage für uns Heimatvertriebene, die wir uns Staat und Volk verpflichtet fühlen?

Ich meine dies: In dem Bewußtsein unserer Verantwortung auch für unsere in der Heimat verbliebenen Landsleute, die um so stärker auf uns lastet, je weniger sie von der deutschen Staatsführung empfunden wird, und in der Sorge um die äußere und innere Freiheit unseres Staates müssen wir weiter danach streben, daß Recht und Freiheit für a l l e Deutschen errungen und erhalten werden. Hierzu sollten wir uns als Ostpreußen, als deutsche Staatsbürger, als Europäer verpflichtet fühlen, die ein freies, geeintes Europa anstreben, dessen Fundament nur das Recht sein kann, wenn es gedeihen soll.

Dabei geht es um mehr als um Ostpreußen und die Ostpreußen. Liebe und Treue zu diesem unserem Land gibt uns aber die innere Grundlage und die Kraft, dem ganzen Deutschland zu dienen, zu dem Ostpreußen gehört. Es gilt, in unserem Volke dieses Deutschland bewußt zu erhalten, oder — wo es nottut — besonders in unserer Jugend bewußtzumachen. Es gilt, nach unseren Kräften beizutragen, die Erkenntnis bei Volk und Staatsführung zu wecken oder zu stärken, daß wir alle im ganzen Deutschland und allen seinen Bürgern verpflichtet sind und bleiben. Es kann sich niemand aus der Geschichte und seiner Verantwortung gegenüber der staatlichen Gemeinschaft hinwegstehlen auf Kosten seiner Mitbürger in der Hoffnung, so sein eigenes Wohlergehen zu sichern.

Jede Nation, jeder Staat muß zerfallen, wenn nicht alle seine Bürger Willens sind, für diese Nation, diesen Staat, die Rechte und die Freiheit aller seiner Bürger einzutreten. Dieses Staatsbewußtsein, das als besondere preußische Tugend gepriesen wird, gilt es zu halten oder zu begründen. Auf dieser Grundlage haben wir unsere Stimme zu erheben, wo auch immer die Rechte und die Freiheit unserer Mitbürger oder des Staates als Ganzes — von außen oder innen — bedroht oder verweigert wird. Dabei sind wir Ostpreußen vor allem dazu aufgerufen, in besonderem Maße auch das Schicksal Ostpreußens und seiner Menschen hinzuweisen.

Wir machen uns mitschuldig an den Vertreibungsopfern von morgen, hat unser verstorbener Sprecher Rehs einmal sinngemäß gesagt, wenn wir zu diesem Unrecht schweigen. Unser eigenes Schicksal, unser Erlebnis der Vertreibung gibt gerade uns daher die Aufgabe auf, dazu nicht zu schweigen, damit nicht andere, sei es in Deutschland, sei es in Europa oder sonstwo in der Welt das gleiche Schicksal erleiden. Wir müssen auch dafür Sorge tragen, daß die kulturellen Leistungen, die in unserer ostpreußischen Heimat ihre Wurzeln haben, nicht vergessen werden, sondern im Bewußtsein der deutschen Öffentlichkeit als nicht wegzudenkender Bestandteil der deutschen Kultur erhalten bleiben.

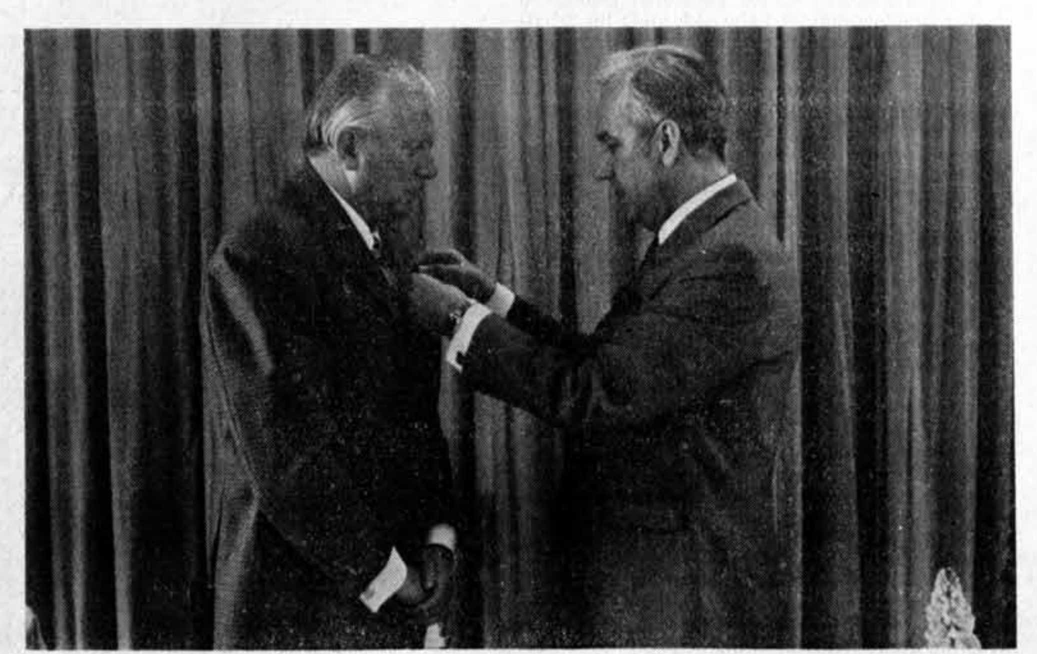
Moralische Pflicht

Eine besondere moralische Pflicht legt uns die Sorge um unsere in der Heimat zurückgehaltenen Landsleute auf. Zigtausende sind es noch immer, die den Wunsch haben, wieder als Deutsche unter Deutschen leben zu können, selbst unter Aufgabe ihrer Heimat. Viele unserer daheim gebliebenen Landsleute wollen aber auch dort bleiben, weil es eben ihre Heimat ist und sie meist zu alt sind, einen neuen Anfang zu wagen. Allen diesen Landsleuten muß mehr als bisher unsere besondere Fürsorge gelten. Denken wir dabei daran, daß es meist nur der Zufall war, daß wir nicht das gleiche Schicksal erlitten haben. Durch jetzt mögliche Reisen nach Ostpreußen, durch Briefe, Pakete und Geldsendungen können wir ihre oft große seelische und materielle Not lindern helfen. Gerade den Heimatkreisgemeinschaften erwächst hier eine dankbare Aufgabe, Brücke zu sein zwischen früheren Nachbarn und Freunden, die jetzt zwei Grenzen und zwei Welten voneinander trennen.

Unsere Aufgaben sind nicht weniger, sie sind schwieriger geworden! Helfen Sie alle mit — jeder an seinem Platz —, sie zu bewältigen! Vergazen ist noch nie Ostpreußenart gewesen! Moral und Recht stehen auf unserer Seite! Wir sind keine Revanchisten und Störenfriede. Wir haben aber aus der Geschichte gelernt und wissen, daß auf Unrecht kein dauerhafter Friede aufgebaut werden kann.

Wir wollen uns nicht den Weg verbauen lassen zu einem freien Europa, das auch die Völker Osteuropas, das auch unsere ostpreußische Heimat einschließt, in dem alle Völker in freier Selbstbestimmung in Frieden und Freiheit zusammenleben.

Wir bleiben dabei, und jetzt erst recht:
Ja zu Frieden, Recht und Freiheit!
Nein zu Gewalt und Unrecht!



Oberkreisdirektor Dehn vom Patenkreis Harburg (links) wurde für seine Verdienste um die Patenschaft mit der Ehrennadel der Kreisgemeinschaft ausgezeichnet Foto Zander

Kommt der letzte Aussiedler im Jahre 2005?

Bayerischer Staatssekretär Dr. Wilhelm Vorndran fordert Lösung des Aussiedlerproblems

München — Anläßlich der Einweihung des Erweiterungsbaues der Förderschule für spätausgesiedelte Jugendliche forderte der Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Dr. Wilhelm Vorndran, die Bundesregierung auf, bei ihren Verhandlungen über die Ostverträge die Frage der Aussiedlung mit mehr Nachdruck zu vertreten und mehr Mittel für die Eingliederung der Spätaussiedler in das wirtschaftliche Leben der Bundesrepublik zur Verfügung zu stellen.

In seiner eindrucksvollen Rede sagte er u. a.: „Ich vermag aber nicht einzusehen, daß sich vor allem die sogenannte Linke in unserem Lande z. B. für die chilenischen Exulanten fast zerreißt und ihr Schicksal beklagt, die aussiedlungswilligen deutschen Volkszugehörigen in den Ostblockländern und ihr schweres Los aber nicht beachtet.

Noch erschreckender als das bewußte oder unbewußte Übersehen dieser Problematik sind Äußerungen, die in letzter Zeit öfter zu hören sind.

Eine These vertritt die Auffassung, man solle die Aussiedler in ihrer Heimat belassen. Es sei ungut, die Kinder und Jugendlichen aus einer für sie heimischen Umgebung zu reißen und sie in eine fremde Umgebung zu verpflanzen. Die andere These enthält die Behauptung, daß es z. B. der Volksrepublik Polen ohne wirtschaftliche Einbußen nicht möglich sei, die beruflich oftmals besonders qualifizierten und fleißigen Aussiedler aus ihrem Staatsverband zu entlassen.

Die erste These wird auch von Menschen vertreten, die sich selbst aller Freiheiten, vor allem auch der kulturellen und sprachlichen Rechte und der Freizügigkeit erfreuen. Da ist es dann leicht, andere, denen diese Rechte verweigert werden, aufzufordern, darauf zu verzichten. Die sich zu Vertretern dieser These machen, tun es sehr oft, weil sie ihre Ruhe haben und ihr schlechtes Gewissen beruhigen wollen. Dabei stört es sie gar nicht, daß dies auf Kosten anderer geschehen soll.

Zu den Vertretern der erstgenannten These zählen auch die Aussiedlerstaaten selbst. Sie wollen uns weismachen, daß nicht sie, sondern wir im Grunde unhuman handeln. Dabei werden die Dinge auf den Kopf gestellt. Es wird bewußt verschwiegen, daß diese Probleme allein auf das Verhalten der Aussiedlerländer zurückzuführen ist. Gegen deren erklärten Willen lassen sie ihre deutschen Volkszugehörigen seit drei Jahrzehnten nicht ausreisen und verweigern ihnen gleichzeitig die sozialen, kulturellen und sprachlichen Minderheitenrechte.

Soweit Aussiedlerländer, wie z. B. die Volksrepublik Polen das Vorhandensein von Deutschen, trotz deren eindeutigem volkstumsmäßigen Bekenntnis, weitgehend bestreiten, muß dies als pervertierter Nationalismus bezeichnet werden.

Wir würden den aussiedlungswilligen Deutschen in den Ostblockländern einen Bärendienst erweisen, wenn wir diesen falschen Propheten folgten und die Forderung auf Aussiedlung der Aussiedlungswilligen nicht weiter erheben würden.

Es ist schockierend, daß die Aussiedlung der Deutschen aus den deutschen Ostgebieten und aus Osteuropa, die offiziell unter dem Begriff ‚Familienzusammenführung' firmiert, 29 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges immer noch nicht beendet ist. Eine Familienzusammenführung verliert damit allmählich ihren Sinn. Geradezu erschreckend ist aber die Feststellung, daß die Aussiedlung bei gleichbleibenden Aussiedlerzahlen wie 1973 und unveränderten Aussiedlungsanträgen aus Rumänien im Jahre 1979, aus dem sowjetischen Machtbereich 1982, aus dem polnischen Machtbereich im Jahre 2005 und aus der CSSR gar erst im Jahre 2021 beendet wäre. Diese Perspektive wäre noch ungünstiger, wenn man begründet unterstellt, daß die Zahl der Aussiedlungswilligen größer ist als es die vorliegenden Aussiedlungsanträge besagen. Es ist kein Geheimnis, daß z. B. die Zahl der Aussiedlungswilligen unter den 1,8 Millionen Deutschen in der UdSSR wesentlich größer als 40 000 ist, eine Zahl, die übrigens seit Jahr und Tag, trotz der laufenden Aussiedlung, nicht abnimmt. Das Verhalten der Aussiedlerstaaten — das möchte ich hier ohne jede Beschönigung sagen — ist unmenschlich und widerspricht auch den Intentionen der ursprünglich viel gepriesenen Ostverträge.

Der ehemalige Bundesvertriebenenminister Windelen stellte kürzlich fest, daß von den über 280 000 aussiedlungswilligen deutschen Antragstellern aus dem polnischen Machtbereich nur 70 000 im Arbeitsprozeß stehen. Davon wurden 5000 wegen ihres Aussiedlungsantrages ohne Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung entlassen. 15 000 bekamen eine niedriger eingestufte Arbeit zugewiesen. Es ist also auch die zweite Behauptung nicht mehr haltbar, daß sich die Volksrepublik Polen aus wirtschaftlichen Gründen und wegen der Unersetzbarkeit der Aussiedler an ihrem Arbeitsplatz gegen die Aussiedlung sperren. Sie würde uns aber auch dann, wenn sie wahr wäre, nicht der Verpflichtung entheben, sie zurückzuweisen, weil sie völkerrechtswidrig ist und ein Verstoß gegen die Menschenrechte darstellt.

Zu diesen materiellen Hilfen zählen nicht zuletzt die Beihilfen zur Eingliederung junger Zuwanderer aus Mitteln des sogenannten Garantiefonds. Das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung hat bereits Ende 1972 den Entwurf einer Neufassung der Garantiefondsvorschriften erarbeitet und nach Absprache mit der Arbeitsgemeinschaft der Landesflüchtlingsverwaltungen Anfang 1973 dem Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit vorgelegt. Die entscheidendste Neuregelung sollte die Verwirklichung einer Forderung bringen, die von den Landesflüchtlingsverwaltungen und Einrichtungen, die mit der Eingliederung der Spätaussiedler zu tun haben, seit Jahren erhoben wird. Danach soll die Garantiefondsbeihilfe in den ersten drei Jahren nach der Zuwanderung elternunabhängig, d. h. ohne Anrechnung des Einkommens und Vermögens der Unterhaltsverpflichteten gewährt werden.

Der Entwurf des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung fand die weitgehende Billigung des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit. Bedauerlicherweise konnte er sich aber in den nachfolgenden Verhandlungen mit dem Bundesminister der Finanzen nicht durchsetzen. Die Ablehnung ist um so unverständlicher, als die damit verbundenen Mehrausgaben kaum ins Gewicht fallen. Ich würde wünschen, daß man bei der Prüfung der Kreditvergabe an osteuropäische Staaten dieselben Maßstäbe anlegt, wie in dieser für die Eingliederung der Spätaussiedler so wichtigen Frage. Hier hätte die Bundesregierung gegenüber den Spätaussiedlern eine moralische Verpflichtung einlösen können. Diese bleibt für die Zukunft bestehen.

Das Wohngeldgesetz ist völlig unzureichend

Niedersächsische Landesregierung befragte Aussiedler zur Eingliederung

Bonn — Das Land Niedersachsen hat im Januar 1974 dankenswerterweise eine vierte Erhebung über die Eingliederung der Aussiedler durchgeführt. Wie die vorangegangenen Umfragen brachte auch diese wesentliche Erkenntnisse.

Die vierte Befragung betrifft die im Jahre 1972 dem Land Niedersachsen zugewiesenen Aussiedler. Ausgewertet wurden die Angaben über 2234 Personen (18 Personen waren in ihre Herkunftsländer zurückgekehrt, 10 haben die Beantwortung der Befragung verweigert).

Der Kreis der Befragten setzt sich aus 806 Haushalten zusammen, von denen 262 Einzelpersonenhaushalte sind. Von den 806 Haushalten sind 290 Rentnerhaushalte.

Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer im Lager Friedland (Nürnberg) betrug 3,9 Tage und lag damit um einen halben Tag niedriger als im Vorjahr. Nur in vier Fällen wurde über die Grenzdurchgangslager negative Kritik geübt. In drei Fällen wurde beanstandet, daß die Einweisung (angeblich) nicht in den Ort erfolgte, in dem die Aussiedler sich niederlassen wollten.

Hinsichtlich der wohnungsmäßigen Unterbringung ergab sich (ein bis zwei Jahre nach der Aussiedlung!) folgendes Bild: 30 Familien verfügten bereits über ein Eigenheim, 619 über eine abgeschlossene Mietwohnung, 36 über eine Teilwohnung, 16 (= 2 Prozent) hatten lediglich eine Übergangswohnung, 99 wohnten in möblierten Zimmern und 6 in Altersheimen; bei den möbliert wohnenden Personen handelt es sich in 81 Fällen um ältere Einzelpersonen, die in Haushalten von Kindern leben und dort bleiben wollen. Von den 806 Haushalten verfügen 734 über ein Bad oder eine Dusche.

Mit der derzeitigen Wohnung sind 88 Prozent der Haushalte zufrieden. Von den restlichen 97 Fällen werden 30 in Kürze eine neue Wohnung erhalten und in weiteren 26 Fällen ist ein Eigenheim im Bau.

Die Möbelausstattung der 806 Wohnungen wurde in 742 Fällen als zufriedenstellend angesehen.

Wohngeld wurde nur in etwa 50 Prozent der Fälle gezahlt. Das ist kein Beweis für die Güte der Eingliederung, sondern ein Beweis dafür, daß das Wohngeldgesetz in völlig unzureichender Weise auf die Verhältnisse der Aussiedler Rücksicht nimmt.

Zwanzig Prozent der Aussiedler waren bereits ein bis zwei Jahre nach dem Eintreffen im Besitz eines eigenen Pkws. Wenn man bedenkt, daß sie in der Regel hier erst den Führerschein erwerben mußten, ist das erfreulich hoch.

Von den 2234 Aussiedlern stehen 788 Personen für den Arbeitseinsatz zur Verfügung; vor der Aussiedlung waren 884 erwerbstätig. In den 2234 Fällen sind 266 alleinstehende Frauen bzw. mitarbeitende Frauen enthalten.

Nach der Aussiedlung ergab sich eine erhebliche berufliche Umschichtung. Die Zahl der in der Landwirtschaft Tätigen sank von 43 auf 1, die Zahl der handwerklich und technisch Tätigen von 295 auf 211. In kaufmännischen und Verwaltungsberufen waren zuvor 125, danach 105 Personen tätig. Hingegen nahm die Zahl der Ungelernten von 382 auf 424 zu, was ein außerordentlich bedenkliches Ergebnis ist. Zwanzig Aussiedler waren ein bis zwei Jahre nach der Aussiedlung arbeitslos. Bei den drei vorangegangenen Erhebungen hatte die Zahl der Erwerbstätigen nach der Aussiedlung zugenommen, weil erheblich mehr Ehefrauen — durchweg als ungelernte Arbeitskräfte — berufstätig wurden; das ist jetzt nicht mehr der Fall.

132 Aussiedler nahmen einen Berufswechsel vor. Die Ursache lag — von der Landwirtschaft abgesehen — vorherrschend nicht in der Verwendbarkeit im alten Beruf, sondern im Streben nach höherem Einkommen, in 12 Fällen aber auch in sprachlichen Gründen. Weitere 54 Personen streben einen Berufswechsel an.

In 23 Fällen ist das Berufsanerkennungsverfahren noch nicht abgeschlossen, in zwei Fällen wurde die Anerkennung abgelehnt (Fahrschullehrer, Ökonomie-Techniker), in zwei weiteren Fällen gab es erhebliche Schwierigkeiten (Busfahrer, Köchin). Bedenkt man, daß stets mehr als ein Jahr verflossen ist, wird man von einem Mißstand sprechen müssen.

Von den 595 Schülern besuchten 293 eine Förderschule oder Förderklasse; 57 Kinder erhielten nebenher Förderunterricht. In einem Lehrverhältnis befanden sich nur 15 Jugendliche, dagegen besuchten 49 weiterführende Schulen. Von den 29 Studenten befanden sich 17 im Vorstudium (Otto-Benecke-Stiftung) und bereits 12 im Hochschulstudium. In 8 Fällen des Förderschulbesuchs und in einem Fall des Vorstudiums wurden Kostenbeiträge der Eltern angegeben; ein bedenkliches Ergebnis. In zwei Fällen wurden Bildungsabschlüsse nicht anerkannt (rumänisches Abitur, Physikum). Häufig wurde der Förderunterricht als zu kurz bezeichnet.

36 Haushalte erhalten Sozialhilfe, davon 11 als Aufstockung zu Renten und 22 bis zur Rentenbewilligung. In 35 Fällen laufen noch Rentenanträge. Ursache der langen Bearbeitungsdauer ist meist das Fehlen von Unterlagen oder der Todeserklärung.

47 Familien geben an, keinen und 12 nur bedingten Kontakt zur Umwelt gefunden zu haben.

424 Familien hatten bei den Aussiedlungsbemühungen Schwierigkeiten. Den Rentnern wurden überwiegend keine Schwierigkeiten bereitet. Die Häufigkeit der Schwierigkeiten hat gegenüber den vorangegangenen drei Erhebungen abgenommen. Als Schwierigkeiten wurden genannt: mehrfache, bis zu 26malige Ablehnung, Entlassung vom Arbeitsplatz oder unterwertigere Beschäftigung, Unterbrechung gehobener Schulausbildung.

In 457 Fällen wird angegeben, daß noch aussiedlungswillige Angehörige in der Heimat wohnen.

Insgesamt erklärten sich mit ihrer Eingliederung 8 Prozent sehr zufrieden, 85 Prozent zufrieden, 4 Prozent bedingt zufrieden und 3 Prozent nicht zufrieden. Nicht zufrieden waren insbesondere Ehefrauen aus Sprachgründen; denn für sie gibt es kaum Fördereinrichtungen. **N. H.**

Die Heimat wurde zur drückenden Fremde

Staatsminister Dr. Pirkl begrüßte 100000. Aussiedlerin im Bayerischen Durchgangslager

Nürnberg — Am Donnerstag der vergangenen Woche, dem 27. Juni, traf in der Bayerischen Durchgangsstelle in Nürnberg die 100 000. Aussiedlerin mit ihren Angehörigen ein. Der Sozialminister der Bayerischen Staatsregierung, Dr. Fritz Pirkl, ließ es sich nicht nehmen, Frau Eichhorn aus Bistritz in Siebenbürgen zu begrüßen und in der Bundesrepublik willkommen zu heißen.

Dr. Pirkl nahm dieses nicht alltägliche Ereignis zum Anlaß, um die „Probleme und Schicksalsfragen der im Ausland verbliebenen deutschen Bevölkerungsteile wieder einmal mehr bewußt zu machen, als dies leider in der Öffentlichkeit zu verzeichnen ist".

Der Bayerische Minister betonte, daß sich gerade bei dieser Gelegenheit die Frage aufdränge, was der Begriff „Aussiedlung" heute noch bedeute. Wörtlich sagte er: „Nachdem die große Welle der schrecklichen Vertreibungen aus den deutschen Ostgebieten und aus den Ländern des Ostblocks in der Folge des Zusammenbruchs des Deutschen Reiches mit all ihrem Elend und ihrer Not zu Ende gegangen war, ist immer noch ein Teil der ursprünglich dort lebenden Deutschen aus den verschiedensten Gründen in diesen Gebieten zurückgeblieben."

Die Aussiedlung dieser restlichen Deutschen in die Bundesrepublik habe sich stets im Schatten der Politik vollzogen, stellte Pirkl fest. Er monierte, daß die Zustimmung zur Aussiedlung ind en letzten Jahren vielfach von wirtschaftlichen und politischen Zugeständnissen abhängig gemacht werde, obwohl man das Thema in den Verhandlungen stets als „Lösung humanitärer Fragen" bezeichne.

„Es mag die Größe des Problems gut umreißen, wenn man bedenkt, daß in der Zeit von 1950 bis 1973 insgesamt über 760 000 Aussiedler zu uns in die Bundesrepublik gekommen sind", erläuterte der Minister. „Mehr als 456 000 kamen aus dem heutigen polnischen Machtbereich, 84 000 aus der Tschechoslowakei, 84 000 aus Jugoslawien, 41 000 aus Rumänien, 32 000 aus der Sowjetunion (die baltischen Staaten und das Memelland mit eingeschlossen) sowie 10 000 aus Ungarn.

Von diesen Aussiedlern hat Bayern bis Ende 1973 rund 103 000 aufgenommen. Es steht damit hinter Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg im Spitzenbereich der deutschen Länder."

Die Situation seines Landes darstellend, erinnerte Dr. Pirkl daran, daß es in der ersten Zeit allein in Bayern acht Grenzlager gegeben habe, die „Anlaufstellen der Freiheit", in denen die Aussiedler ihre erste Aufnahme und Betreuung gefunden hätten, bis ihre Weiterleitung an den Aufnahmeort habe erfolgen können. Die Aufgaben dieser Einrichtungen seien inzwischen alle der Durchgangsstelle in Nürnberg übertragen worden, die mehrmals erweitert und modernisiert wurde. Als zweite Einrichtung dieser Art bestehe heute in der Bundesrepublik nur noch das Grenzdurchgangslager in Friedland bei Göttingen.

In seinen weiteren Ausführungen befaßte sich Minister Pirkl mit den Ergebnissen der Verträge von Warschau und Moskau. Er sagte: „Bei Abschluß der Verträge im Zuge der sogenannten Ostpolitik der Bundesregierung ist u. a. wohl versucht worden, einen günstigen Verlauf der Aussiedlung zu erreichen. In bezug auf Polen allerdings hat aber unterdessen allen Beteiligten klar werden müssen, daß dieser Versuch so oberflächlich und mit so untauglichen Mitteln unternommen worden ist, daß das Ergebnis heute geradezu als katastrophal bezeichnet werden muß.

Während zum Beispiel lange Jahre vor dem Abschluß des sogenannten Warschauer Vertrages mit der polnischen Regierung im Jahre 1957 über 98 000 und im Jahre 1958 sogar 117 000 Aussiedler von dort zu verzeichnen waren, stiegen die Zahlen nach vorübergehendem starkem Absinken nach Vertragsabschluß zwar auf 25 000 an, um dann im darauf folgenden Jahr 1972 auf 13 000 und 1973 weiter auf 9000 zurückzufallen. Im ersten Vierteljahr 1974 kamen sogar weniger als 1300 Aussiedler.

Wenn die zuständigen polnischen Behörden ihr Verhalten nicht grundlegend ändern, so werden wir in diesem Jahr nur einen geringen Bruchteil der 50 000 Deutschen hier begrüßen können, die für das Jahr 1974 von polnischer Seite angekündigt waren. Wenn man bedenkt, daß man von den auf etwa einer Million geschätzten Deutschen im Machtbereich der Regierung in Warschau mehr als 280 000 beim Deutschen Roten als Aussiedlungswillige registriert sind, so ist die bisherige Entwicklung als äußerst unbefriedigend zu bezeichnen."

HZ



Minister Dr. Fritz Pirkl überreicht Geschenke an die Aussiedlerfamilie Eichhorn

Foto Dorothee Radke

Dr. Albert Gerutis

Dem Westen näher als dem Osten

Die baltischen Staaten und die Verletzung ihres Selbstbestimmungsrechts durch die Sowjetunion

Schluß

So fiel sowohl die Hauptstadt Litauens als auch die Metropole Lettlands in den ersten Tagen des nun begonnenen Jahres 1919 in die Hände der Roten Armee. Auch ein beträchtlicher Teil Estlands wurde von der Roten Armee besetzt. In den besetzten Gebieten wurden einheimische bolschewistische Regierungen gebildet. Die sowjetische Regierung beeilte sich, diese roten Scheinregierungen formell anzuerkennen. Sie repräsentierten ja nach bolschewistischer Ansicht die „werktätige Bevölkerung" und nur diese war nach ihrer Ansicht berechtigt, das Selbstbestimmungsrecht auszuüben. So entstanden anfangs des Jahres 1919 auf den Gebieten aller drei baltischen Staaten, neben den nationalen Regierungen, dem Namen nach einheimische Sowjetregierungen, die von den Sowjets offen unterstützt und die ihr Dasein allein der militärischen Macht der Roten Armee verdankten.

Es gelang jedoch allen drei Völkern unter schwierigsten Bedingungen, eine Gegenwehr zu organisieren. Sie erhielten eine begrenzte Hilfe seitens der deutschen Formationen, die ein Interesse hatten, daß der bolschewistische Vorstoß nicht nach Deutschland getragen wurde. Eine gewisse Hilfe leistete die britische Flotte, da England daran interessiert war, daß die baltischen Häfen nicht in die bolschewistischen Hände fielen. Die Hauptlast trugen jedoch die baltischen Völker selbst. So begannen in allen drei baltischen Ländern die Freiheitskriege, die das ganze Jahr 1919 dauerten. Es gelang den in der Eile gebildeten kleinen Armeen, die Rote Armee, die ja stark demoralisiert war, aus ihren Territorien zu vertreiben.

Die Verträge von 1920

Das vom Bürgerkrieg und dem inneren Zerfall bedrohte Sowjetrußland sah sich gezwungen, mit den nun siegreichen kleinen baltischen Staaten Waffenstillstand einzugehen und sich mit deren Existenz abzufinden. Als erstes schloß Estland bereits am 2. Februar 1920 den Friedensvertrag mit Sowjetrußland ab. Am 12. Juli 1920 folgte der Friedensvertrag zwischen Litauen und Sowjetrußland. Am 11. August 1920 wurde der Friedensvertrag zwischen Lettland und den Sowjets abgeschlossen. Das „Wunder an der Weichsel" entschied im Sommer 1920 das Schicksals Polens (und wahrscheinlich auch das der baltischen Staaten). Am 18. März 1921 erfolgte der Friedensschluß zwischen Warschau und Moskau.

Als Fazit des entschiedenen Widerstandes und des Freiheitswillens wurde in den Jahren 1919 bis 1920 der Angriff seitens der Sowjets zurückgeschlagen und es entstanden freie Staaten: Finnland, Estland, Lettland, Litauen und Polen.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Proklamierung der Unabhängigkeit der drei baltischen Republiken ein echter Ausdruck des Selbstbestimmungsrechts seiner Völker war. Sie bewiesen den festen Willen, die Ausrufung der Unabhängigkeit in die Tat umzusetzen, indem sie den Kampf gegen die sowjetische Invasion aufnahmen und den Anschlag auf ihre Freiheit zurückschlugen. Die vom ganzen Volke in aller Freiheit gewählten Konstituanten bestätigten die Ausrufung der unabhängigen Staaten. Sie waren bestrebt, mit allen Staaten, darunter mit dem Nachbarlande Sowjetrußland, alias Sowjetunion, gute Beziehungen zu pflegen.

Man bezeichnete manchmal den Gürtel, der die Sowjetunion an ihrer westlichen Grenze umgab, als „cordon sanitaire". Die Regierungen der baltischen Staaten waren jedoch stets bestrebt, nicht als ein Riegel, sondern als eine Brücke zu dienen. Ihre Häfen standen allen Staaten frei, ihre Eisenbahnen dienten dem freien Verkehr zwischen West und Ost. Sie gingen auf jede Initiative ein, die dem Frieden dienen sollte. In den Friedensverträgen verzichtete die Sowjetunion freiwillig „auf ewige Zeiten" auf die Rechte, die das zaristische Rußland im Baltikum seinerzeit erworben hatte. Die baltischen Staaten waren nebst Sowjetunion Mitglieder des Völkerbundes, dessen Pakt den Krieg ächtete. Sie setzten mit anderen 63 Staaten, darunter der Sowjetunion, im Jahre 1928 ihre Unterschriften unter den Kellog-Briand-Pakt, der den Krieg als Instrument der Staatspolitik verurteilte. Sie unterzeichneten bilaterale Nichtangriffspakte mit der Sowjetunion. Alle Nachbarstaaten der Sowjetunion (Rumänien, Polen, Litauen, Lettland, Estland, die Türkei, Persien und Afghanistan) unterschrieben im Juli 1933 mit Moskau eine Konvention über die Definition der Aggression. Diese Vereinbarung umschrieb mit einer minutiösen Genauigkeit alle möglichen Aggressionsformen.

In diesem Zusammenhang wird es von größter Aktualität, die Präambel zu dieser Vereinbarung wörtlich zu zitieren, und zwar angesichts der in Genf vor sich gehenden europäischen Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit. Den Teilnehmern dieser Konferenz, inklusive der Sowjetunion, sollte heute die Präambel als Unterlage dienen, die bereits 1933, also vor genau 40 Jahren, schriftlich niedergelegt worden ist:

... „Estimant nécessaire, dans l'intérêt de la sécurité générale, de définir de manière aussi précise que possible l'aggression afin de prévenir tout pretexte pour sa justification;

Constatant que tous les Etats ont également droit à l'indépendance, à la sécurité, à la défense de leurs territoires, et au libre développement de leurs institutions;

Animés du désir, dans l'intérêt de la paix générale, d'assurer à tous les peuples l'inviolabilité du territoires de leurs pays;

Jugeant utile, dans l'intérêt de la paix générale, de mettre en vigueur entre leurs pays des règles précises définissant l'aggression, en attendant que oes dernières deviennent universelles ..." und so weiter, und so weiter. Die vor 40 Jahren niedergelegten Grundsätze haben nicht an ihrer Aktualität eingebüßt!

War der in den Friedensverträgen ausgesprochene Verzicht der Sowjetregierung auf das Baltikum aufrichtig? Waren die zahlreichen Friedensbeteuerungen echt? Wurden Unterschriften unter Verträge gesetzt mit dem Willen, die feierlichen Vereinbarungen tatsächlich einzuhalten? Oder war es nur ein „Atemholen", eine jener „Peredyschka", die bereits Lenin praktizierte und die nach Bedarf auf Abruf gehandhabt werden sollten?

Rückblickend kann man behaupten, daß alle Verträge, alle Beteuerungen von den Sowjets nicht als bindend betrachtet wurden. Sie dienten nur zur Irreführung der Partner. Das erstrebte Ziel war die Rückeroberung der vom zaristischen Rußland abgefallenen Völker. Die Balten sollten dasselbe Schicksal erfahren, wie Ukrainer, Weißruthenen, kaukasische Völker, mittelasiatische Völker.

Leider vergaß nicht nur der Westen, sondern dies taten auch die unmittelbar betroffenen Völker selbst, nämlich sie vergaßen eine Begebenheit, die sich in der Nacht auf den 1. Dezember 1924 in Tallinn (Reval) abspielte. Eine Handvoll estnischer Kommunisten versuchte in arglistiger Weise, die Macht mittels eines Putsches zu übernehmen, wenn auch nur für einige Stunden, da die „brüderliche Hilfe" aus dem nahen Leningrad bereitstand. Der Putsch schlug fehl, er zeigte aber, daß der Kreml so allem bereit war.

Es vergingen wieder 15 Jahre, aber Moskau hatte seine Ziele nur getarnt, sie jedoch keineswegs aufgegeben. Die Handhabe verschaffte das Aufkommen des Nationalsozialismus in Deutschland, das Säbelrasseln in Berlin. Nach München, nach dem Überfall auf die Rumpftschechoslowakei rafften sich die damaligen westlichen Großmächte endlich auf und suchten nach Möglichkeiten, die weitere Expansion des nationalsozialistischen Deutschland einzudämmen. In diese antinazistische Front sollte auch die Sowjetunion eingespannt werden. Es kam zu Verhandlungen in Moskau zwischen den westlichen Bevollmächtigten und den Sowjets. Bereits damals äußerte der Kreml gewisse Wünsche in bezug auf die baltischen Staaten und auf Durchmarschrecht in Polen. Der Westen war nicht gewillt, den zynischen Forderungen nachzugeben.

In dieser Lage wandte sich der Kreml an den Meistbietenden, an die Nationalsozialisten. Meine Generation hat die große Überraschung erlebt, als von Ribbentrop nach Moskau eilte und den „Nichtangriffspakt" am 23. August 1939 unterschrieb. Der Weg zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges war geebnet, Moskau hatte die Schleusentore geöffnet. Was man in diesem Moment nicht wußte oder was man bloß ahnen konnte, war das Geheimabkommen vom gleichen Datum, wonach das kommunistische Rußland und das nationalsozialistische Deutschland übereingekommen waren, die sie trennenden Staaten in ihre Einflußsphären aufzuteilen. Im Stile der imperialistischen Staaten des 19. Jahrhunderts über die Aufteilung der afrikanischen Kolonien vereinbarten der Kreml und die Wilhelmstraße, daß die Grenze zwischen Litauen und Lettland die Limite der Einflußsphären zwischen der Sowjetunion und Deutschland bilden werde. Mit anderen Worten blieb Litauen im deutschen Bereich, Lettland, Estland und Finnland dagegen fielen in die sowjetische Sphäre. Moskau beteiligte sich aktiv an der Teilung der polnischen Beute.

Am 28. September 1939 kam es zu einem zweiten Geheimabkommen zwischen Moskau und Berlin. Im Austausch gegen das Lubliner Gebiet kam nun ganz Litauen in die sowjetische Einflußsphäre, wobei der Kreml sich bereit erklärte, für die Beute Litauen 7,5 Millionen Dollar als Abfindung zu zahlen, also genau dieselbe Summe, die Amerika seinerzeit für Alaska an Rußland bezahlte. Man kann sich kaum einen zynischeren Handel in der modernen Geschichte vorstellen als denjenigen, den Moskau mit Berlin betrieb.

Moskau beeilte sich nun, den eingehandelten Preis einzutreiben. Durch ultimative Forderungen sahen sich die drei baltischen Staaten gezwungen, Verträge über den gegenseitigen Beistand mit der Sowjetunion abzuschließen, wobei Moskau das Recht eingeräumt erhielt, auf den Territorien der baltischen Staaten eine beschränkte Zahl von militärischen Garnisonen einzurichten.

Man erinnert sich, daß Finnland die Forderung nach einem sowjetischen Stützpunkt auf seinem Territorium ausschlug und darauf von der Roten Armee überfallen wurde. Wegen des Überfalles wurde übrigens die Sowjetunion aus dem damaligen Völkerbund ausgestoßen.

Nach der Einverleibung der östlichen Gebiete Polens und der Erzwingung der sowjetischen Garnisonen auch auf dem finnischen Territorium schritt nun Moskau in dem Moment, als die deutschen Armeen die Maginot-Linie durchbrachen und Paris besetzten, zu einem zweiten Schlage gegen die baltischen Staaten. Unter fadenscheinigen Vorwänden präsentierte Moskau Mitte Juni 1940 auf 24 Stunden befristete ultimative Forderungen und zur gleichen Zeit überfluteten sowjetische Divisionen die drei Länder, übrigens auch die rumänische Provinz Bessarabien.



Die Petrikirche in Riga ...

Der Wille der Völker wurde auf das gröblichste verfälscht

Was nach der militärischen Besetzung der drei baltischen Staaten folgte, war für die sowjetische Politik nicht weniger bezeichnend. Nach der Einsetzung gefügiger prokommunistischer Regierungen gingen nun die Moskauer Machthaber dazu über, den Willen der einheimischen Bevölkerung zu fälschen. Unter den Bedingungen des installierten Terrorregimes wurden „Wahlen" zum „Volksparlament" inszeniert. Nach erprobten sowjetischen Methoden wurde nur eine einzige prokommunistische Liste aufgestellt mit soviel Kandidaten wie Sitze vorgesehen. Auf solche Weise bestellte „Volksparlamente" beschlossen die Ausrufung der Sowjetrepubliken. Es sei vermerkt, daß vor den Bestellungen der „Volksparlamente" keine Rede davon war, daß die Kryptoparlamente vor solche schicksalsschwere Fragen gestellt würden, wie die Umwandlung der Freistaaten Litauen, Lettland und Estland in Sowjetrepubliken, die zudem in der Sowjetunion aufgehen sollten. Tatsächlich wurden die drei baltischen Staaten im August 1940 als Unionsrepubliken in die Sowjetunion aufgenommen.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß sowohl die Wahlfarce als auch die Ausrufung der Sowjetrepubliken eine krasse Fälschung des Volkswillens darstellten. Die Sowjetunion hat nicht nur alle Verträge, die sie mit den baltischen Staaten verbanden, gebrochen. Sie hat auch den Willen der betreffenden Völker auf das gröblichste gefälscht, indem sie die schändlichen „Wahlen" unter den Bedingungen der militärischen Besetzung und unter Anwendung des schlimmsten Terrors vortäuschte. Die Ausrufung der Sowjetrepubliken war keineswegs der freie Ausdruck des Willens der baltischen Völker. Moskau und dessen einheimische Werkzeuge haben den Willen der Völker usurpiert. Durch seine Machenschaften hat Moskau das Selbstbestimmungsrecht der baltischen Völker kraß verletzt.

Der aus der Sowjetunion abgeschobene Nobelpreisträger Alexander Solschenizyn schildert in seinem „Archipel Gulag" das Schicksal zahlreicher Balten, die er in seiner eigenen Verbannung kennenlernte, darunter die Leiden eines Esten, der von kriminellen Mitverbannten arg mißhandelt wird.

Aber im denselben Buch finden wir auch eine andere Schilderung, nämlich Gespräche Solschenizyns mit dem ebenfalls verbannten estnischen Rechtsanwalt Susi, der den zukünftigen Nobelpreisträger zum ersten Male in die Begriffe der abendländischen Demokratie, in das parlamentarische Leben nach westeuropäischem Muster einführte. Der Verfasser gesteht in seinem Buch: „Und obwohl es mir früher niemals eingefallen wäre, mich mit Estland abzugeben oder gar mit der bürgerlichen Demokratie, bin ich jetzt ganz Ohr über seine verliebten Berichte über die zwanzig freien Jahre dieses stillen, gelassenen und arbeitsamen kleinen Volkes, dessen Männer hochgewachsen, dessen Bräuche behäbig und gründlich sind; ich lasse mir die aus bester europäischer Erfahrung gewonnenen Grundsätze der estnischen Verfassung erklären und die Arbeit der hundert Mann starken einzigen Kammer ihres Parlamentes, und ich weiß nicht, wozu, aber es beginnt mir dies alles allmählich zu gefallen, es begeinnt dies alles auch in meiner Erfahrung sich niederzuschlagen."

Der mit der abendländischen Welt vertraute estnische Rechtsanwalt Susi hat die politische Bekehrung eines Alexander Solschenizyns bewirkt. Die in der ganzen sowjetischen Praxis nie dagewesene Tatsache, daß eine Petition an den UNO-Generalsekretär in Litauen über 17 000 Unterschriften auf sich vereinigen konnte, ist ein neuer Beweis, daß in den baltischen Staaten neue, westeuropäisch anmutende Formen der Auflehnung gegen die sowjetische Herrschaft im Entstehen begriffen sind. Eine Petition mit so hoher Unterschriftenzahl kann ebenfalls als eine wirksame Demonstration dafür gelten, daß die Besetzung der baltischen Staaten durch die Sowjetunion im krassen Widerspruch zum Selbstbestimmungsrecht der Völker steht. Kann der über acht Jahre nach der Beendigung des Krieges geführte Partisanenkrieg in Litauen und Lettland nicht als ein Plebiszit für die Selbstbestimmung dieser Völker gelten?



... wie das litauische Kaunas (Kowno) tragen ein europäisches Gesicht

Fotos (2) Archiv

Wir gratulieren...

zum 93. Geburtstag

Deffke, Friedrich, Postbetriebs-Assistent, aus Nordenburg, Kreis Gerdauen, Lange Straße 131, jetzt 1 Berlin 41, Riemenschneiderweg 6, am 11. Juli

zum 92. Geburtstag

Zolleck, Martha, geb. Neuhaus, aus Rockeln bei Schönbruch, Kreis Bartenstein, jetzt 5441 Möntenich bei Brohl/Mayen, am 2. Juli

zum 90. Geburtstag

Brodowski, Auguste, aus Klein-Lasken, Kreis Lyck, jetzt 7703 Rielasingen, Gottmadinger Straße 6, am 7. Juli

zum 88. Geburtstag

Kopka, Elisabeth, geb. Kowalewski, aus Schwenten, Kreis Angerburg, jetzt 3138 Dannenberg, Lüchower Straße 70, am 8. Juli

Laschkowski Charlotte, geb. Sembritze, aus Kehlen, Kreis Angerburg, jetzt 2249 Petersdorf, am 9. Juli

Zimmermann, Emilie, aus Sensburg, Teichstraße 12, jetzt 46 Dortmund-Brünninghausen, Mergelteichstraße 10, am 11. Juli

zum 87. Geburtstag

Feders, Luise, aus Heiligenbeil, Bahnhofstraße 1, jetzt 3 Hannover, Biesterstraße 15, am 25. Juni

Kock, Gustav, aus Seestadt Pillau, Oberst-v.-Hermann-Straße 1, jetzt 607 Langen, Annastraße 33, am 5. Juli

Plaga, Henriette, aus Lötzen, jetzt 53 Bonn-Venusberg, Birkenweg 2, am 11. Juli

Schmarowski, Roland, aus Loyen, Kreis Lyck, jetzt 5401 Buchholz, Bahnhof, Heidestraße 31, am 11. Juli

zum 86. Geburtstag

Grenz, Anna, geb. Kundoch, aus Kehlen, Kreis Angerburg, jetzt 4 Düsseldorf-Grafenberg, Grafenberger Allee 400, am 11. Juli

Grönbeck, Luise, geb. Ristau, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, jetzt 753 Pforzheim, Frankstraße 9, Paul-Gerhard-Haus, am 12. Juli

Lendzian, Charlotte, aus Neuendorf, Kreis Lyck, jetzt 61 Darmstadt, Mollerstraße 25 (bei Ludwig), am 12. Juli

Szallies, Georg, Forstsekretär, aus Norkaiten, Kreis Heydekrug, jetzt 694 Weinheim (Bergstraße), Hauptstraße 185 (bei Albrecht), am 7. Juli

Tarrach, Julius, aus Wieskotten, Kreis Angerburg, jetzt 24 Lübeck-Dornbreite, Eckhorster Straße 30, am 8. Juli

zum 85. Geburtstag

Borbstädt, Elisabeth, geb. Schlegelberger, aus Neuhof, Lasdehnen, Kreis Pillkallen, jetzt 2352 Bordesholm, Im Winkel 9, am 6. Juli

Deblitz, Walter, Regierungsrat i. R., aus Königsberg, jetzt 5470 Andernach, Postfach 549, am 26. Juni

Klein, Berta, geb. Kerwien, aus Königsberg, Sackheimer Mittelstraße 6, jetzt 244 Oldenburg, Hoheluftstraße 18, am 7. Juli

Redzanowski, Emma, aus Königsberg, Hinter Roßgarten, jetzt 24 Lübeck, Bunte-Kuh-Weg, Quellenhof, Haus 2, am 9. Juli

Scheer, Liesbeth, aus Tilsit, jetzt 232 Eutin, Waldstraße 6, DRK-Altenheim, am 12. Juli

Stoermer, Walter, aus Königsberg, Lizentstraße 3, jetzt 2 Hamburg 70, Bärenallee 25, Alterspension, am 7. Juli

zum 84. Geburtstag

Bourdos, Margarete, aus Tilsit, Clausiusstraße 39, jetzt 51 Aachen, Beethovenstraße 14, am 10. Juli

Breyer, Friedrich, aus Allenstein, Liebstädtstraße 21a, jetzt 607 Langen (Hessen), Lange Straße 9 II, am 8. Juli

Konietzka, Marie, aus Malshöfen, Kreis Neidenburg, jetzt 465 Gelsenkirchen, Graskamp 53, am 13. Juli

Markwald, Otto, aus Heidekrug, jetzt 293 Varel, Hafenstraße 37, am 7. Juli

zum 83. Geburtstag

Galda, Anna, aus Neuendorf, Kreis Lyck, jetzt 2050 Glinde, Willingshauser Weg 59, am 10. Juli

Grenda, Robert, Buchdruckermeister, aus Johannisburg, Markt 10, jetzt 233 Eckernförde, Dr.-Karl-Möller-Platz 1, am 12. Juli

Harmgarth, Max, aus Mühlhausen, Kreis Preußisch-Eylau, jetzt 655 Bad Kreuznach, Theodorhalle 22, Altenheim, am 6. Juli

Hellgardt, Dr. Hans, aus Lyck, jetzt 29 Oldenburg, Julius-Mosen-Platz 3, am 5. Juli

Penningus, Elisabeth, geb. Zolleck, aus Geroldswalde, Angerburg, jetzt 2211 Lägerdorf, Rethwischstraße 7, am 9. Juli

Salamen, Auguste, aus Rastenburg, Rosenthaler Weg Nr. 52, jetzt 563 Remscheid, Hulskestraße 46, am 7. Juli

Willimzik, Ida, geb. Stenzel, aus Angerburg, jetzt 22 Elmshorn, Turmstraße 14, am 8. Juli

zum 82. Geburtstag

Baumgart, Fritz, aus Pillau I, Russendamm 10, jetzt 2406 Stockelsdorf, Dorfstraße 7c, am 8. Juli

Kasten, Elisabeth, aus Angerburg, jetzt 3307 Schöppenstedt, Braunschweiger Straße 23 b, am 8. Juli

Küßner, Fritz, Kammerdiener i. R., aus Königsberg, Ballieth, Feldmühle, Werk Sackheim, jetzt 8660 Münchberg, Tannenweg 8, am 10. Juli

Liskin, Frieda, aus Preußisch-Eylau, Obere Schloßstraße 136, jetzt 2 Hamburg 26, Quellenweg 1, am 3. Juli

Lukas, Ida, geb. Siegel, aus Ortelsburg, jetzt 7743 Furtwangen, Kreutzerstraße 1, am 27. Juni

Schmidt, Eduard, Bauer und Bürgermeister aus Texeln, Kreis Goldap, jetzt 2201 Klein-Nordende, Am Redder 82, am 9. Juli

Schöler, Anna, geb. Witt, aus Pillau II, Große Fischerstraße, jetzt 2373 Schacht-Audorf, Rotdornallee 19, am 13. Juli

Stankewitz, Ida, geb. Kickstein, aus Angerburg, Reckliesstraße, jetzt 233 Eckernförde, Diestelkamp Nr. 81, am 4. Juli

zum 81. Geburtstag

Bojahr, Frieda, geb. Schweichler, aus Pobethen, Kreis Samland, jetzt 244 Oldenburg, Kremsdorfer Weg Nr. 42, am 9. Juli

Borkowski, Emilie, geb. Borutta, aus Rumau, Kreis Ortelsburg, jetzt 31 Celle, Schulzestraße 20, am 6. Juli

Kühn, Otto, aus Spierken, Elchniederung, jetzt 24 Lübeck-Eichholz, Tannenkoppel 20, am 10. Juli

Lange, Willy, aus Tilsit, Schlageterstraße 22, jetzt 7924 Steinheim a. Albuch, Albuchstraße 38, am 9. Juli

Rehra, Anna, aus Sprindenau, Kreis Lyck, jetzt 483 Gütersloh, Nordweg 21, am 13. Juli

Stach, August, aus Gilgenau bei Passenheim, Kreis Ortelsburg, jetzt 2407 Bad Schwartau, Schmiedekoppel 12, am 8. Juli

Woita, Dr., aus Lyck, jetzt 28 Bremen, Karl-Lerbs-Straße 2, am 5. Juli

zum 80. Geburtstag

Bluhm, Maria, Schneiderin, aus Braunsberg, Mühlenstraße 1, jetzt 233 Eckernförde, Breslauer Straße 7, am 10. Juli

Brettschneider, Marie, aus Millau, Kreis Lyck, jetzt 24 Lübeck, Rüberkoppel 5, am 11. Juli

Bronsert, Karl, aus Angerburg, jetzt 405 Mönchengladbach, Karl-Kämpf-Straße 23, am 12. Juli

Fox, Rosa, geb. Petter, aus Korschen, Mittelstraße 10, jetzt 56 Wuppertal 11, Haeselerstraße 63, am 7. Juli

Gurreck, Bernhard, jetzt 2394 Satrup, Behlingshof 13, am 30. Juni

Lehnert, Kurt, aus Neuendorf, Elchniederung, jetzt zu erreichen über Georg Palloks, 2 Hamburg 65, Auf der Koppel 11, am 13. Juli

Mattulat, Lydia, Hebamme, geb. Woska, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, jetzt 285 Bremerhaven, Bremer Straße 9, am 10. Juli

Michalleck, Joseph, aus Kalborn, Kreis Allenstein, jetzt 24 Lübeck, Pommernring 18 f, am 11. Juli

Stasch, Luise, aus Angerburg, jetzt 3139 Hitzacker, Lüneburger Straße 39, am 9. Juli

Stöhr, Elisabeth, aus Bischofsburg, jetzt 238 Schleswig, Carstensstraße 31, am 11. Juli

zum 75. Geburtstag

Adamheit, Lotte, geb. Zube, aus Elbing, Fichtestr. 26, jetzt 31 Celle, Welfenallee 18, am 9. Juli

Dallinat, Frieda, geb. Kamann, aus Ragnit, Schützenstraße, jetzt 3 Hannover, Goldener Winkel 4, am 6. Juli

Fieberg, Clara, geb. Arendt, aus Mehlsack, Schlageterstraße 1, jetzt 8060 Dachau, Sudetenlandstraße 49, am 1. Juli

Grommek, Alfred, Molkereiverwalter, aus Haselberg, Kreis Schloßberg, jetzt 24 Lübeck, Brucknerstr. 10, am 30. Juni

Heyland, Helene, aus Angerburg, jetzt 208 Pinneberg, Richard-Köhn-Straße 26, am 11. Juli

Hitz, Minna, aus Jorken, Kreis Angerburg, jetzt 7591 Fautenbach, Hauptstraße 80 d, am 8. Juli

Joppien, Gertrud, geb. Schupp, aus Königsberg, jetzt 8804 Dinkelsbühl, Karl-Ries-Straße 14, am 1. Juli

Kirschke, Otto, aus Pillau-Camstigall, Marinesiedlung, jetzt 8 München, Konrad-Dreher-Straße 18, am 7. Juli

Kleidschun, Walter, aus Königsberg, Schreberstr. 24, jetzt 2304 Laboe, Buerbarg 4, am 4. Juli

Leeder, Gertrud, aus Pillau-Neutief, j. 28 Bremen 44, Baseler Straße 22, am 9. Juli

Maleike, Martha, geb. Kuprat, aus Kallnen, Kreis Angerapp, jetzt 2261 Emmelsbüll-Elenenhof, am 1. Juli

Samland, Gertrud, aus Rossitten, Preußisch-Eylau, jetzt 24 Lübeck, Dornestraße 63, am 9. Juli

zum 70. Geburtstag

Biermann, Heiner, Dr. med. vet., Schlachthofdirektor, aus Gumbinnen, jetzt 2 Hamburg 55, Sülldorfer Kirchenweg 179, am 8. Juli

Brommont, August, aus Gumbinnen, Stallupöner Str., jetzt 1 Berlin 21, Flensburger Straße 8, am 13. Juli

Dommasch, Emma, geb. Stepputtis, aus Schäcken, Memelland, jetzt 2 Hamburg 71, Hegholt 40 f, am 28. Juni

Hein, Bruno, aus Schirwindt, jetzt 1 Berlin 51, Ribbeweg 36, am 6. Juli

Laurenat, Frau, geb. Neumann, aus Pillau II, Fort Stiehle, jetzt 23 Mönkeberg, Grüne Kante 7, am 10. Juli

Marius, Heinrich, aus Grabnick, Kreis Lyck, jetzt 2359 Ulzburg, Sportplatz, am 12. Juli

Möller, Friedrich, aus Klein-Kutten, Kreis Angerburg, jetzt 32 Hildesheim, Stettiner Straße 8, am 9. Juli

Neubacher, Martha, aus Rautenberg, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt 238 Schleswig, Memeler Straße 8, am 13. Juli

Plewka, Gertrude, geb. Scharries, aus Königsberg, Hinterlomse, jetzt 581 Witten (Ruhr), Kohlensiepen 77, am 10. Juli

Scharfetter, Grete, geb. Scharfetter, aus Memel, Sembritzkistraße 9, jetzt 2160 Stade, Nettelbeckweg 9, am 5. Juli

zur Diamantenen Hochzeit

Haug, Karl und Frau Martha, geb. Rutkowski, aus Moythienen, Kreis Sensburg, jetzt 797 Leutkirch (Allgäu), Luginslandweg 9, am 3. Juli

Wetzke, Karl und Frau Johanne, geb. Penkwitz, aus Glauthienen, Kreis Preußisch-Eylau, jetzt 2201 Kiebitzreihe, Rosenstraße 11, am 5. Juli

zur Goldenen Hochzeit

Skibowski, Otto, Kreisvertreter Lyck, und Frau Elma, geb. Tanzberg, jetzt 3575 Kirchhain 1, Postfach 113, am 24. Juni

Thimm, Bernhard und Maria, geb. Masuch, aus Königsberg, Tiefenbachstraße 7a, jetzt 7806 Ebnet, Schwarzwaldstraße 2 a, am 28. Juni

zum Abitur

Bartschat, Ingrid (Hans Bartschat aus Parwen, Kreis Elchniederung, und Frau Irmtraut, geb. Nehring, aus Lindenwiese, Kreis Angerburg), jetzt 5251 Linde, Dörlerstraße 14, hat am Otto-Gymnasium in Bensberg das Abitur bestanden

Drochner, Ulrich (Kurt Drochner und Frau Käte, geb. Schweißing, aus Schlichtingen, Kreis Elchniederung, und Fuchsberg, Kreis Samland), jetzt 773 Villingen, Freiburger Straße 69

Fahl, Barbara (Paul Fahl, Bau-Ing., grad., aus Allenstein, und Frau Brigitte, geb. Kölsche), jetzt 599 Altenau, Grennigloher Weg 19, am Neusprachlichen Gymnasium für Mädchen in Altena

Frenkler, Karin (Gustav Frenkler, Bundesbahn-Obersekretär i. R., und Frau Hildegard, geb. Wannags, aus Schillen, Bahnhof), jetzt 2323 Ascheberg, Schulstraße 7, am Fachgymnasium in Preetz

Hansen, Joachim (Werner Hansen und Frau Elli, geb. Schrade, aus Königsberg), jetzt 423 Wesel, Neue Stege 12, am städt.-neusprachlichen Theodor-Heuss-Gymnasium in Dinslaken

Kallweit, Hilmar (Kallweit, Otto, Regierungs-Oberamtmann i. R., und Frau Margarete, geb. Piorek, aus Lyck, Rastenburg und Königsberg), jetzt 7 Stuttgart, Rathenaustraße 13, am Eberhard-Ludwigs-Gymnasium in Stuttgart

Obersteller, Andreas (Gerd Obersteller und Frau Eva, geb. Gohlke, aus Labiau, Am Fischmarkt 2/3), jetzt 2057 Wentorf, Hamburger Landstraße 25, am Gymnasium in Wentorf

Probian, Bernhard (Gerhard Probian, Zollamtmann, aus Königsberg, und Frau Elisabeth, geb. Karwacki, aus Helmstedt), jetzt 33 Braunschweig, Herzogin-Elisabeth-Straße 26, an der Raabe-Schule in Braunschweig

Rave, Ortwin (Albert Rave † und Frau Edith †, geb. Allenstein, aus Königsberg/Ludwigswalde), jetzt bei Anna Allenstein, 7407 Rottenburg a. N., Burggasse 31

Schleef, Friedrich-Wilhelm, (Wilhelm Schleef und Frau Gilda, geb. Schmelz, aus Seidlershöhe und Klein-Warningken, Kreis Schloßberg), jetzt 452 Melle 7, Döhren

Will, Sabine (Herbert Will und Frau Waltraud, geb. Mischel, aus Königsberg und Martinshagen, Kreis Lötzen), jetzt 2301 Raisdorf, Berliner Straße 4, am Friedrich-Schiller-Gymnasium in Preetz

Zelinsky, Eberhard (Walter Zelinsky, Regierungsbaudirektor Dipl.-Ing. †, und Frau Liselotte, geb. Riedel, aus Königsberg und Heiligenbeil), jetzt 84 Regensburg 4, Am Blumenrain 2, am Albertus-Magnus-Gymnasium in Regensburg

zur Beförderung

Goden, Erhard (Otto Goden und Frau Martha, geb. Gnass, aus Osterode, Wilhelmstraße 7 b), jetzt 53 Bonn-Duisburg, Bonhoefferstraße 8, ist zum Oberamtsrat befördert worden

zur Berufung

Obersteller, Gerd, aus Labiau, Fischmarkt 2/3, jetzt 2057 Wentorf, Hamburger Landstraße 25, wurde zum ehrenamtlichen Richter beim Sozialgericht Hamburg berufen.

Noch zehn Tage Zeit . . .

. . . haben Sie, um sich an unserer Aktion „Osterhase" zu beteiligen. Haben Sie das Angebot, das wir Ihnen in unserer Osterausgabe machten, eigentlich richtig erkannt? Wer fleißig neue Abonnenten für das Ostpreußenblatt wirbt, hat die Chance, schöne Preise zu gewinnen: Ein tragbares Fernsehgerät, einen Plattenspieler oder eine Polaroid-Sofortbildkamera. Reizt Sie das nicht?

Das Besondere an unserem Angebot ist, daß Sie nicht unbedingt einzeln werben brauchen, sondern daß Sie sich innerhalb Ihrer landsmannschaftlichen Gruppe zu diesem Zweck zusammenschließen können. Fällt Ihnen dann einer der schönen Preise zu, so bieten sich vielfältige Möglichkeiten: Sie können den Gewinn zur Gestaltung Ihrer Gruppenabende nutzen. Sie können damit aber auch ein verdientes Mitglied ehren oder aber — das dürfte die Kassenwarte interessieren — auf diese oder jene Weise die Gruppenkasse aufbessern. Wie — das bleibt Ihnen überlassen.

Noch ist es Zeit. Alle Bestellungen, die bis Montag, 15. Juli (Datum des Poststempels), mit dem Kenntwort „Osterhase" bei uns eingehen, werden noch berücksichtigt.

Bitte, denken Sie an diesen Termin und schreiben Sie uns gegebenenfalls, wer sich aus Ihrer Gruppe zur Werbung zusammengeschlossen hat.

Ihre Werbeprämie erhalten Sie auf alle Fälle, wenn Sie nicht einen der Hauptpreise gewinnen. Wählen Sie bitte aus dem nachstehenden Angebot.

Für die Werbung eines neuen Dauerbeziehers:

Der redliche Ostpreuße
Postkartenkalender;
Ostpreußenkarte mit farbigen Städtewappen;
Provinzkarte Ostpreußen 1 : 300 000;
drei Elchschaufelabzeichen, Metall, versilbert;
Vierfarbkugelschreiber mit Prägung DAS OSTPREUSSENBLATT;
Autoschlüsselanhänger mit Elchschaufel;
Wandteller 12,5 cm Durchmesser mit Elchschaufel;
Brieföffner mit Elchschaufel;
Bildband „Ostpreußen" (Langewiesche Bücherei);
„Die aus dem Osten kamen" (authentischer Bericht aus Tagebüchern und Erinnerungen zusammengestellt);
„Christoph Pankratius Mieserich unter den Seligen", von Hugo Wellems;
„Der Zauberer Gottes", von Paul Fechtner;
„Mein Lied, mein Land", Liederbuch;
Die Dokumentarbände:
„Sie kamen übers Meer",
„Die letzten Stunden daheim";
„Schicksal in sieben Jahrhunderten";
„Land der dunklen Wälder" Schallplatte.
„Suldoatkespäle un Kommiß" — Mundart-Schallplatte;

Für zwei neue Dauerbezieher:

Gasfeuerzeug mit Elchschaufel;
„Heimat, Heimat!" Roman. Schicksal des Bruchhofes an der Grenze, von Richard Skowronnek.
Großbildband „Königsberg in 144 Bildern";
„Das Samland in 144 Bildern";
„Das Ermland in 144 Bildern";
„Masuren in 144 Bildern";
„Von Memel bis Trakehnen in 144 Bildern";
Schwarze Wandkachel, 15 x 15 cm, mit Elchschaufel, Adler, Königsberger Schloß oder Wappen ostpreußischer Städte;
Wappenteller, 20 cm Durchmesser.

Für drei neue Dauerbezieher:

„Die Pferde mit der Elchschaufel", von D. M. Goodall;
„Land voller Gnade" von Günther Schwab über Wälder, Wasser und Wildnis;
Wappenteller, 25 cm Durchmesser.

Für vier neue Dauerbezieher:

„Der große König" von Hans Heyck, I. Band, Ganzleinen, 352 Seiten.

Für fünf neue Dauerbezieher:

Schöner Kupferstich Ost- und Westpreußen (z. Z. Friedrich Wilhelm I.), Bildgröße 55 x 47 cm.

Bestellung — **Das Ostpreußenblatt**

Die Zeitung erscheint wöchentlich

Neuer Bezieher: ____________________

Genaue Anschrift: ____________________

Letzte Heimatanschrift (für die Kreiskartei) ____________________

Werber (oder Spender bei Patenschaftsabon.) Name und Anschrift: ____________________

Gewünschte Werbeprämie: ____________________

Die Bestellung gilt ab sofort / ab ____________ bis auf Widerruf.

Bezugsgebühr monatlich DM 4,—. Zahlung soll im voraus erfolgen für

☐ ¼ Jahr DM 12,— ☐ ½ Jahr DM 24,— ☐ 1 Jahr DM 48,— durch

☐ Dauerauftrag oder Einzelüberweisungen auf das Postscheckkonto 84 26 - 204 in Hamburg oder auf das Konto 192 344 (BLZ 200 500 00) bei der Hamburgischen Landesbank.

☐ gebührenfreien Einzug vom Konto des ☐ Beziehers ☐ Spenders

Nr. ____________ bei: ____________ 27

☐ monatlichen Bareinzug beim Bezieher durch die Post.

Das Ostpreußenblatt 2 Hamburg 13 · Postfach 8047
Parkallee 84 · Tel. (040) 452541 / 42

Aus der landsmannschaftlichen Arbeit in . . .

BERLIN

Vorsitzender der Landesgruppe: Werner Guillaume, 1 Berlin 61, Stresemannstraße 90, Haus der ostdeutschen Heimat. Telefon 0 30 / 2 51 07 11

21. Juli, 16 Uhr, Heimatkreis **Sensburg:** Kreistreffen, Rixdorfer Krug, 1 Bln. 44, Richardstraße 31 (U-Bahn Karl-Marx-Straße, Busse 4, 64, 77). Aussprache über Dampferfahrt.

HAMBURG

Vorsitzender der Landesgruppe: Fritz Scherkus, Hamburg. Geschäftsstelle: Hugo Wagner, 2 Hamburg 74, Triftkoppel 6. Telefon 0 40 / 7 32 94 68.

Heimatkreisgruppen

Osterode — Es wird schon jetzt darauf hingewiesen daß zu dem Heimattreffen des Kreises in der Patenstadt Osterode am Harz am 31. August und 1. September ab Hamburg wieder ein Sonderbus eingesetzt wird. Landsleute, die an der Fahrt teilnehmen wollen, melden sich bitte bei Otto Goden, 2 HH 13, Rappstraße 4. Fahrpreis für Hin- und Rückfahrt pro Person 23,— DM (mit der Bundesbahn 69,— DM). Abfahrt am Hamburg ZOB, Bahnsteig 0, Sonnabend, 31. August, 7.15 Uhr. Rückkehr Sonntag, 1. September, gegen 22 Uhr.

Frauengruppen

Memelland — Sonnabend, 13. Juli, 13.30 Uhr, trifft sich die Frauengruppe an den Landungsbrücken zur Fahrt nach Finkenwerder.

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vorsitzender der Landesgruppe: Günter Petersdorf Kiel. Geschäftsstelle: 23 Kiel, Wilhelminenstr. 47/49, Telefon 04 31/4 02 11.

Ratzeburg — Dienstag, 9. Juli, 17 Uhr, im Rauchfang, Stammtischrunde.

BREMEN

Vorsitzender der Landesgruppe: Gerhard Prengel, 2871 Varrel II, Alter Postweg, Telefon 0 42 21/7 26 06.

Bremen — Im Juni unternahm die Frauengruppe ihren traditionellen Ausflug. Frau Todtenhaupt hatte in mühevoller Kleinarbeit dafür gesorgt, daß alles reibungslos verlief. In zwei Bussen, die Frauengruppe Bremen-Nord hatte sich angeschlossen, ging es nach Ibbenbüren, eine Stadt mit 20 000 Einwohnern in der Nähe von Osnabrück. Sie hat eine Glasindustrie, Weberei und Steinkohlenbergbau. Es wäre interessant gewesen, dieses Städtchen näher kennenzulernen, aber dazu reicht die Zeit bei solchen Ausflügen nie. So beschränkte man sich auf das Gasthaus zum Märchenwald und seiner Umgebung. Nach dem Mittagessen blieb genügend Zeit, sich den Märchenwald — der tatsächlich existierte — anzuschauen. Erstaunlich, wieviele Erwachsene sich für diese Ausstellung begeisterten. In großen Glasvitrinen bzw. in kleinen massiven Häuschen waren die einzelnen Märchen dargestellt. Ein Lob dem Aussteller. Mit einer Miniatureisenbahn wurde eine Rundfahrt gemacht, auch sie führte zu Heiterkeit. Das Wetter war gut,, und so konnte sich jeder Teilnehmer entweder an den Kaskaden mit einem Wasserfall erfreuen oder Spaziergänge unternehmen, oder eine Wasserfontäne betrachten. Zum Kaffeetrinken war Dinklage gewählt. Dort gab es eine kleine Sensation: Zwei Damen saßen beim Kaffeetrinken nebeneinander, und nach einer Weile stellten sie fest, vor 50 Jahren hatten sie gemeinsam ein Kindergärtnerinnenseminar in Königsberg (Pr) besucht. Sie hätten sich durch die äußere Erscheinung nicht mehr erkannt, nur durch das Gespräch und durch fragen nach dem Heimatort klärte sich dieser Fall. Die Freude war natürlich groß.

NIEDERSACHSEN

Vorsitzender: Fredi Jost. West: Fredi Jost, 457 Quakenbrück, Hasestraße 60, Telefon 0 54 31 / 35 17. Nord: Werner Hoffmann, 3112 Ebstorf, Max-Eyth-Weg 3, Telefon 0 58 22 / 8 43. Süd: Horst Frischmuth, 3 Hannover 1, Hildesheimer Straße 119, Telefon Nr. 05 11 / 80 40 57.

Braunschweig — Die Versammlung am 10. Juli fällt wegen Betriebsferien des Lokals aus. Nächste Zusammenkunft deshalb Mittwoch, 14. August, 20 Uhr, im Kolpinghaus, Kasernenstraße 30.

Dissen — Im Rahmen ihrer Kulturveranstaltungen luden die ostdeutschen Gruppen zu einem Kant-Vortrag nach Bad Rothenfelde ins Kurhaus ein. Referent war Rektor Gustav Gorontzi, Osnabrück, der es ausgezeichnet verstand, in aufgelockerter und humorvoller Art seinen Zuhörern die wesentlichsten Stationen aus Leben und Werk des großen ostpreußischen Philosophen Immanuel Kant vorzutragen. Die musikalische Umrahmung des Abends gestaltete das Streichquartett des Kurorchesters mit dem „Kaiserquartett". Louis-Ferdinand Schwarz von den Ost- und Westpreußen konnte insbesondere den Bad Rothenfelder Bürgermeister, Martin Schomborg, mit Gattin begrüßen.

Oldenburg — Mittwoch, 10. Juli, Halbtagsfahrt der Frauengruppe zum Vogelpark Westerstede. — Donnerstag, 15. August, Monatsversammlung der Kreisgruppe mit einem Diavortrag. — Sonntag, den 1. September, Tagesausflug der Kreisgruppe. Das Ziel wird noch bekanntgegeben. — In der Veranstaltung der Frauengruppe hielt Friedrich-Karl Witt, Rethem (Aller), einen interessanten Vortrag über Nicolaus Copernicus. Der Vortragende verstand es ausgezeichnet, den sehr zahlreich Erschienenen das Leben und Wirken dieses bedeutenden Mannes an Hand von vielen Dias zu veranschaulichen. Im Juni unternahm die Kreisgruppe einen Ausflug zur Dechenhöhle bei Iserlohn. Im weiteren Verlauf des Ausflugs wurden die Sorpe- und die Möhnetalsperre aufgesucht. Dank der gut verteilten Essens- und Ruhepausen und der humorvollen Erklärungen unseres Reiseleiters, Landmann, Krüger, gab es trotz der weiten Fahrt keine Ermüdungserscheinungen.

NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender der Landesgruppe: Harry Poley, Duisburg. Stellvertreter: Erich Grimoni, Detmold. Geschäftsstelle: 4 Düsseldorf, Duisburger Straße 71, Telefon 02 11/48 26 72.

Bochum — Frauengruppe: Dienstag, 9. Juli, 15.30 Uhr, in der Kath. Familienbildungsstätte, Mütterschule, Vödestraße 37, kommt die Gruppe zusammen. In einer Diareihe wird die Heimat gezeigt, wie sie sich heute den Landsleuten vorstellt. Gäste sind herzlich willkommen. Anschließend mit allen Geburtstagskindern der Monate April, Mai, Juni gemütlicher Geburtstagskaffee, Bitte an die Kuchenspende denken. — Montag, 15. Juli, 13 Uhr, Fahrt ab Alberstraße zum großen EWG-Musterhof: Prickingshof, Sythen bei Haltern Fahrpreis etwa 6,— DM. Bitte Anmeldungen an Andree, Telefon 30 00 68, ab 18 Uhr. — Im August ist auch für die Gruppe Urlaubszeit und so soll an einem Nachmittag eine Wanderung in die nähere Umgebung unternommen werden. — Wer kann gut erhaltene Koffer zur Verfügung stellen für die Besucher aus der Heimat, die darin Bekleidung mitnehmen können? Abzugeben an jedem Dienstag oder Donnerstag in der Heimatstube, Mühlenstr. 22. Von dort werden die Sachen zur Krachtstraße 20 gebracht.

Düsseldorf — Freitag, 12. Juli, 19 Uhr, Stammtisch, im Restaurant Rübezahl, Bismarckstraße 90. — Sonnabend, 13. Juli, Tagesausflug nach Altena — Unna-Massen. Treffpunkt am Sonntag, dem 14. Juli, 9 Uhr, am Hbf., Ali-Kino. Führung Lm. Lihs. — Dienstag, 16. Juli, 17 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Ostpreußenzimmer, Haus des Deutschen Ostens. — Sonnabend, 20. Juli, Wanderung ab 14.30 Uhr Haltestelle der Linie 5, Stadthalle Neuß nach Weckhoven. Führung Frau Gluth. — Sonnabend, 27. Juli, Tageswanderung nach Schloß Burg. Treffpunkt 8.45 Uhr Hbf. an der Turmuhr. Vorherige Anmeldung bei Lm. Lihs erforderlich. — Sonnabend, 17. August, Wanderung nach Gut Höltgen, Treffpunkt 14.30 Uhr Rathaus Gerresheim. Führung Frau Boegel und Frau Potschinski.

Duisburg — Gruppe Mitte: Donnerstag, 11. Juli, 13 Uhr, treffen sich die Frauen an der Endstation der Linie D am Hauptbahnhof zu einem Ausflug nach Kaiserswerth. Es kann an den Haltestellen der Linie D zugestiegen werden. Treffpunkt in Kaiserswerth ist die Konditorei Schuster an der Haltestelle der Linie D.

Herford — Sonnabend, 20. Juli, Informationsreise nach Friedland und zur Demarkationslinie. Alle Mitglieder und Freunde der Gruppe sind dazu eingeladen. Der Sonderbus fährt wie folgt: 6.40 Uhr Ahmser Straße/Ecke Sachsenstraße, 6.45 Uhr Stadtholzstraße/Ecke Bauvereinstraße, 6.50 Uhr Rathausplatz, 6.55 Uhr Mindener Straße/Ecke Im Großen Vorwerk, 7 Uhr Amselplatz. Gegen 10.30 Uhr Ankunft im Grenzdurchgangslager Friedland. Dort Besichtigung und Mittagsmahlzeit. Gegen 14 Uhr Ankunft in Duderstadt. Nach einem Einführungsvortrag über die Situation an der Demarkationslinie erfolgt eine Informationsfahrt mit einem Begleitkommando des Bundesgrenzschutzes entlang der „Grenze". Auf der Rückfahrt wird in landschaftlich reizvoller Gegend eine Pause zur Einnahme des Abendessens eingelegt. Rückkehr in Herford gegen 22.30 Uhr. Fahrtkostenanteil für Mitglieder 10 DM, für Nichtmitglieder 13 DM, für Kinder unter 14 Jahren 4 DM. Die Beträge sind bei Anmeldung im voraus auf das Konto der Gruppe, Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, 49 Herford, Geschäftsstelle Werler Str. 47, bei der Stadtsparkasse Herford, Konto Nr. 12 757, einzuzahlen. Anmeldeschluß ist Mittwoch, 10. Juli. Formulare bitte bei der Geschäftsstelle, Tel. 7 00 80, anfordern.

Recklinghausen — Gruppe Tannenberg veranstaltete in der Gaststätte Florin ihre traditionelle Sonnenwendfeier. In seiner Ansprache würdigte der 1. Vorsitzende, Alfred Lupp, die Bedeutung der Sonnenwendfeier, die in Ost- und Westpreußen, besonders unter Beteiligung der Jugend, stets mit großer Begeisterung gefeiert wurde. Er erläuterte den mystischen Charakter der Sonnenwendfeier und berichtete, wie dieser schöne Brauch, der germanischen Ursprungs ist, in seiner Heimat gepflegt wurde und bedauerte, daß er immer mehr in Vergessenheit gerate. Lupp ging außerdem auf die Ereignisse des 17. Juni 1953 ein und kritisierte, daß die Koalitionsparteien danach streben, diesen nationalen Gedenktag abzuschaffen. Wörtlich sagte Lupp: „Wir wollen und können es nicht hinnehmen und mitschuldig werden an diesem Verrat, der jetzt betrieben wird." Er forderte seine Landsleute auf, sich dagegen zur Wehr zu setzen und an dem festen Willen zur Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit festzuhalten. Auch sollten sie stets ihrer Heimat eingedenk sein. Mehrere Darbietungen, ausgeführt von der Frauengruppe unter Leitung von Gertrud Tschoepe, umrahmten die gelungene Feier, die mit einem gemütlichen Teil schloß.

Viersen — Sonnabend, 6. Juli, 20 Uhr, Vereinslokal Eisheuer, Große Bruchstraße 46, veranstaltet die Kreisgruppe einen Abend über den großen Philosophen Kant. Mitglieder sowie Freunde und Bekannte sind herzlich eingeladen.

RHEINLAND-PFALZ

Vorsitzender der Landesgruppe: Hans Woede, 65 Mainz, Ernst-Ludwig-Str. 11, Tel. 0 61 31 / 2 68 76.

Landesgruppe — Auf der Landesdelegiertenversammlung in Bingen wurde eine Neufassung der Satzung beschlossen. Nach der Vervielfältigung wird diese Satzung allen Kreis- und Ortsgruppen übersandt werden. — Die Neuwahl des geschäftsführenden Landesvorstandes ergab: 1. Landesvorsitzender Hans Woede, 65 Mainz, Ernst-Ludwig-Straße 11; 2. Landesvorsitzender Josef Sommerfeld, Fachschulrat, 6706 Wachenheim a. d. Weinstraße, Waldstr. 3; 3. Landesvorsitzender Gert Freudenberg, 545 Neuwied 23, Neuwiesenweg 36; Landesschatzmeister Herbert Knuth, Rektor, 6581 Sonnenberg (Nahe), Schulstraße 12; Schriftführer Hildegard Woede, 65 Mainz, Ernst-Ludwig-Straße 11; 1. Beisitzer Else Schmidtke, 675 Kaiserslautern, Donnersbergstraße 40; 2. Beisitzer Otto Mertens, 65 Mainz, Colmarstraße 23. Die Fachreferate bleiben vorerst wie bisher besetzt: Landeskulturreferent Hans Woede; Landesfrauenreferentin Erna Pfehr, 54 Koblenz-Neuendorf, Ulnerstraße 4.

Neustadt/W. — Zu Beginn der Monatsversammlung der Kreisgruppe gedachte 1. Vorsitzender Schusziara des Todes von Freiherr von Braun, dem Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen. Die Würdigung seines Lebenswerkes rundete er ab mit einer Erklärung des Bundesvorstandes über die Rechtslage ostdeutscher Gebiete nach den Ostverträgen. Der 2. Vorsitzende, Schaffer, informierte über die Delegiertentagung der Landesgruppe in Bingen und gab die Zusammensetzung des Vorstandes nach der Neuwahl bekannt. Besonders hervorzuheben sei die Tatsache, daß zwei Mitglieder der Kreisgruppe dem Landesvorstand angehören. Die Bekanntgabe der Aufnahme neuer Mitglieder löste allgemeine Freude und Genugtuung aus. Sicherlich ist die Aktivität der Kreisgruppe der Grund dafür, daß noch abseits stehende Landsleute den Weg zur ostpreußischen Gemeinschaft finden. Den Hauptteil der Monatsversammlung bestritt Hermann Jotzo, Haßloch, mit seinem Diabericht über den Besuch seiner Heimat. Die sehr persönlich bezogenen Schilderungen gaben ein realistisches Bild der augenblicklichen Verhältnisse im Kreis Lötzen wider. Durch den begrenzten Ausschnitt Masurens konnte er seine Ausführungen besonders intensiv gestalten. Da mehrere Mitglieder der Kreisgruppe aus derselben Gegend stammen, konnte aus der Erinnerung heraus ein Vergleich zu heute gezogen werden. Dabei stellte Jotzo fest, daß die Wohn- und Lebensbedingungen heute günstiger seien als vor 14 Jahren, als er ausreiste. Während seines Urlaubs fand er freundliche Aufnahme. Einzelne Landstücke werden noch nach den alten deutschen Besitzern benannt. Auf Grund der Erfahrungen konnten wichtige Hinweise zur Durchführung von Reisen nach Ostpreußen ausgetauscht werden. — Im Juli und August 1974 finden keine Monatsversammlungen statt. Nächste Veranstaltungen sind am 1. September der Tag der Heimat in Landau und am 8. September ein Ausflug in den Schwarzwald.

BAYERN

Vorsitzender der Landesgruppe: Walter Baasner, 8012 Ottobrunn, Rosenheimer Landstraße 124/IV.

Nürnberg — Sonnabend, 13. Juli, 19 Uhr, Mitgliederzusammenkunft.

BADEN-WÜRTTEMBERG

Vorsitzender der Landesgruppe: Konrad Opitz, 63 Gießen, An der Liebigshöhe 20, Tel. 06 41 / 3 27 27. — Landesjugendwart: Klaus-Jürgen Frahm, 63 Gießen, Tulpenweg 23.

Tuttlingen — Mit der Landschaft der näheren und weiteren Umgebung haben sich die Mitglieder der Gruppe Ordensland wie mit deren kulturellen Merkmalen seit 21 Jahren immer mehr vertraut gemacht, auch den Spuren folgend, welche die Tätigkeit des Deutschen Ritterordens hier hinterlassen hat, sei es in Altshausen, in Mergentheim oder anderswo. Jetzt setzten die Landsleute ihre Kulturlese mit einer Busfahrt Richtung Basel fort. Die Anreise bis nach Säckingen nutzte Professor Dr. Schienemann als Reiseleiter für die informative Vorbereitung der Teilnehmer. Geschichte, Legende und Dichtung von Franz Werner Kirchhofer, Victor von Scheffels Bürgersohn und „Trompeter von Säckingen", und Maria Ursula von Schönau, der jungen Adligen mit den überstolzen Brüdern, setzte er an die Spitze seiner Ausführungen. In seinem Überblick über alle Ausflugsstationen ging Schienemann schon im voraus auf die Deutschordensburg Beuggen ein. Nach kurzem Besuch des St.-Fridolin-Münsters erreichten sie nach kurzem Weg das Schloß von Schönau, heute Museum, mit dem Denkmal Kirchhofens an der Rückseite. Nach dem Mittagessen in Rheinfelden ging es ohne besondere Schwierigkeiten an Zoll- und Paßkontrolle zum Basler Zoo, in dem in erster Linie die mitgereisten Kinder, die ihnen gemäße Unterhaltung fanden. Der anschließende Abstecher ins Markgräfler Land bildete den Schluß des Reiseprogramms. Dr. Schienemann setzte zwei Bekanntmachungen ans Ende des reichgefüllten Tages: Dr. Czaja, Präsident des Bundes der Vertriebenen, wandte sich in Tuttlingen an die Öffentlichkeit. An den Anfang der Sommerpause legt der Vorstand am Sonnabend, dem 13. Juli, noch eine Kaffeefahrt. 17 Personen meldeten sich dafür spontan an; die ausklingende Fahrt hatte wohl das Gefühl für den guten kameradschaftlichen Zusammenhalt gestärkt.

---neues vom sport---

In der Bundesrepublik ist die Fußballweltmeisterschaft das herausragende sportliche Ereignis. Der Favorit Nr. 1, die Bundesrepublik, diesmal ohne einen ostdeutschen Spieler, unterschätzte nach den Siegen gegen Chile und Australien die erstmalig an einer Weltmeisterschaft teilnehmende mitteldeutsche Elf in der Gruppe I und verlor in Hamburg enttäuschend 0:1, steigerte sich dann aber in der zweiten Finalrunde gegen Jugoslawien und siegte in Düsseldorf mit 2:0. Favorit Nr. 2, Italien, unterlag gegen Polen 0:2 und schied sogar hinter Polen und Argentinien liegend aus. In der zweiten Finalrunde unterlag Schweden den Polen 0:1 und die Spiele dieser Runde endeten Deutschland gegen Schweden 4:2 und Jugoslawien gegen Polen 1:2. Als heiße Favoriten für den Weltmeistertitel gelten nun neben Deutschland vor allem die Niederlande. Einzige Ostdeutsche bei der Weltmeisterschaft sind der Ostpreuße Manfred Schäfer (31) für Australien und der schlesische Schiedsrichter Kurt Tschenscher-Mannheim.

Der bereits 34 Jahre alte schlesische Hammerwerfer Lothar Matuschewski/West-Berlin, der mit 64,72 m der zweitbeste Ostdeutsche aller Zeiten ist, kam bei einem Werfertag in Berlin auf 59,02 m.

Deutsche Hochschulmeisterin über 100 und 200 m in Waiblingen wurde die ostpreußische Startläuferin der 4 x 100-m-Olympiasiegermannschaft 1972, Christiane Krause (23), Osterode Darmstadt, in 11,4 bzw. 23,4 Sek. In Budapest siegte Christiane Krause im 200-m-Lauf in 23,9 Sekunden.

Im Jugendländerkampf gegen die Niederlande in Utrecht siegte die deutsche Jugendvertretung mit 220:104 Punkten. Die erst 16 Jahre alte Tochter des Königsberger 400-m-Läufers Manfred Kinder, Susanne Kinder-Wuppertal, wurde Siegerin über 100 m in 12,2 Sek. sowie in der 4 x 100-m-Staffel in 46,6 Sek., während der ostpreußische Jugendsprinter Udo Gennat-Wuppertal mit der 4 x 100-m-Staffel in 41,7 Sek. siegte. Bei den bergischen Meisterschaften in Leverkusen verfehlte Susanne Kinder nur mit einer Zehntelsekunde den deutschen Jugendrekord von 11,6 Sek. Udo Gennat wurde bergischer Jugendmeister über 100 m in 10,7 Sek.

Den traditionellen Ruderländerkampf gegen Jugoslawien und Österreich in Bled (Jugoslawien) gewannen die deutschen Ruderer in allen sieben Rennen. Im deutschen Achter sitzt jetzt der Olympiasieger im Vierer mit St., Gerhard Auer-Sudetenland.

Andere Meinungen

CORRIERE DELLA SERA

Das Kriegsbeil begraben

Mailand — *„Die Konferenz von Ottawa und die Zeremonie von Brüssel symbolisieren die gemeinsame Entschlossenheit von Amerika und Europa, das Kriegsbeil zu begraben und Frieden zu machen. Der Klimawechsel in den Beziehungen zwischen den beiden Ufern des Atlantiks ist deutlich. Alle Verbündeten bemühen sich heute, dies ausdrücklich zu unterstreichen. Das Problem ist jedoch, die Beständigkeit und Festigkeit zu sichern und zu klären, wie weit es nur ein taktisches Spiel spiegelt und wie weit der Wechsel hingegen eine positive Wende von Grund auf ausdrückt."*

Frankfurter Allgemeine

Grenzen der Wirksamkeit

Frankfurt — *„Bei den Überfällen der Fedaijin wurden insgesamt 52 Israelis ermordet. Die angreifenden Fedaijin fielen entweder im Feuerhagel der israelischen Armee oder sprengten sich selbst in die Luft. Die Kampfmethoden der Palästinenser sind nicht grausamer geworden — denn grausam waren sie von Anfang an —, aber härter. Auch werden die Terroranschläge nicht mehr allein von Splittergruppen des linken Flügels der Partisanenbewegung verübt. Im Zusammenhang mit dem Überfall auf Naharijah wurde auch der Name al Fatahs genannt, der größten Kampforganisation der Palästinenser. Die Regierung Rabin befindet sich jetzt in der gleichen Lage wie vor ihr das Kabinett Golda Meirs. Mit Luftangriffen auf den Südlibanon kann sie ihre prekäre innenpolitische Lage verbessern, weil diese Gegenschläge in Israel weithin Zustimmung finden. Aber die Grenze ihrer Wirksamkeit ist dann erreicht, wenn sie nicht mehr abschreckend wirken, sondern im Libanon die öffentliche Empörung über die Luftangriffe der palästinensischen Partisanenbewegung neuen Zulauf verschafft. Diese Grenze hat Israel mit den Luftangriffen auf den Südlibanon schon überschritten."*

Der Bund

Präsidentenwahl in Österreich

Bern — *„Für Bruno Kreisky ist die Rechnung aufgegangen. Ein Seitenblick auf das Schicksal sozialistischer Regierungen anderwärts, nicht zuletzt im nahen Westdeutschland, und die Pendelschläge in diversen Landtagswahlen in Österreich selber hatten ihn veranlaßt, auf einen verdienten Parteimann zu verzichten — was all die vielen verdienten Parteileute insgeheim verärgern mußte — und auf ein neutrales ‚Pferd' zu setzen. Damit zog er wahrscheinlich gerade jene katholisch-nichtsozialistischen Stimmen, die er diesmal brauchte, um einen ÖVP-Erfolg zu verhindern, auf seine Seite. Nach geschlagenem Wahlkampf pflegte der Sieger immer recht gehabt zu haben — was mithelfen dürfte, des Regierungschefs leicht lädierte Autorität wieder voll herzustellen."*

Frankfurter Neue Presse

Weiß Guillaume zuviel?

Frankfurt — *„Offenbar wird seitens der ‚DDR' ein Druck auf Bonn mit dem Ziel, Guillaume frühzeitig loszueisen, versucht. Dabei ist in Rechnung zu stellen, daß Guillaume weiterhin aufgrund seiner früheren Vertrauensstellung bei Brandt ein Geheimnisträger erster Qualität ist, daß er solche Geheimnisse an die große Glocke hängen könnte. Wenn es zum Beispiel in der Bestechungsaffäre des CDU-Abgeordneten Steiner, in die auch das Kanzleramt hineingezogen war, einen mutmaßlichen Mitwisser außer Ehmke und Wienand gibt, dann an erster Stelle Guillaume. Will er darüber vielleicht auspacken, falls ihm die Freilassung versagt wird? Verfügt die ‚DDR' durch Guillaume noch über bisher unbekannte Erpressungsmittel gegen die SPD und die jetzige Bonner Koalition? Dann wäre allerdings die Bremsung des Parlamentsausschusses durch SPD und FDP verständlich."*

Münchner Merkur

Politische Spaltung der Ärzte

München — *„Die Gegner der Fristenregelung müssen bedenken, daß die Entscheidung von Karlsruhe keine inhaltliche Aussage bedeutet, sondern nur einen Aufschub bis zum endgültigen Spruch des Bundesverfassungsgerichts bringt. Die Befürworter der Fristenregelung, die jetzt das Gefühl haben müssen, als hätten ihnen Filbinger und Karlsruhe einen Knüppel zwischen die Beine geworfen, sollten nicht ungeduldig werden. Es kann nur von Vorteil sein, wenn das höchste deutsche Gericht die Verfassungsmäßigkeit dieser Reform prüft. Beängstigend ist jedoch die Beobachtung, welches Mißtrauen eine Reihe von Krankenhausträgern diesem Gesetz entgegenbringen. Die Feststellung des Fuldaer Oberbürgermeisters, daß seine städtischen Ärzte eine Abtreibung nach den Bestimmungen der Fristenregelung niemals durchführen werden, gibt einen Vorgeschmack, in welchem Maße dieses Gesetz die deutsche Ärzteschaft politisch spalten wird."*

Aus den ostpreußischen Heimatkreisen . . .

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben.

Allenstein-Land

Kreisvertreter: Hans Kunigk, 3582 Gensungen, Melsunger Weg 22, Geschäftsstelle: Bruno Krämer, 3012 Langenhagen, Schnittenhorn 6, Telefon 05 11/73 63 36.

OVM Franz Huhn-Klankendorf † — Unser Ortsvertrauensmann Franz Huhn, geboren am 4. August 1913 in Langwiese, Kreis Heilsberg, ist am 22. Mai an den Nachwirkungen seiner schweren Verwundung, die er als Soldat im Zweiten Weltkrieg erlitten hat, in der Paracelsus-Klinik in Osnabrück gestorben. — In den zwanziger Jahren kaufte sein Vater das Gut Ernestinenhöhe. Dort sind 1945 die Eltern, Bruder Konrad und Schwester Paula umgekommen. Von seinem Bruder Ewald, der als Soldat vermißt wurde, weiß man bis heute nichts. Von der Wehrmacht entlassen fand Franz Huhn als Heimatvertriebener nur eine Stellung als Pförtner. Als er sich eine tückische Lungenkrankheit zuzog, wurde er frühzeitig Rentner. 1956 brachte seine Frau Hildegard, geb. Bosau, aus Queetz, eine Tochter zur Welt, die die Realschule besuchte. Im Juli 1960 zog die Familie in eine Nebenerwerbssiedlung in Westkirchen, Feldstraße 40. Dort fühlte sich der frühere Landwirt besonders wohl. Seit der Gründung unserer Kreisgemeinschaft war er als OVM tätig für sein Heimatdorf. An seinem Grab legte der Vorstand der Kreisgemeinschaft einen Kranz nieder und verband damit den Dank für die preußische Pflichterfüllung ihres Landsmanns. Wir werden dem Verstorbenen stets ein ehrendes Gedenken bewahren. BK

Angerburg

Kreisvertreter: Friedrich-Karl Milthaler, 2 Hamburg 13, Postfach 8047, Telefon 0 40/45 25 41.

Die Kreisgemeinschaft Angerburg verlor kürzlich durch Tod zwei Landsleute, die in besonderer Weise ihrer Heimat gedient haben. Am 14. Mai verstarb im 66. Lebensjahre Pastor Dr. phil. Bruno Podlasly. In Olschöwen (Kanitz) geboren, erlangte er an der Hindenburgschule in Angerburg das Reifezeugnis und studierte an der Albertina Theologie und Philosophie. Nach abgelegten Examen und mehreren Zwischenstationen erhielt er 1938 die Pfarrstelle in Peisten, Kreis Pr.-Eylau, die er bis zum 1. Februar 1945 innehatte. 1942 promovierte er mit einer Arbeit über Kant zum Dr. phil. Nach dem Kriege amtierte Podlasky über 20 Jahre lang in Friedrichsgabe bei Hamburg. Unserer Kreisgemeinschaft diente er seit 1961 als Mitglied des Kreistages, aber auch durch seine Gottesdienste bei mehreren Kreistreffen und schließlich als Mitarbeiter am Angerburger Buch. Mit der Familie in 2 Norderstedt, Bahnhofstraße 75, trauern wir um diesen treuen Heimatfreund. — Am 9. Juni starb kurz nach Vollendung des 82. Lebensjahres an seinem Wohnsitz 2863 Ritterhude, Am Sande 32, der wohl allen Angerburgern bekannte Kantor, Lehrer und letzte Leiter der Wohltätigkeitsanstalten „Bethesda" Otto Suchodolski. Anläßlich seines 80. Geburtstages haben wir an dieser Stelle seinen Lebenslauf und sein vielfältiges Wirken eingehend gewürdigt. In Launingken, Kreis Darkehmen, geboren, war Suchodolski durch Schul- und Seminarbesuch in Angerburg, besonders aber durch langjährige Tätigkeit von Vater und Sohn für die Bethesda-Anstalten, mit Stadt und Kreis Angerburg engstens verbunden. Wie schon in der Heimat, erfreuten uns auch oft bei den Kreistreffen in Rotenburg die gehaltvollen Vertonungen eigener Texte und Dichtungen ostpreußischer Schriftsteller. Der Verstorbene bemühte sich immer wieder, uns durch Ausstellungen die Heimat nahezubringen. Durch seine Veröffentlichungen in unseren Heimatbriefen und zuletzt durch seine Beiträge für das Angerburger Buch hat er seinen Namen eng mit der Geschichte des Kreises verknüpft. Auf dieses wahrhaft erfüllte Leben können die Angehörigen und wir stolz sein. Beiden Landsleuten wird die Kreisgemeinschaft allzeit ein ehrendes Gedenken bewahren. Erich Pfeiffer

Johannisburg

Kreisvertreter: Gerhard Wippich, 5 Köln 30, Everhardtstraße 54, Telefon 02 21/51 88 11.

Drei Teil-Kreistreffen hat die Kreisgemeinschaft in den beiden letzten Monaten durchgeführt. Das Treffen im Mai in den Schlösserbetrieben in Düsseldorf war von 500 Landsleuten besucht. Eingegliedert war eine Zusammenkunft, deren Teilnehmer sich um Herrn Karrasch, früher Lehrer in Gehlenburg, scharten. Die Zahl der insgesamt Erschienenen rechtfertigt auch in Zukunft die Durchführung dieses Teiltreffens in Düsseldorf. Es soll im nächsten Jahr nach Möglichkeit am 1. Mai durchgeführt werden. Unser Kassenverwalter, Walter Sagorski, wird die Vorbereitungen dazu treffen. — Ein weiteres örtliches Treffen fand am Pfingstsonntag in Hannover-Limmerbrunnen statt. Auch dort fanden sich trotz des ungünstigen Termins 200 Landsleute ein. Bei beiden Treffen sprach Kreisvertreter Wippich. Er zeigte die Entwicklung des politischen Verhältnisses zu unseren östlichen Nachbarn nach Abschluß der Verträge auf. Die Vorleistungen auf dem Rücken der Vertriebenen, ohne Gegenleistung abgeschlossen, halte keineswegs die Erwartungen einer in ihrer Ostpolitik bereits gescheiterten Regierung. Die allgemeine Verschlechterung des Rechtsstatus und der persönlichen Verhältnisse unserer noch in der Heimat verbliebenen Mitbürger sei offenkundig. Diese Tatsache könne auch nicht durch Anknüpfung von vereinzelten menschlichen Kontakten verschleiert werden, die sich bei Besuchsreisen ergeben würden. Im wesentlichen bliebe diese Kontaktaufnahme doch auf den Personenkreis beschränkt, der in der angestammten Heimat sich die Bindung zum Deutschtum bewahrt habe. Der Kreisvertreter ermutigte die Landsleute, an dem Bewußtsein festzuhalten, daß letztlich nur eine Regelung auf der Basis geachteter Rechte beider Seiten die Völker zusammenführen könne. Das Beharren auf den Rechtsansprüchen komme nicht nur den vertriebenen Deutschen zugute, sondern auch all den Menschen, die in aller Welt unter Willkür und Machtmißbrauch zu leiden hätten, dies gelte insbesondere auch für die Völker Osteuropas. Die Umstände in Hannover zeigten, daß sich dieses Treffen in Zukunft nur dann wird durchführen lassen, wenn sich im Raum Hannover ein dafür Verantwortlicher finden läßt. Um verbindliche Meldung an den Kreisvertreter bis zum 1. November wird gebeten. Frau Christa Krüger kann dieses Treffen aus persönlicher Überlastung nicht mehr arrangieren. Ihr gilt der Dank aller Landsleute für ihre bisherigen, langjährigen Mühen. Sie ließ bei den Treffen in Hannover die Erschienenen immer wieder ein Stückchen Heimat finden. — Ende Mai fand im Flüchtlingsdurchgangslager in Massen ein Treffen der Schüler der Johannisburger Oberschule und deren Angehörigen statt. Der stellvertretende Kreisvertreter, Klaus Beyer, hatte die Begegnung mit viel Mühe vorbereitet. Das Bindeglied auch dieses Treffens war die gemeinsam verlebte Jugend in der Heimat zwischen den Seen und den Wäldern. Film- und Lichtbildervorführungen ließen die Wege nachgehen, die alle einstmals, viele wiederum heute, gewandert sind. Unauslöschbare Erinnerungen und das Bewußtsein, auch heute noch dort eine Heimat zu Recht haben, einte etwa 200 Kreisangehörige. Zwei lange Tage des Zusammenseins ließen die bestehenden Bindungen vertiefen für ein Wiedersehen in zwei Jahren. — Die Landsleute werden gebeten, sich bereits jetzt auf das Haupttreffen am 8. September in Dortmund in der Reinoldi-Gaststätte, Nähe Reinoldi-Kirche, einzurichten.

Königsberg-Land

Kreisvertreter: Bruno Kerwin, 454 Lengerich, Thomas-Mann-Straße 13, Telefon 0 54 81/7 32.

Heimatstube — Im Hotel „Bad Minden" fand in Minden eine Kreisausschußsitzung statt. Daran nahm in Vertretung des Oberkreisdirektors unseres Patenkreises Minden-Lübbecke Herr Gadtke teil. Im Mittelpunkt unserer Besprechung stand die Errichtung einer Heimatstube nach Fertigstellung des Neubaus des Kreishauses Minden-Lübbecke und unser Heimattreffen im Herbst.

Bundesverdienstkreuz — Hauptlehrer a. D. Fritz Romeike, Wittlage, vor der Vertreibung 1945 aus Ostpreußen Hauptlehrer und Organisat in Postnicken, Kreis Samland (Königsberg-Land und Fischhausen), wurde am 12. Juni vom Oberkreisdirektor des Großkreises Osnabrück mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet, das die Heimatkreisgemeinschaft für ihn beantragt hatte. Der Oberkreisdirektor würdigte in seiner Laudatio die kommunalpolitische Tätigkeit von Fritz Romeike im Rat der einstigen Gemeinde Wittlage und im Wittlager Kreistag. Nach der Vertreibung aus Ostpreußen habe Romeike in Rabber eine neue Heimat gefunden. In erster Linie widmete er sich in hervorragendem Maße der sozialen, kulturellen und heimatpolitischen Betreuung der Vertriebenen. Er war vielen Landsleuten ein Helfer in der Not, ein wahrer Vater der Vertriebenen. Eine vorbildliche und beachtenswerte Arbeit habe Fritz Romeike durch die Erstellung der Chronik seines Heimatdorfes Postnicken geschaffen. Auch an der Gestaltung des Heimatbuches der ehemaligen Landkreise Königsberg und Fischhausen habe er mitgewirkt. Neben der kommunalpolitischen Tätigkeit hat sich Romeike innerhalb der Organisation des Bundes der Vertriebenen in starkem Maße als Kulturreferent erwiesen. So gründete er auch den Flüchtlingschor Rabber, dessen Chorleiter er seit 1948 ist. Er war außerdem Chorleiter des „Gemischten Chors Wittlage" von 1956 bis 1968. Auch ist Fritz Romeike seit Gründung der Heimatkreisgemeinschaft Königsberg-Land ein tatkräftiges Mitglied des Kreisausschusses.

Lyck

Kreivertreter: Otto Skibowski, 3570 Kirchhain, Postfach 113, Telefon 0 64 22 / 19 39.

Programm zum Jahrestreffen der Patenstadt Hagen am 3./4. August — Quartiersanforderung: Hagener Verkehrsverein e. V., 58 Hagen, Pavillon am Hauptbahnhof, Berliner Platz, Telefon 0 23 31 / 1 35 73. Festzelt „Auf der Springe", Markt, an der Johanniskirche. Sonnabend, 3. August: 14 Uhr Kreistag im „Lycker Zimmer", öffentlich. Tagesordnung: Jahresberichte, Kassenbericht und Entlastung, Anträge, Entschließungen, Wahlen des Kreisvertreters und seines Stellvertreters. Ernennung des Kreisältesten. Um vollzähliges Erscheinen der Kreistagsmitglieder wird herzlich gebeten. Alle Landsleute können sich an der Aussprache beteiligen. 17 Uhr Kranzniederlegung am Ehrenmal im Stadtgarten. 19.30 Uhr Heimatabend im Zelt unter Mitwirkung des Ostdeutschen Heimatchores, der Volkskunstgruppe Sauerland und des Ruhrtaler Blasorchesters. Sonntag, 4. August: 10 Uhr Gottesdienst in der Johanniskirche am Markt mit Pfarrer Asselmeier. 11.30 Uhr Feierstunde im Ratssaal des Rathauses. Festrede Hellmut Radtke: Muttersprache — Vaterland. Festliche Umrahmung durch das Quartett des Hagener Kammerorchesters und durch den Ostdeutschen Heimatchor. 13.30 Uhr Ortsvertreter- und Bauernversammlung im „Lycker Zimmer", Emilienplatz, Ostdeutsche Heimatstuben. 15 Uhr Volksfest im Zelt mit Kundgebung. Die Heimatkartei ist im Zelt zur Einsicht und Berichtigung ausgelegt. Melden Sie bitte die Namen Ihrer Kinder und Verwandten in der „DDR" und in der alten Heimat. Die Abzeichen beim Jahrestreffen sind nicht übertragbar. Sie haben dort Gelegenheit, Ihre Spende abzugeben. Sie können auch das vertraute Ostpreußenblatt dabei bestellen. Bitte besuchen Sie das „Lycker Zimmer" während der Tagesstunden. Der Lycker Maler Otto Schliwinski stellt im Museum vom 1. bis 8. August etwa 35 Bilder aus. Thema: Menschen und Architektur.

Mohrungen

Kreisvertreter: Werner Jahr, 3 Hannover, Sedanstraße 19, Telefon 0 40 / 38 83 83 und 05 11 / 32 90 47.

Treffen der Sonnenborner — Der Versuch, einen Personenkreis heimattreuer Sonnenborner zu einer Wiedersehensbegegnung zusammenzuführen — als recht fragwürdiges Experiment von Lm. Gustav H. Karau in die Wege geleitet — wurde zu einem eindrucksvollen Bekenntnis zum Heimatdorf Sonnenborn, von den Polen Stonecznik genannt. Trotz zahlreicher Absagen wegen Krankheit und Alter, waren dennoch mehr als 50 Personen der Einladung in das reizvoll am Neckar gelegenen Kurstädtchen Eberbach gefolgt. Als besonders erfreulich konnte verzeichnet werden, daß trotz beachtlicher Kosten eine so hohe Zahl der Geburtsjahrgänge 1930 bis 1942 erschienen war. Sie kamen aus München, Hamburg, Stuttgart, Ulm, Tegernsee, Köln, Essen, Tuttlingen, Hersfeld, Gifhorn, Wörth, Heilbronn, Recklinghausen, Weilheim, Weinheim, Berlin — ja sogar aus Holland und der Schweiz, um einmal mit ihren Mitschülerinnen Annemarie, Brigitte, Christel, Hannelore, Hildchen und Lottchen und wie sie alle hießen, zusammenzusein. Ihnen dankte Karau ganz besonders für die durch ihr Erscheinen bewiesene Treue zum Heimatdorf und seinen Menschen. In seinen weiteren Ausführungen ermahnte er alle Anwesenden, dem Heimatdorf Sonnenborn, wo einst ihre Wiege stand, auch weiterhin die Treue zu halten. Nach der Mittagstafel war eine extra für uns arrangierte Schiffsfahrt auf dem Neckar vorgesehen, die für alle zu einem beglückenden Erlebnis wurde. Nach der Rückkehr las Karau aus seinem Band „Erinnerungen an Sonnenborn ein Dorf im ostpreußischen Oberland" mundartliche Ausschnitte und zeigte anschließend Colordias von Sonnenborn heute. Die Aufnahmen stellte unser Pfarrer Gerhard Samulowitz zur Verfügung. In herzlichen Worten dankten Martin Dauter und Realschullehrer i. R. Wilhelm Nath ihrem Heimatfreund Karau für das von ihm unter großer Mühe und persönlichen Opfern so vorbildlich zustande gebrachte erste Treffen der Sonnenborner. Daß es gelang, aus dem Kreise der anwesenden Landsleute den organisationstüchtigen und redegewandten jüngeren Lm. Martin Dauter als Nachfolger für den wegen Alters und Erkrankung als Ortsvertreter ausscheidenden Lm. Gustav H. Karau, 7102 Weinsberg, Lerchenstraße 23, zu finden, kann als größter Erfolg dieses Treffens gewertet werden.

Ortelsburg

Kreisvertreter: Max Brenk, 3280 Bad Pyrmont, Postfach 1147, Telefon 0 52 81/27 11.

Unsere Ortsvertreter — Sehr herzlich gratulieren wir unseren Vertrauensleuten, die im Monat Juli besondere Geburtstage begehen, und sagen ihnen bei dieser Gelegenheit herzlichen Dank für langjährige wertvolle Mitarbeit: Friedrich Jaschinski aus Waldburg, jetzt 237 Büdelsdorf über Rendsburg, Elchstraße 8, zum 80. Geburtstag am 25. Juli; Richard Kylau aus Pfaffendorf, jetzt 2321 Dannau über Lütjenburg in Holstein, zum 75. Geburtstag am 4. Juli; Frieda Kopka aus Wagenfeld, jetzt 3301 Volkmarode, Kötherberg 11, zum 70. Geburtstag am 8. Juli.

Osterode

Kreisvertreter: Hans Strüver, 333 Helmstedt, Schützenwall 13, Telefon 0 53 51/3 20 73.

Bericht über das Kreistreffen in Pforzheim — Bislang fanden unsere Treffen in Norddeutschland und in Nordrhein-Westfalen statt, da hier die meisten Landsleute wohnen. Um aber auch den im süddeutschen Raum ansässigen Landsleuten Gelegenheit zu geben, ohne zu große Anreisen an einem Kreistreffen teilzunehmen, wurde versuchsweise zu einem Treffen in Pforzheim im Mai aufgerufen. Dieser Versuch ist geglückt; über 350 Landsleute waren gekommen und verlebten ernste Stunden des Gedenkens an die Heimat und frohe Stunden des Wiedersehens. Im vollbesetzten Saal des Melanchthonhauses begrüßte Lm. G. Stein, letzter Bürgermeister von Hohenstein, die Erschienenen. Die Feierstunde begann mit einer christlichen Ansprache durch Lm. Pastor Packhäuser. Lm. Werner Buxa, Vorsitzender der Kreisgruppe Pforzheim der Landsmannschaft, überbrachte die Grüße des Vorsitzenden unserer Landesgruppe Baden-Württemberg, Lm. Seefeldt, und gab eine Übersicht über die landsmannschaftliche Arbeit in Pforzheim. Anschließend sprach Kreisvertreter Strüver und dankte Stein und Buxa für die viele Arbeit, die beide bei der örtlichen Organisation dieses Treffens geleistet hätten. Strüver referierte über die Aufgaben und Ziele der Osteroder Kreisgemeinschaft, insbesonders über Sinn und Gestaltung der Kreistreffen, über die Arbeiten an der Kartei und deren Ergänzung durch Aufnahme sämtlicher Familiangehöriger, über die Jugendarbeit, über das gute Verhältnis mit Patenkreis und Patenstadt Osterode am Harz. Er wies auf die Wichtigkeit des Ostpreußenblattes mit seinen politischen Aufsätzen und auf die Osteroder Zeitung mit Nachrichten aus der Heimat hin. In seinen weiteren Ausführungen ging der Kreisvorsitzende auf politische Tagesfragen ein; wenn die polnische Regierung die Aussiedlung abstoppe, so müßten wir für unsere in der Heimat verbliebenen Landsleute den sonst in allen Kulturstaaten selbstverständlichen Minderheitenschutz verlangen, wie z. B. deutschsprachigen Gottesdienst und Schulunterricht. Nachdem zwei Filme über die Heimat aus der Vorkriegszeit gezeigt waren, hielt Lm. A. v. Stein einen Vortrag über seine vorjährige Reise in die Heimat. Seine Ausführungen, unterstützt von prächtigen Dias, fanden den besonderen Beifall der Versammlnug. Nach einem Schlußwort von G. Stein fanden sich fast alle Teilnehmer im Hotel „Martinsbau" zusammen, wo Landsmann Kech, Gilgenburg, einen Saal reserviert hatte und uns eine besondere Speisekarte vorlegte. Dort blieben die Teilnehmer mit den Pforzheimer Ostpreußen noch lange zusammen und meinten, im nächsten Jahr müsse wieder ein Osteroder Kreistreffen in Pforzheim veranstaltet werden.

Rastenburg

Kreisvertreter: Heinrich Hilgendorff, 2321 Flehm, Post Kletkamp, Telefon 0 43 45/3 66.

Unser großes Kreistreffen am 25. August sollte jeder aufsuchen, der es nur kann. Wir wollen auch den Dank für unser 17jähriges Patenschaftsverhältnis zum Ausdruck bringen. Bitte den Termin vormerken und rot im Kalender anstreichen. — Unser Verbindungsblättchen „Rund um die Rastenburg" kann nun bis Nr. 12 gebunden oder eine Einbanddecke geliefert werden. Bestellung bitte an Siegfried Bahr, 3001 Altwarmbüchen, Farellweg 35.

Rößel

Stellv. Kreisvertreter: Erwin Poschmann, 2358 Kaltenkirchen, Postfach 116, Tel. 0 41 91/4 15 68.

Heimattreffen in Meppen am 22. September — Das für den 15. September vorgesehene Kreistreffen mußte auf den 22. September verlegt werden. Bitte diese Terminänderung unbedingt beachten. Infolge technischer Schwierigkeiten konnte das neue Datum erst in dieser Ausgabe in die Rubrik „Heimattreffen" aufgenommen werden.

Wehlau

Kreisvertreter: Werner Lippke, 2358 Kaltenkirchen, Oersdorfer Weg 37, Telefon 0 41 91/20 03.

Ausstellung in Syke — Die Wehlauer Tage wurden eingeleitet mit der Eröffnung der Kreis-Wehlau-Ausstellung im Heimatmuseum in Syke. Bürgermeister Salfer begrüßte die Anwesenden des Kreises und die Vertreter unseres Heimatkreises im Heimatmuseum. Der Kreisvertreter erläuterte Sinn und Zweck einer solchen Ausstellung, die zu einer ständigen Ausstellung auszubauen wäre und seinen besten Platz in der Anlehnung in das hiesige Heimatmuseum hätte. Die Besucher des Kreismuseums Grafschaft Hoya sollen gleichzeitig mit unserer Ausstellung hingelenkt werden auf den Patenkreis Wehlau. — In der Groot Däl des Niedersachsenhauses grüßt unser großer Heimatwimpel (2,70 m lang) die Besucher, der in seiner Buntheit gut zu dem bäuerlichen Stil des alten Bauernhauses paßt. Er weist zugleich mit dem Wappen Hoyas auf den Kreis Grafschaft Hoya und auf die Treppe, die hinaufführt zur Ausstellung unseres Heimatkreises. Dort hatten unser Kreisältester Meitsch und Bürgermeister Salfer die Ausstellung aufgebaut, geordnet nach den drei Städten mit ihrem Umland. Es waren ausgestellt Großfotos, Schrifttum, statistische Angaben über den Heimatkreis. Durch eine Anzahl von Modellbauten wurde die Ausstellung bunt belebt. Zu den vorhandenen Modellen der Wehlauer Pfarrkirche, dem Rathaus, Steintor und den Speichern waren noch hinzugekommen Vorlaubenhäuser, wie sie einst am Markt gestanden haben, die Ordenskirche, das Rathaus von Allenburg und das nachgebildete Relief des Großen Kurfürsten, wie es am Rathaus an der Südwand 1907 angebracht worden war (250 Jahre nach dem „Vertrag von Wehlau"). Das Gemälde des Großen Kurfürsten aus dem Rathaussaal, Wehlau, war zentral angebracht und gegenüber an der Langwand war eine wohlgeordnete Copernicusausstellung zu sehen, wie sie von der ev. Kirche in Hannover 1973 erstellt worden war. Diese Ausstellung hat nicht nur die Heimatkreisangehörigen

Fortsetzung Seite 17



Der Bücherschrank

Unser Bücherschrank ist weder eine Buchhandlung noch ein Antiquariat. Alle angezeigten Titel sind jeweils nur in einem Exemplar vorhanden. Weites darüber finden Sie in der ständigen Rubrik „Die Ostpreußische Familie". Folgende Spenden stehen abrufbereit:

Karl Aloys Schenzinger: **Anilin** Roman

Karl Aloys Schenzinger: **Metall** Roman

Gerda von Kries: **Die Kronacker** Schicksale einer westpr. Familie

Heimo und Susanne Gastager: **Die Fassadenfamilie** Ehe und Familie in der Krise

Hansjürgen Weidlich: **Der Knilch und sein Schwesterchen** Geschichte zweier Adoptivkinder

Conrad Ferdinand Meyer: **Jürg Jenatsch** Roman

Richard Skowronnek: **Pommernland** Roman

Erhart Kästner: **Zeltbuch von Tumilad** Erlebnisbuch

Werner von der Schulenburg: **Der König von Korfu** Historischer Roman

Fischer-Bücherei: **Das Tagebuch der Anne Frank**

Fritz Schott: **Herrn Christian Torniers Brautfahrt** Geschichten aus dem norddeutschen Raum

Richard Skowronnek: **Bruder Leichtfuß** Roman

Johannes Mario Simmel: **Liebe ist nur ein Wort** Roman

Luise Rinser: **Die gläsernen Ringe** Roman

Theodor Fontane: **Effi Briest** Roman

Klaus Mehnert: **Der deutsche Standort** Politische Analyse

Ephraim Kishon: **Salomos Urteil — zweite Instanz** Satiren

Franz Obermaier: **Ukraine** Land der schwarzen Erde

Rudolf Baumgart: **Die Rodendahls** Roman einer Danziger Familie

Leo Tolstoi: **Die Kreutzersonate** Roman

Zygmunt Jakubowski (Herausg.): **Die Kette** Polnische Novellen

Victor Hugo: **Der Glöckner von Notre-Dame** Roman

Richard Skowronnek: **Das große Feuer** Roman

Clara Viebig: **Die Passion** Roman

Edward Crankshaw: **Rußland und Chruschtschow** Ein Bild des heutigen Rußland

Oscar Wilde: **Das Bildnis des Dorian Gray** Roman

Herm. Siegfr. Rehm: **Feldmarschall Hellmuth v. Moltke** Ein Lebensbild

Fortsetzung von Seite 16

begeistert, sondern auch viele Schulklassen, und viele Bürger des Kreises Grafschaft Hoya haben sie gesehen. Gleichzeitig wurde den Urhebern der Ausstellung bewußt, welche Themen noch ergänzend zur Schau gestellt werden müssen Das wäre das ländliche Leben im Heimatkreis, ein Bauernmodell, die Gutshäuser im Kreise, eine Abteilung den Malern Tapiaus gewidmet: Lovis Corinth und Mollenhauer, ferner Wald und Jagd, die Ströme Alle und Pregel — Schiffahrt und Fischerei, die Fliehburgen der Pruzzen und die Ordensburgen. Alle Kreisangehörigen sollen hierzu beitragen und sich angesprochen fühlen, diese Bestrebungen zu unterstützen. Wer besitzt etwas, was sich für unser Heimatmuseum eignet, kann etwas herstellen, hat etwas hinübergerettet, Urkunden, Schriftstücke, Bücher aus einem Nachlaß, Bilder, Gemälde unserer Heimat? Alles interessiert.

Modell in Hamburg — Auf das Betreiben des Realschullehrers Bruno Schulz, Gr.-Weißensee, wurde in einer Schule in Hamburg-Wandsbek ein Modell der mittelalterlichen Stadt Wehlau von Schülern erbaut. Es wurde von einer Wehlauerin entdeckt. Dieses Modell wird 1975 anläßlich des 20jährigen Bestehens der Patenschaft Grafschaft Hoya—Wehlau gezeigt werden. — Es gilt auf kulturellem Sektor alles zu sammeln und zu erhalten, was uns verblieb. Auch 30 Jahre nach der widerrechtlichen, unmenschlichen Vertreibung sind wir nicht am Ende unserer Aufgaben.

Vereinsmitteilungen

Salzburger-Anstalt Gumbinnen und Salzburger-Verein

Geschäftsstelle:
48 Bielefeld, Postfach 7206
Telefon (05 21) 76 09 32

Gründung der Gruppe Baden

Karlsruhe — Im Rahmen des Bundestreffens der Angerburger und Salzburger wurde am 15. Juni der erste Vorstand der Gruppe Baden des Salzburger Vereins offiziell gewählt. Erich Jorga, Karlsruhe, wurde Obmann, seine Stellvertreter sind Friedrich Heinecker, Nöttingen, und Bruno Kobrzinowski, Calw-Heumaden. Zum Schatzmeister wurde Peter Kiep, Rastatt, gewählt. Beisitzer im Vorstand sind Urte Buxa, Karlsruhe, Werner Schwenzfeger, Rottweil, Alfred Berger, Ludwigshafen, Pfarrer Ernst-Albrecht Scharffetter, Reutlingen, und Ernst Kübler, Güglingen. Die Anschrift der Gruppe Baden lautet: 75 Karlsruhe 1, Kolberger Straße 4 g, Telefon 07 21 / 68 36 45.

Treffen von Absolventen der Gumbinner Technischen Staatslehranstalt für Maschinenwesen (Ingenieurschule)

Hamburg — Im Juni trafen sich die Absolventen des ersten HTL-Abschlusses (Examen Februar 1936) in Begleitung ihrer Ehefrauen zum zweitenmal, und zwar diesmal in Hameln. Bereits vor zwei Jahren hatten sich neun von elf Absolventen zum erstenmal seit dem Ingenieur-Examen nach 36 Jahren in Bad Nauheim zusammengefunden. Erst 1971 war es gelungen, die Anschriften zu ermitteln. Ein Kollege ist einige Jahre zuvor verstorben, vom elften, Nicolai, fehlt leider jede Spur. Inzwischen hat der Tod wieder eine Lücke gerissen, so daß nur acht Kollegen erscheinen konnten. Außerdem waren zwei frühere Dozenten der Ingnieurschule Gumbinnen gekommen, Oberbaurat Adolph und Baurat Herhahn und Frau. Auch diesmal fühlten sich alle wie eine große Familie. Wie in Bad Nauheim war auch dieses Treffen ein voller Erfolg dank der guten Vorbereitung der in Hameln wohnenden Studienfreunde. So genoß man diese Tage bei gemeinsamen Ausflügen in die schöne Umgebung. Beim Austausch alter Erinnerungen und Berichten über inzwischen Erlebtes verging die Zeit viel zu schnell. Man beschloß, in Zukunft jedes Jahr zusammenzukommen, und zwar 1975 in Hamburg. Es wurde die Frage gestellt, ob wohl auch bei anderen Absolventen der „Testala" Gumbinnen ein Interesse an einem Treffen aller Semester bestehe. Eventuelle Interessenten werden gebeten, sich an Alfred Kinnigkeit, 2000 Hamburg 55, Bredkamp 28 d, Telefon 0 40 / 86 63 14, zu wenden.

Salzburger Exulanten

Ein Jahr Fegefeuer für Michael Johann Kaßwurm

Von allen Volksgruppen, die vor 250 Jahren nach Ostpreußen kamen, um das von Krieg und Pest entvölkerte Land durch ihrer Hände Arbeit — auf die Hilfe des preußischen Königs und Gottes Segen vertrauend — zu neuer Blüte zu bringen, nahmen die Salzburger Emigranten in der Besiedlungsgeschichte unserer Heimatprovinz, von damals bis zum heutigen Tage, eine vordergründige Stellung ein. Der Grund ist leicht zu erklären: der unfreiwillige Auszug aus der Heimat um des Glaubens willen, die Leiden, die sie auszustehen hatten — das alles fand unter den kritischen Augen der damaligen Weltöffentlichkeit statt. Es fehlte nicht an Protestanten aus dem evangelischen Lager. Das alles wurde weithin vermerkt und protokolliert und ging schon darum in die Geschichte ein.

Was die unmittelbar Betroffenen als Trübsal und Bitternis in ihren Herzen empfanden, brachte ihnen auf dem weiten Weg in die Fremde einen Glorienschein. Historiker und Dichter nahmen sich des Stoffes mit gleichem Eifer an, ihn zu gestalten und auszuwerten. Noch zu Beginn unseres Jahrhunderts wußte jedes ostpreußische Kind aus dem Geschichtsunterricht, woran die Salzburger als Mitbürger zu erkennen waren: ihre Namen endeten fast alle mit „er", wie Ulmer, Lackner, Lehhofer; so jedenfalls lernte man es im Volkskundeunterricht.

*

Vor diesem geschichtlichen Hintergrund gesehen, erregt ein unlängst in einem Salzburger Verlag erschienener Roman unsere Aufmerksamkeit, der zugleich aus den eben angeführten Fakten seine Aktualität bezieht, denn das Schicksal der „Exulanten" vor zweihundertfünfzig Jahren lebt als Erinnerung in uns fort. Es ist aber auch dort, im Salzburger Land, nicht dem Vergessen anheimgefallen, wie aus dem eben genannten Buch zu erkennen ist; wäre es anders, gäbe es dieses Buch nicht.

Wilhelm G. Resch, „Ein Jahr Fegefeuer für Michael Johann Kaßwurm", Roman. Verlag der Salzburger Druckerei. 424 Seiten.

Der ‚Held' des Romans ist ein katholischer Priester aus Taxenbach im Pinzgau, der vom erzbischöflichen Konsistorium in Salzburg die Erlaubnis erhalten hat, sich nach dem berühmten Gasteiner ‚Wild-Bad' zu begeben, um eine schmerzhafte Gicht auszukurieren. Man schreibt das Jahr 1732. Er ist auf die betulich-launenhafte Gangart seines Maultiers angewiesen; so wird es ein langer, beschwerlicher Weg, der ihn an verlassenen, dem langsamen Verfall geweihten Höfen vorüberführt — einstige Heimstatt der ‚Ketzer', die Firmian, Fürstbischof von Salzburg, aus dem Lande vertrieben hat, um den ‚grassierenden Wahnwitz des Abfalls von der alleinseligmachenden Kirche' von Grund auf auszumerzen. Am Ziel seiner Wünsche in Hoffnung auf Genesung angekommen, muß Kaßwurm von seinem dort amtierenden Amtsbruder erfahren, daß das Übel der Ketzerei keineswegs ausgetilgt sei. Es ist viel schlimmer darum bestellt: die Lutheraner wirken im Untergrund fort und sind schwer zu fassen.

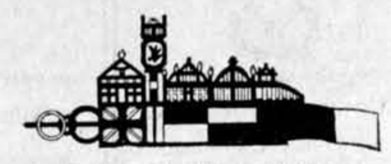
Kaßwurm gerät in den Wirbel einer Verfolgungs-Kampagne hinein. Er faßt sein Priesteramt anders auf als die Schergen, die Firmian ausgesandt hat; wie ein guter Hirte geht er den verlorenen Schafen nach, um sie in kluger Redsamkeit für den „wahren Glauben" zurückzugewinnen. Er kann aber nicht verhindern, daß eine Anzahl von Männern, Frauen und Kindern in den Kerker gebracht und verhört oder gefoltert wird; eine Frau, die ihm nahestand, wird ausgepeitscht und findet dabei den Tod.

Er selbst gerät in den Verdacht, der Inquisition entgegenzuwirken. Vor einem Hohen Gericht soll er sich rechtfertigen und wird zu schwerem Kerker verurteilt. Firmian, der Erzbischof, läßt ihn vor sich kommen. Von ihm befragt, erwidert Kaßwurm, er sei allein seinem Gewissen gefolgt. Darauf Firmian: „Das Gewissen bin ich!" Trotzdem begnadigt er ihn, trägt ihm aber als Buße auf, als Seelsorger im Leprosenheim in Salzburg, einem Spital für Unheilbare, einem Ort der Verdammnis, zu wirken.

Das ist das „Fegefeuer", das für ein Jahr über Kaßwurm gekommen ist. Wie er es in Demut und tätiger Barmherzigkeit erträgt, als ein wahrhaft christlicher Priester besteht, die Dispute mit seinen Widersachern, seine Gespräche mit Gleichgesinnten und Freunden aus allen Lagern, seine Begegnungen mit Firmian, der am Ende selbst von der Lauterkeit des Priesters überzeugt ist und seinen eigenen Standpunkt zumindest überprüft — das alles macht den eigentlichen Inhalt des Buches aus, als Vorbild und Beispiel für alle diejenigen, die irrtümlich annehmen, daß sie ihr eigenes Heil und das Heil der Menschen, die ihnen anvertraut sind, anders bewirken sollen und können als durch tätige Liebe und Treue.

Es ist ein Buch, das jeden anzusprechen vermag, von Dramatik und Spannung erfüllt, einprägsam, belehrend und tröstend. Wir, die „ostpreußischen Salzburger", erleben zusätzlich darin die plastisch eindrucksvoll gestaltete, einstige Urheimat in ihrer Schönheit, ihrer Härte, ihrer Faszination, ein Land, das niemals aufgehört hat, seine Menschen zu prägen. Vielleicht erkennt sich manch einer selber an diesem Bild.

p. b.



Heimattreffen 1974

August

3./4. **Lyck:** Jahrestreffen, Hagen
3.—6. **Fischhausen:** Seestadt Pillau, Eckernförde
25. **Rastenburg:** Haupttreffen, Wesel, Niederrheinhalle
31. **August/1. September Goldap:** Jahreshaupttreffen, Stade

September

1. **Osterode:** 20 Jahre Patenschaft, Osterode/Harz, Stadthalle
7./8. **Angerburg:** Angerburger Tage, Rotenburg/Wümme
7./8. **Bartenstein:** Haupttreffen, Nienburg/Weser
7./8. **Neidenburg:** Hauptkreistreffen, Bochum, Ruhrlandhalle
8. **Johannisburg:** Haupttreffen, Dortmund, Reinoldi-Gaststätte
8. **Memel/Heydekrug/Pogegen:** Ostseetreffen, Travemünde
8. **Ortelsburg:** Kreistreffen, Essen, Huyssenallee 53/57, Städtischer Saalbau
8. **Pr.-Holland:** Kreistreffen, Itzehoe, Gaststätte Lübscher Brunnen
14./15. **Gumbinnen:** Haupttreffen, Bielefeld, gemeinsam mit dem Salzburger Verein
15. **Ebenrode:** Kreistreffen, Winsen (Luhe), Bahnhofshotel
15. **Fischhausen:** Hauptkreistreffen, Pinneberg, Hotel Cap Polonia
15. **Lötzen:** Regionaltreffen, Essen, Huyssenallee 53/57, Städtischer Saalbau
15. **Rößel:** Heimatbund, Meppen/Ems, Kolpinghaus
16. **Rößel:** Heimatbund, Meppen (Ems), Kolpinghaus
Mitte September Gerdauen: Hauptkreistreffen, Düsseldorf
21./22. **Königsberg-Land:** Hauptkreistreffen Minden
22. **Braunsberg:** Jahrestreffen, Münster/Westfalen
22. **Heilsberg:** Kreistreffen, Köln, Flora-Gaststätten
22. **Memel/Heydekrug/Pogegen:** Regionaltreffen Süd, Stuttgart-Feuerbach, Im Föhrich, Freizeitheim
22. **Osterode:** Kreistreffen, Recklinghausen, Städt. Saalbau
26. **Tilsit-Stadt/Tilsit-Ragnit/Elchniederung:** Kreistreffen, Wanne-Eickel, Volkshaus, Röhlinghausen
29. **Angerapp:** Jahreshaupttreffen, Mettmann Adlerstraße 5, Kolpinghaus
29. **Johannisburg:** Kreistreffen, Hamburg, Haus des Sports

Oktober

6. **Memel, Heydekrug, Pogegen:** Regionaltreffen für den Bezirk West, Münster, Festsaal Lindenhof, Promenade am Hindenburgplatz
19./20. **Mohrungen:** Haupttreffen, Gießen, Kongreßhalle
20. **Lyck:** Bezirkstreffen, Hannover, Hauptbahnhof, Gaststätte

Desinteresse am Pfandbriefmarkt

Vertrauensschwund bei den privaten Sparern

Köln — Viele Besitzer niedrigverzinslicher Wertpapiere sind durch den Kursrückgang am Rentenmarkt in ernste Bedrängnis geraten. Besonders ältere Menschen, die dereinst ihre Ersparnis in Rentenwerten als Altersvorsorge angelegt haben, befinden sich in einer echten Notlage. Wovon sollen sie ihren Lebensunterhalt bestreiten? Aber staatliche Hilfsmaßnahmen werden von der Regierung mit der Begründung abgelehnt, daß eine Unterstützung dieser Sparergruppe allzuleicht weitere Forderungen nach Indexklauseln nach sich ziehen könnte und damit letztlich der Inflation zusätzlichen Auftrieb geben würde.

Das ist eine erstaunliche Argumentation, wenn man bedenkt, daß vor etwa einem halben Jahr die Pfandbriefbanken verschiedene Vorschläge gemacht haben, wie den Rentensparern auf andere Weise als durch die Einführung von Indexklauseln geholfen werden könnte. Im einzelnen wurde vorgeschlagen:

1. Die Einrichtung eines Sozialfonds, aus dem Pfandbriefsparern in begründeten Notfällen geholfen werden könnte;

2. die Anhebung des Nominalzinssatzes bei niedrigverzinslichen Papieren durch den Staat nach italienischem Vorbild;

3. eine teilweise Befreiung der Zinserträge von der Einkommensteuer;

4. eine Verzinsung der Mindestreserveguthaben der Banken nach Maßgabe ihrer Bestände an niedrigverzinslichen Schuldverschreibungen.

Während die Einrichtung eines Sozialfonds auf eine gezielte Hilfe ähnlich wie bei der Zahlung des Wohngeldes und des Heizölkostenzuschusses hinausliefe, sind die übrigen hier aufgezeigten Möglichkeiten darauf abgestellt, durch Verbesserungen in der Ausstattung der Papiere die Nachfrage zu beleben und auf diese Weise ein Anziehen der Kurse zu erreichen. Keine Spur von Indexbindung.

Um so verwunderlicher ist das Bonner Desinteresse, denn wie man hört, hat sich die Bundesregierung bisher mit keinem Wort zu den Vorstellungen der Pfandbriefbanken geäußert. Dabei müßte gerade der Bund an einer möglichst raschen Lösung des Problems der Niedrigverzinslichen interessiert sein. Denn immerhin sollen von Bund, Ländern und Gemeinden über den Rentenmarkt in diesem Jahr 30 Milliarden DM aufgebracht werden. Aber wie soll das bewerkstelligt werden bei einem solchen Vertrauensschwund wie wir ihn seit einigen Monaten bei den privaten Sparern erleben? Hoffentlich begreift man in Bonn nicht erst, wenn es zu spät ist, wie prekär die Lage inzwischen geworden ist.

F. P.

Kants Lehre - Modellfall für unsere Zeit

Ausstellung des Kulturrats und der Bonner Universitätsbibliothek

Der Kern dessen, was Kant wollte, kann als ein Modell dafür gelten, was auch heute zu tun ist. Diese für unsere Kulturpolitik wichtige Feststellung traf Professor Dr. Hans Wagner in seiner Festrede zur Eröffnung der Ausstellung „Immanuel Kant", die der Ostdeutsche Kulturrat und die Bonner Universitätsbibliothek gemeinsam veranstalteten. „Kants kulturkritische Bedeutung heute" war das Thema des Bonner Universitätsprofessors mit bayrischem Akzent, der das Leben und Denken des Königsberger Philosophen in eindrucksvoller und verständlicher Weise darlegte und besonders diejenigen seiner Lehren hervorhob, die heute noch Gültigkeit in unserem Gesellschaftssystem haben. Obwohl Kant die moralischen Probleme, die erst der positive und zweifelhafte Fortschritt hervorgerufen hat, noch unbekannt waren, gelten seine vorwärtsführenden Folgerungen auch 250 Jahre später noch als brauchbare Lösungsansätze.

Eine bessere Einführung als dieser Festvortrag zu der kleinen, aber außerordentlich instruktiven Ausstellung ist kaum denkbar. In Glasvitrinen werden Bücher und Schriften übersichtlich gezeigt, angereichert mit Karten, alten Stichen und Fotografien. Der Beschauer kann den Lebensweg des Sattlermeister-Sohnes verfolgen: seine Herkunft und Schulzeit, seine Tätigkeit als Universitäts- und Hauslehrer, als Magister und Professor. Urkunden wie etwa die „Bestallungsurkunde als Professor für Logik und Metaphysik" machen die Schau lebendig. Besonders interessant ist die Darstellung „Ein Tag im Leben Kants", die neben einer alten Uhr den genauen Tagesablauf des Philosophen vom Aufstehen um fünf Uhr früh an verfolgt. Der Abschluß des Rundgangs ist den Zeitgenossen Kants gewidmet, die in Porträts und Scherenschnitten zu sehen sind; auf einer Tafel finden wir Äußerungen seiner Mitmenschen über ihn. Schließlich werden auch Übersetzungen seiner Werke ins Polnische, Lateinische, Dänische, Französische, Englische und in eine ostasiatische Sprache gezeigt. Selbst Kuriositäten sind zusammengetragen worden, darunter als Leihgabe des Essener Folkwang-Museums die Tasse des Philosophen.

Diese Bonner Ausstellung läßt nicht nur Kant und seine Zeit im alten Königsberg wieder lebendig werden, sondern sie unterstreicht Professor Wagners Hinweis, daß der bedeutendste deutsche Denker „auf dem Felde der Philosophie zum Europäer geworden" ist. **Karin Karbe**

Allenstein (jon) — Ein ungewöhnliches Jubiläum beging eines der „ältesten Gestüte Polens", das Gestüt in Liesken, Kr. Bartenstein, schreibt die Breslauer Zeitung „Slowo Polskie". Seit Kriegsende hat das ehemalige deutsche Gestüt 2000 Reitpferde ins westliche Ausland exportiert und damit die Deviseneinnahmen des polnischen Staates um rund 2 Millionen Dollar aufgebessert. Jährlich würden in diesem mustergültigen Gestüt, das seit 22 Jahren von Dr. J. Pacynski geleitet wird, 600 Reit- und Turnierpferde gezüchtet.

Erstes Tragflügelboot auf den Masurischen Seen

Allenstein (jon) — Mit Beginn der diesjährigen Sommersaison am 1. Mai wurde zum ersten Male ein sowjetisches Tragflügelboot zur Touristenbeförderung auf den Masurischen Seen eingesetzt. Das neue Schiff, das 80 Personen Platz bietet, soll über den Löwentin- und Spirdingsee auf der Strecke Lötzen — Nikolaiken — Niedersee verkehren. Die Breslauer Zeitung „Slowo Polskie" meint dazu, daß das mit 60 Stundenkilometern dahingleitende neue Touristenschiff mit dem Namen „Zefir" den Sommergästen gewiß eine attraktive Abwechslung bieten werde.

FAMILIEN-ANZEIGEN

Heute entschlief sanft und ruhig im 98. Lebensjahr mein lieber Vater, Schwiegervater, unser guter Großvater und Onkel

Franz Wischnat

aus Gobern, Kreis Schloßberg

In stiller Trauer
im Namen
aller Angehörigen
Erwin Wischnat und Frau
Gerda, geb. Nickel
Ingrid und Heike
als Enkelkinder

2854 Loxstedt, den 26. Juni 1974
Neissestraße 42

Die Beerdigung fand am Freitag, dem 28. 6. 1974, in Loxstedt statt.



Unser liebe Mutti, Frau
Lydia Mattulat
geb. Woska
ehem. Hebamme
in
Seckenburg, Kr. Elchniederung
jetzt wohnhaft
285 Bremerhaven, Bremer Str. 9
feiert am 10. Juli 1974
ihren 80. Geburtstag.
Es gratulieren recht herzlich
DIE DANKBAREN KINDER



Am 7. Juli 1974 feiert unsere Mutter und Großmutter
Rosa Fox
geb. Petter
aus Korschen, Mittelstraße 10
den 80. Geburtstag.
In Liebe und Dankbarkeit gratulieren
ihre Kinder
und Enkelkinder
5600 Wuppertal 11,
Haeselerstraße 63



Unsere liebe Omi, Frau

Eliesabeth Borbstädt

geb. Schlegelberger
aus Neuhof, Lasdehnen, Kreis Pillkallen, Ostpreußen

wird am 6. Juli 85 JAHRE.

Es gratuliert herzlichst im Namen aller Angehörigen
Waltraut Bachler, geb. Borbstädt

2352 Bordesholm, Im Winkel Nr. 9



Unserem lieben Vater

Walter Stoermer

aus Königsberg (Pr), Lizentstr. 3
jetzt 2 Hamburg 70, Bärenallee 25
— Alterspension —

gratulieren wir herzlichst zum 85. Geburtstag am 7. Juli 1974 und wünschen ihm weiterhin alles Gute.

ULLA und WALTER

Wir trauern um den plötzlichen Heimgang unserer ältesten Schwester

Magdalene Boss

Dipl.-Gewerbelehrerin i. R.

* 20. 5. 1891 in Tilsit (Ostpreußen) † 28. 6. 1974 in Bad Schwartau

Im Namen aller Hinterbliebenen
Margot Boss

2 Hamburg 73, Alter Zollweg 115

Die Beerdigung hat in aller Stille auf dem Friedhof Hamburg-Rahlstedt stattgefunden.

Am 10. Juli 1974 jährt sich der Todestag meiner lieben Frau, unserer guten Mutter

Erna Jeschke

geb. Franz

geb. 1911 Königsberg (Pr) gest. 1973 Cuxhaven

In stillem Gedenken
Walter Jeschke, Cuxhaven
Marianne Jaehn, geb. Jeschke, Vista (Californien)
Jürgen Jeschke, Hamfelde
Renate Jeschke, Cuxhaven

219 Cuxhaven, Warthestraße 1

Helga Lorenz

geb. Endom

* 4. Juli 1920 † 25. Juni 1974

Nach schwerer Krankheit ist meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante für immer von uns gangen.

Friedrich Lorenz
Peter Klein und Frau Gerhild, geb. Lorenz
mit Regina und Andreas
Irene Rohdmann
und Angehörige

68 Mannheim, Käfertaler Straße 206

Die Trauerfeier hat im engsten Familienkreis stattgefunden.

Am 18. Juni 1974 entschlief im 77. Lebensjahre nach kurzer Krankheit unsere liebe

Martha Woelk

geb. Wilde
aus Königsberg (Pr)

Sie lebte, um andere zu erfreuen und ihnen zu helfen in unermüdlicher Arbeit.
Uns hieß „unser Marthchen" 45 Jahre auch über die ostpreußische Heimat die Treue.

In dankbarer Erinnerung
Hans Svendsen
für die ganze Familie
und ihre Freunde

69 Heidelberg, Ziegelhäuser Landstraße 31

Die Trauerfeier fand am Freitag, den 21. Juni 1974, in der Kapelle des Bergfriedhofes zu Heidelberg statt.

Fern ihrer ostpreußischen Heimat beendete ein sanfter Tod den Lebensweg unserer lieben Mutter und Schwiegermutter

Meta Schaar

geb. John
aus Breitenstein (Ostpreußen)

im 83. Lebensjahre.

Alfred Schaar (im Osten vermißt)
Rudi Schaar (im Osten vermißt)
Herta Schaar, geb. Zeising

29 Oldenburg, Gartenstraße 15, den 23. Juni 1974

Unsere Schwester

Frieda Lehwald

geb. 7. 6. 1894
Neumalken, Borschimmen und Sentken, Kreis Lyck

hat am 22. 6. 1974 ganz plötzlich unseren Geschwisterkreis für immer verlassen. Sie folgte nach einem halben Jahr unserer ältesten Schwester

Gertrud Cizek

geb. Lehwald
geb. 1. 11. 1890

Die trauernden Geschwister und Familien
Max Lehwald und Helene Jeromin
2 Hamburg 63, Alsterkrugchaussee 575
Kurt Lehwald
2 Hamburg 68, Op de Elg 39
Martha Langheim
2 Hamburg 63, Timm-Kröger-Weg 19

Nach einem erfüllten Leben verstarb heute im Alter von 82 Jahren meine gute Lebensgefährtin, unsere liebe Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester und Tante

Maria Kuhn

geb. Ziganke
aus Ernsthof, Kreis Allenstein

In stiller Trauer
Hans Kuhn
Christine Mathei, geb. Kuhn
Herbert Mathei
Ilse Krüll, geb. Kuhn
Heinz-Theo Krüll
Annemarie Köcke, geb. Kuhn
Wolfgang Köcke
Enkelkinder Cornelia, Michael, Iris und Katja

463 Bochum, Am Hülsenbusch 12, den 21. Juni 1974

Die Beerdigung fand am 25. Juni 1974 in Bochum statt.

Nach kurzer, schwerer Krankheit nahm Gott, der Herr, in den frühen Morgenstunden des heutigen Tages meine liebe Frau, unsere treusorgende Mutter, Schwiegermutter und Großmutter, unsere gute Schwester, Schwägerin und Tante

Amalie Mikoleit

geb. Leymann

* 4. 9. 1902 † 22. 6. 1974

zu sich in sein Reich.

In tiefer Trauer
im Namen aller Angehörigen
Emil Mikoleit

46 Dortmund, Markgrafenstraße 33

Fern der Heimat entschlief nach längerem Leiden meine liebe Frau, unsere liebe Mutter, Schwiegermutter, Oma und Uroma

Minna Pieck

geb. Noetzel
aus Urbansprind (Elchniederung)

* 4. 1. 1893 † 26. 6. 1974

Im Namen der Hinterbliebenen
Karl Pieck

2390 Unaften bei Flensburg
2305 Heikendorf bei Kiel, Röbsdorfer Weg 15

Die Beisetzung hat am 28. Juni 1974 in Heikendorf stattgefunden.

Schlicht und einfach war Dein Leben,
treu und fleißig Deine Hand,
für die Deinen nur zu streben,
weiter hast Du nichts gekannt.

Der Herr über Leben und Tod nahm heute nach kurzer Krankheit, jedoch plötzlich und unerwartet, meinen lieben Mann, unseren guten Vater und Schwiegervater, den lieben Opa, Bruder, Schwager und Onkel, Herrn

Artur Blonski

im Alter von 66 Jahren zu sich in sein ewiges Reich. Er starb fern von seiner geliebten Heimat Ostpreußen.

In tiefer Trauer
Lotte Blonski, geb. Melchien
Gerhard Blonski und Frau Sigrid, geb. Melchien
Ursula Warschun, geb. Blonski
Waldemar Warschun
Bernd-Georg und Heike als Enkel
und alle Anverwandten

5255 Loope, Perdt, den 12. Juni 1974
5064 Rösrath, Kölner Straße 28

Die Beerdigung hat am 18. Juni 1974 in Rösrath stattgefunden.

Gott erlöste unsere liebe Mutter, Schwiegermutter, Großmutter und Urgroßmutter

Gertrud Walther

geb. Nicolai

* 10. 2. 1899 † 26. 6. 1974

von ihrem langen, schweren Leiden.

Sie folgte unserem unvergessenen Vater

Roderich Walther

letzter Landrat
des Kreises Gumbinnen (Ostpreußen)

nach fast 8 Jahren in die Ewigkeit.

Felicitas v. Borell du Vernay, geb. Walther
Irmgard Walther
Jutta Schorn, geb. Walther
Dr. Wilfried v. Borell du Vernay
Hans Jürgen Schorn
5 Enkel und 3 Urenkel

3548 Arolsen, Helenenheim, Helenenstraße 13

Die Trauerfeier fand Montag, den 1. Juli 1974, um 11.00 Uhr in der Kapelle des Diakonissen-Mutterhauses statt.
Die Urnenbeisetzung erfolgt später in Marburg.

Am 12. Juni 1974 verstarb im 87. Lebensjahr nach längerer Krankheit mein lieber Vater

Ernst Ziehe

Landwirt
aus Tutschen, Kreis Stallupönen

In stiller Trauer
im Namen aller Angehörigen
Ruth Mirbach, geb. Ziehe

29 Oldenburg, Hugo-Gaudig-Straße 19

Wir haben unseren lieben Entschlafenen am 17. Juni 1974 in Hetzdorf zur letzten Ruhe gebettet.

Das ist meine Freude,
daß ich mich zu Gott halte
und meine Zuversicht setze auf Gott,
den Herrn,
daß ich verkündige all dein Tun.
Psalm 73, 28

Am 7. Juni 1974 rief Gott, der Herr, unseren lieben Vater, Großvater und Bruder

Propst i. R.

Johannes Schenk

geb. 31. 8. 1903 in Paaris, Kreis Rastenburg

ganz plötzlich und unerwartet zu sich in sein Reich.

Im Namen aller Angehörigen
Johannes Schenk und Frau Liselotte
geb. Lemcke
mit Christoph, Elisabeth und Friedemann
Schwerin, Gerhart-Hauptmann-Straße 2
Pastor i. R. Gerhard Schenk und Frau Hertha
geb. Markowski

3101 Hambühren II bei Celle, Lindenstraße 45

Die Beisetzung fand am 12. Juni 1974 in Schwerin statt.

Du warst so treu und herzensgut
und mußtest doch so Schweres leiden;
doch jetzt ist Friede, Licht und Ruh',
so schmerzlich auch das Scheiden.

Gott der Allmächtige nahm heute meinen lieben Mann, meinen guten Vater, Großvater, Bruder und Onkel

Rudolf Baruth

Zimmerbude, Kreis Fischhausen,
und Königsberg (Pr), Oberhaberberg 87

im Alter von 75 Jahren zu sich in sein Reich.

In stiller Trauer
Martha Baruth, geb. Knorr
Gerda Schöttke, geb. Baruth
Ingrid Schöttke

46 Dortmund-Brackel, Thranestraße 40, den 11. Juni 1974

Nach schwerer Krankheit entschlief am 6. Juni 1974 mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater, Opa, Schwager und Onkel

Wilhelm Nowack

Lehrer a. D.
Gr.-Lasken, Kreis Lyck

im 73. Lebensjahre.

In stiller Trauer
Erna Nowack, geb. Murawski
Heinrich Dirks und Frau Ingrid, geb. Nowack
Barry Lynch und Frau Heidi, geb. Nowack
Rüdiger und Holger Dirks als Enkel
Alfred Nowack und Frau Hertha, geb. Murawski

2942 Jever, Bahnhofsweg 29, den 6. Juni 1974

Adolf Schwarz

Spediteur

aus Eydtkau, Kreis Ebenrode

* 7. 5. 1885 † 9. 6. 1974

In stiller Trauer und Dankbarkeit
im Namen aller Angehörigen

Frida Schwarz, geb. Schneider
Gerhard Schwarz
Wieland Schwarz
Regina Schwarz

43 Essen, Mommsenstraße 1

Achtung erwarb Dein Tun;
Liebe gewann Dein Sein!

Wir trauern um meinen geliebten Mann, unseren guten, treusorgenden Vater, lieben Bruder, Schwieger- und Großvater,

den früheren Bankleiter und Kaufmann

Walter Plenio

aus Treuburg (Ostpreußen)

der nach schwerer Krankheit im Alter von 71 Jahren unerwartet in den Frieden Gottes heimging.

Sein schlichtes Leben war Fürsorge für die Seinen.

In tiefem Leid

Helene Plenio, geb. Jakubzik
Dietrich Plenio und Frau
Konrad Plenio
Dr. Hans-Ulrich Plenio
sowie die Enkelkinder
Dieter, Lutz, Burkhard, Sabine, Andrea
und alle Angehörigen

293 Varel I (Büppel), Dorfstraße 77, den 18. Juni 1974

Wir haben unseren lieben Verstorbenen am 21. Juni 1974 auf dem Friedhof zu Varel beigesetzt.

Mein geliebter, herzensguter Mann

Paul Hagedorn

geb. 25. 3. 1880

ist nach kurzer, schwerer Krankheit am 1. Juni 1974 gestorben.

Unser langer, gemeinsamer Lebensweg in Glück und Leid machte mir das Abschiednehmen von ihm sehr schwer.

Das Erbe seiner Väter verloren zu haben, „das Hagedornsche Stift" in Königsberg (Pr), Hardenbergstraße 12/14, das er mit Liebe pflegte, war sein Schmerz.

In großem Leid

Ida Hagedorn, geb. Feustel

2 Hamburg 26, Bürgerweide 27

Nach langer Krankheit entschlief am 26. Mai 1974 mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater, Opa, Uropa, Bruder und Schwager, der

Post-Oberschaffner i. R.

Karl Mareck

aus Königsblumenau, Kreis Pr.-Holland

im 81. Lebensjahre.

In stiller Trauer

Marta Mareck, geb. Graf
und Angehörige

3111 Wichtenbeck, Kreis Uelzen

Unseren ostpreußischen Freunden und Bekannten teilen wir mit, daß mein lieber Mann, unser guter, treusorgender Vater, Opa, Uropa, Bruder, Schwager und Onkel

Paul Saloga

aus Kl.-Jerutten, Kreis Ortelsburg, Ostpreußen

geb. 22. 11. 1899 verst. 18. 6. 1974

plötzlich und unerwartet von uns gegangen ist.

In stiller Trauer
im Namen aller Angehörigen
Marie Saloga, geb. Symannek

8574 Krottensee/Neuhaus Nr. 58

Mein lieber Mann, unser lieber Vater ist heute plötzlich und unerwartet in Frieden entschlafen.

Dr. Konrad Bacher

* 28. 11. 1911 in Eydtkuhnen (Ostpreußen)
† 20. 6. 1974 in Mainz

Charlotte Bacher, geb. Erwin
Konrad Bacher
Sabine Bacher
Wolfgang Bacher
Dorothee Bacher
und Anverwandte

6535 Gau-Algesheim, Binger Straße 5

Die Beisetzung fand am Dienstag, dem 25. Juni 1974, um 13.00 Uhr auf dem Friedhof Gau-Algesheim statt.

Mein guter Lebenskamerad, unser lieber Vater, Schwiegervater, Opa, Schwager und Onkel

Oberstraßenmeister a. D.

Max Naudszus

aus Insterburg, Ostpreußen, Bismarckstraße 13

ist am 16. Juni 1974 im Alter von 81 Jahren von uns gegangen.

In tiefer Trauer

Maria Naudszus, geb. Schebsdat
Hellmuth Naudszus und Frau Christel, geb. Grenz
und Angehörige

459 Cloppenburg, Wangerooogestraße Nr. 11

Dabeisteh'n und nicht helfen können,
war unser größter Schmerz.

Fern seiner geliebten Heimat entschlief nach langer, schwerer Krankheit, jedoch plötzlich und unerwartet, mein lieber Mann, unser treusorgender Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel, der

Landwirt

Wilhelm Sadlowski

aus Neukiwitten, Kreis Ortelsburg (Ostpreußen)

im 76. Lebensjahr.

Er folgte unserer lieben Mutter nach zwei Jahren in die Ewigkeit.

In tiefer Trauer
im Namen aller Angehörigen
Emma Sadlowski und Kinder

4803 Steinhagen, Alte Landstraße 6, den 11. Juni 1974
Amselstraße 400
Okahandja/Südwestafrika

Die Trauerfeier und Beisetzung hat am 14. Juni 1974 in Steinhagen stattgefunden.

Fern seiner geliebten, unvergessenen Heimat entschlief am 1. Juni 1974 mein lieber, herzensguter Mann

Landwirt

Otto Klein

aus Thiergarten, Kreis Angerburg

im Alter von 75 Jahren.

In stiller Trauer

Erika Klein
und alle Angehörigen

5604 Neviges, Elsbeeker Straße 56

Die Beerdigung hat am Montag, dem 10. Juni 1974, auf dem hiesigen Friedhof stattgefunden.

Am 31. Mai 1974 entschlief im 83. Lebensjahr unsere liebe Mutter und Oma

Amalie Doliwa

geb. Karpinski

aus Offenau, Kr. Johannisburg

In stiller Trauer

DIE KINDER
UND ENKELKINDER

2302 Flintbek
Altenkircher Straße 1



Nach langer Krankheit und doch unerwartet ging unser Landsmann und Freund

Horst Rusch

aus Elbing

im 56. Lebensjahr von uns.

Für die langjährige rührige Mitarbeit in unserem Vorstand, getragen von seiner immer fröhlichen Art und einer tiefen Heimatliebe, schulden wir ihm vielen Dank.

Wir werden seine Treue durch stetes Gedenken über das Grab hinaus vergelten.

Die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen
Bremen-Nord, im Juni 1974
Gerhard Haese

Herr, dein Wille geschehe!

In den Morgenstunden des 23. Juni 1974 verließ uns unser lieber Vater, Schwiegervater, Opa, Bruder, Schwager und Onkel

Rudolf Poszich

geb. 10. 1. 1896 gest. 23. 6. 1974
aus Wigrinnen, Kreis Sensburg

In stiller Trauer
im Namen aller Angehörigen

Theodor Poszich und Frau Inge, geb. Sommer
Bernhard Stopka und Frau Ursel, geb. Poszich
Dirk, Iris und Heike als Enkelkinder

5608 Radevormwald, Jung-Stilling-Weg 7
Trauerhaus Neheim-Hüsten II, Bodikusweg 3

Die Beisetzung fand am 27. Juni 1974 um 13.30 Uhr auf dem Waldfriedhof Neheim-Hüsten statt.

Am 21. Juni 1974 entschlief nach langer, schwerer Krankheit mein lieber Mann, unser herzensguter Vater, Schwiegervater und Opa

Ernst Dmoch

aus Drigelsdorf, Kreis Johannisburg

im Alter von 72 Jahren.

In stiller Trauer

Emma Dmoch, geb. Dekarski
Siegfried Scheiter und Frau Christel, geb. Dmoch
Dietrich Dmoch und Frau
Siegfried Dmoch und Frau
Werner Dmoch und Frau
und alle Angehörigen

2408 Niendorf/Ostsee, Travemünder Landstraße 30

Die Trauerfeier hat am 26. Juni 1974 in aller Stille stattgefunden.

Nach einem erfüllten Leben verschied plötzlich und unerwartet, kurze Zeit nach dem Wiedersehen seiner geliebten Heimat, unser lieber Vater und Großvater, unser guter Bruder, Schwager und Onkel

Fritz Schweitzer

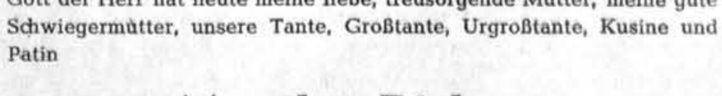
aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, Ostpreußen
geb. 23. 11. 1898 gest. 23. 6. 1974

In Liebe und Dankbarkeit trauern um ihn

Lothar Schweitzer und Frau Katt, geb. Nacken
Heinz Konopasek und Frau Lili, geb. Schweitzer
Fritz Kümmel und Frau Margot, geb. Schweitzer
die Enkelkinder
Angelika, Heike, Petra, Andre, Sascha
und alle Verwandten

53 Bonn-Holzlar, Birkenweg 9

Gott der Herr hat heute meine liebe, treusorgende Mutter, meine gute Schwiegermutter, unsere Tante, Großtante, Urgroßtante, Kusine und Patin



geb. Graschies

aus Tilsit, Ostpreußen, Stiftstraße 1

im 92. Lebensjahre abberufen.

In stiller Trauer

Adolf und Erika Beha, geb. Richter

782 Titisee-Neustadt, Schurthplatz 5, am 7. Juni 1974

Von der Friedhofskapelle aus haben wir sie am Mittwoch, dem 12. Juni 1974, um 15 Uhr zur letzten Ruhe geleitet.

Der Philosoph auf dem Königsthron

Friedrich der Große von Preußen und seine Zeit — Gedanken zu einem neu erschienenen Buch

Es gibt wohl — sieht man von Napoleon I. ab — kaum eine Herrscherpersönlichkeit der europäischen Geschichte, die im letzten Vierteljahrtausend die Gemüter so fasziniert hat und bis heute fasziniert, wie König Friedrich II. von Preußen, genannt Friedrich der Große.

Schon zu seinen Lebzeiten, so hat ein kluger Mann einmal gesagt, hätte der Herausgeber eines damaligen „Who's who?" für das Kapitel über diesen Preußenkönig mehr Raum benötigt als für irgend einen anderen Prominenten des 18. Jahrhunderts. Niemand wurde öfter in Zeitungen und Almanachen erwähnt, niemand öfter karikiert, aber niemanden waren mehr Witze und Anekdoten im Umlauf, niemand war über die preußischen Grenzen hinaus so volkstümlich wie dieser König Friedrich, den seine Gegner spöttisch den „Sandgrafen von Brandenburg" zu nennen pflegten und der auch im päpstlichen Staatskalender nur als Markgraf von Brandenburg geführt wurde, weil die Kirche die Säkularisierung des Ordenslandes Preußen durch den hohenzollernschen Markgrafen Albrecht von Brandenburg immer noch nicht vergessen hatte. (Den Königstitel billigte man päpstlicherseits erst 1788 Friedrichs rechtmäßigem Neffen und Nachfolger Friedrich Wilhelm II. zu).

Ansonsten aber war nicht nur „ganz Deutschland fritzisch gesinnt", wie sich der junge Goethe einmal ausdrückte. In England benannte man während des Siebenjährigen Krieges zahlreiche Gasthöfe „Zum König von Preußen", und selbst im fernen Amerika entstand im heutigen Bundesstaat Pennsylvania ein Gasthaus dieses Namens, das schließlich sogar einem Ort bis heute den Namen „King of Prussia" gab, der auch im Poststempel erscheint.

Nach dem Zweiten Weltkrieg war Friedrich II. für die meisten Autoren zunächst suspekt wie Preußen überhaupt, das ja Anfang 1947 vom Alliierten Kontrollrat in Berlin offiziell aufgelöst und zu Grabe getragen worden war. Dann aber setzte eine friderizianische Renaissance ein: Anekdotenbändchen über den König erschienen ebenso wie seine häufig witzigen, manchmal auch galligen Randbemerkungen, die er in oft gräßlicher Orthographie auf Bittschriften, Eingaben und Gesuche zu kritzeln pflegte. Es erschien auch wieder des Sudetendeutschen Walter von Molo Fridericus-Trilogie, die seit ihrem ersten Erscheinen während des Ersten Weltkrieges viermal verboten worden war, weil sie den einen zu sehr und den anderen zu wenig preußisch war.

Endlich gar fühlte sich auch Spiegel-Herausgeber Rudolf Augstein vor sechs Jahren bemüßigt, sich in einem mehr als 500 Seiten zählenden Wälzer über „Preußens Friedrich und die Deutschen" zu verbreiten. Er entwarf ein Schwarz-in-Grau-Porträt des Königs und seines Staates getreu der alten Spiegel-Masche: „Um Himmelswillen nur nicht loben!" Nun ist zwar Augsteins Opus inzwischen auch als Taschenbuch zu haben, steht aber andererseits bei einem so renommierten Buchklub wie der gewerkschaftseigenen „Büchergilde Gutenberg" auf der Ramschliste, weil es anscheinend auch in Gewerkschaftskreisen nicht die erhoffte Resonanz gefunden hat. Ganz anders Willi Kollo, der in „Der Krieg geht morgen weiter" die Gespräche Friedrichs mit seinem Vorleser de Catt in Romanform übertrug und den König vor allem im menschlichen Bereich zeigt.

Wie war er denn nun wirklich, dieser König Friedrich, dem die Geschichte als einem unter wenigen den Beinamen „der Große" verliehen hat? War er eine so düstere Figur, wie ihn Augstein zeichnet? War er eine strahlende Heldengestalt, wie er einst in Schullesebüchern dargestellt wurde? Es ist



Friedrich II. als junger König 1740 von Antoine Pesne gemalt ...

wohl von allem ein wenig dabei, denn wo viel Licht ist, da ist auch starker Schatten, um Goethe noch einmal zu strapazieren. Auf alle Fälle war er ein Mensch. Ein Mensch, der nach einer ungebärdigen jugendlichen Sturm- und Drangperiode das Dienen gelernt hatte, das Dienen für Staat und Volk, und der mit 33 Jahren feststellte: „Für mich liegt mehr wahrhafte Größe darin, für das Glück meiner Untertanen tätig zu sein, als für die Ruhe Europas."

Als Friedrich 1740 im Alter von 28 Jahren Preußens Thron bestieg, wandten sich die Blicke ganz Europas nach Berlin, die einen skeptisch, die anderen emphatisch, denn es schien, als folge dem zwar redlichen, aber poltrigen und der Kultur nicht eben aufgeschlossenen Soldatenkönig Friedrich Wilhelm I. nun ein Schöngeist und Literat als Oberhaupt des jungen Königreiches. Dichter und Philosophen witterten in ihm einen der Ihren, und in der Tat hat es außer Friedrich keinen Philosophen auf einem deutschen Thron gegeben. Er hat ganze Bände von Versen geschrieben, Lustspiele, historische Werke, er hat Märsche ebenso komponiert wie Soli für die geliebte Flöte, die ihn auch ins Feldquartier begleitete und die ihm sein Lehrmeister Quantz selbst anfertigen mußte. Und er sagte von sich selbst: „Ich habe wie ein Benediktiner gelesen und mehr Papier bekritzelt als der hungrigste Skribent."

Das war freilich nur die eine Seite seines Wesens. Denn ohne sich selbst untreu zu werden, hatte er in der harten, aber guten Schule seines Vaters gelernt, was es bedeutet, Verantwortung zu tragen. Und während man an den anderen Thronen Europas noch etwas belustigt auf den jungen „Marquis de Brandebourg" herabsah, war dieser bereits im Begriff, sich zu einem Staatsmann zu wandeln, der während seiner 46jährigen Regierungszeit seinen Schatten über ganz Europa werfen sollte.

Man hat Friedrich vorgeworfen, er sei ein Despot gewesen. Das heißt die Dinge bei weitem überspitzen, denn man muß große Persönlichkeiten nicht nach heutigen Maßstäben, sondern vor dem Hintergrund ihrer Zeit zu ergründen suchen, und Friedrich war ein Kind des absolutistischen Zeitalters, ein aufgeklärter Absolutist freilich, also ein Progressiver gewissermaßen, was man ganz gewiß nicht von allen Regenten seiner Zeit behaupten kann.

Er war ein Freigeist, der mit der Kirche nicht viel im Sinn hatte, aber den vom Papst aufgelösten und verfolgten Jesuiten in Preußen eine Heimstatt gab und damit sein Wort aus jungen Jahren untermauerte, in seinem Staate könne jeder nach seiner Fasson selig werden. Absolutist war er darin, daß er seine Generale weitgehend auf dem Status von Unterführern hielt und alle Entscheidungen selbst traf. Nur wenige wie Seydlitz besaßen den Mut zu Ungehorsam und eigener Entscheidung. Absolut war er auch darin, daß sein Philosophen- und Ruhesitz Sanssouci nicht von Frauen — nicht einmal von der Lieblingsschwester Wilhelmine — betreten werden durfte, während er sich mit seinen Windhündinnen oft wie närrisch gebärdete und sie mit „Sie" ansprach.

Er gab nichts auf seine meist abgewetzte und mit Schnupftabak bekleckerte Kleidung, aber er besaß jedes Buch in fünf Ausgaben, die in den verschiedenen Schlössern standen, damit er beispielsweise ein in Potsdam angefangenes Buch sofort in Charlottenburg oder Breslau weiterlesen konnte, wenn er einmal übersiedelte.

Dieser König glaubte nicht an die Unsterblichkeit der Seele und an das Jenseits, aber er war ungewöhnlich bibelfest und gegen Ende seines Lebens ordnete er an, Heiligenbilder müßten künftig billiger hergestellt werden und die Fabrikanten sollten in einer Meinungsumfrage feststellen, welche Heiligen am gängigsten seien, um sich dann auf diese zu konzentrieren. Denn die Aufklärung, so meinte er, sei nichts für das gemeine Volk.

Dieser König achtete streng auf den Unterschied zwischen Adel einerseits, Bürgern und Bauern andererseits. Aber er fuhr wie ein Habicht dazwischen, wenn adlige Gutsbesitzer ihre Bauern schikanierten.

Dieser König behielt den Schlagstock und das Spießrutenlaufen in der Armee bei, weil er sie als Mittel zur Förderung der Disziplin ansah. Aber als erster Monarch Europas schaffte er die Folter ab und verbot, uneheliche Mütter öffentlich auszupeitschen und gefallene Mädchen öffentlich zu diffamieren, was die Kirche gern tat. Auch die auf Abtreibung stehende Todesstrafe schaffte er ab.

Dieser König lehnte eine feierliche Krönung ab, denn eine Krone sei „ein Hut, in den es hineinregnet". Als aber nach dem Siebenjährigen Krieg sein Land aus ungezählten Wunden blutete, ließ er nicht nur die Getreidemagazine der Armee öffnen, um den Hunger der Bevölkerung zu stillen. Die Armee mußte auch 35 000 Pferde an die Landwirtschaft abgeben — das war der Pferdebestand von mehr als 30 Kavallerieregimentern in jener Zeit.

All das sind Dinge, die heute gern nur im Negativen geschildert werden und kaum noch in Geschichtsbüchern zu finden sind, die der Freund der Geschichte aber wissen sollte, wenn er sich mit der Persönlichkeit dieses Königs auseinandersetzen will.

In Berlin erschien zu Beginn des Zweiten Weltkrieges das zweibändige Werk „Der große König" aus der Feder des inzwischen verstorbenen Schriftstellers Hans Heyck, dem wir auch eine Biographie des Soldatenkönigs verdanken. Es erschien zu einer Zeit, in der man Preußen und Friedrich II. immer wieder als Richtschnur und Vorbild für die eigenen Taten hinzustellen bestrebt war, obwohl sie in Wirklichkeit mit denen des Alten Fritz wenig zu schaffen hatten. Heycks Buch hob sich wohltuend ab von vielen anderen Veröffentlichungen, weil es sich — bis hin zur Sprache — bemühte, ein objektives und getreues Spiegelbild des Königs und seiner Zeit zu geben. Ein „Lebens- und Zeitbild" nannte Heyck auch sein Buch, in dessen Zeilen sich die Unbestechlichkeit des Chronisten und die Phantasie des Schriftstellers glücklich verbanden.

Heute liegt dieses Buch wieder vor. Arnold Boldt, Chef des Preußen-Verlages in Eutin, der sich speziell mit historischer und militärgeschichtlicher Literatur befaßt, hat vor kurzem den ersten Band herausgebracht, der die Zeit von 1740 bis zum Beginn des Siebenjährigen Krieges umfaßt. Der zweite Band wird demnächst folgen. Ein Teil des Erlöses ist für die Prinzessin-Kira-von-Preußen-Stiftung bestimmt, die sich das Ziel gesetzt hat, alljährlich möglichst vielen Kindern aus weniger begüterten Schichten unseres Volkes ein paar unbeschwerte Ferienwochen zu verschaffen.

Wolf Ulrich Goldenberg

Hans Heyck: „Der große König", ein Lebens- und Zeitbild. Preußen-Verlag Arnold Boldt, 242 Eutin-Fissau, Postfach 201 P (PSK Hamburg 542 95-206), Leinen, 352 Seiten, Preis 29,50 DM.



... und im Alter beim abendlichen Flötenkonzert in Sanssouci